

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements rechnen mit Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgezahlten Kolonnen je Seite oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. Juli 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Zug nach rechts.

Vor einigen Tagen ging die Mitteilung durch die Presse, daß die Leitung der nationalliberalen Partei mit der Leitung des Bundes der Landwirte in Verhandlungen zur Herbeiführung eines Wahlbündnisses für die nächsten Reichstagswahlen stehe. Der Parteisekretär der nationalliberalen Partei Schleswig-Holsteins, Dr. Rathje, habe sein Amt niedergelegt, weil er für ein Zusammengehen mit dem Freisinn sei, während der Vorsitzende, der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Schifferer-Kiel, die Fühlung nach rechts möglichst aufrecht erhalten wissen will. Von maßgebender nationalliberaler Seite ist diese Mitteilung sofort demontiert worden. Bei dem Kenner der schleswig-holsteinischen Parteiverhältnisse hat das Dementi ein ungläubiges Lächeln hervorgerufen. Mag die obige Mitteilung nicht in allen Einzelheiten richtig sein, fest steht der unerkennbare Zug nach rechts an den maßgebenden nationalliberalen Stellen. Der Nationalliberalismus in Schleswig ist seit je die reaktionärste Gruppe der nationalliberalen Partei. Er hat einen stark bündlerischen Einschlag. Er muß bündlerisch-freundlich sein oder er ist nicht. Mit Ausnahme der Großhandelskreise in Kiel, Flensburg, Apenrade und der Kieler Universitätskreise sind seine Truppen die Großbauern in Angeln, Schwansen, Dithmarschen und Nordfriesland. Diese Großbauern sind aber die Rührer und eifrigen Verfechter der Hochschutzzoll- und Grenzsperrpolitik. In allen schleswig-holsteinischen Wahlkreisen, wo der Nationalliberalismus einen nennenswerten Einfluß hat, ist der bündlerische Einfluß unternehmbar. Der im Wahlkreis Flensburg-Apenrade 1907 gewählte Abgeordnete Bommelsdorff ist Mitglied des Bundes der Landwirte. Der Kandidat der Nationalliberalen im Kreise Schleswig-Edernförde, der 1907 mit Hilfe der Sozialdemokraten vom Freisinn in der Stichwahl geschlagen wurde, ist gleichfalls Mitglied des Bundes der Landwirte. Im Wahlkreise Suisun-Londern, wo die Nationalliberalen den Freisinnigen das Mandat abzunehmen gedachten, was aber durch die Hilfe, die die Sozialdemokratie dem Freisinn bei der Stichwahl bot, verhindert wurde, gingen Nationalliberale und Bund der Landwirte schon im ersten Wahlgange zusammen. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Görd, der mit Hilfe des Freisinns in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten Paul Müller im Kreise Jzehoe-Steinburg gewählt wurde, steht dem Bunde der Landwirte zum mindesten sehr nahe. Das nationalliberale Organ dieses Kreises, die „Jzehoe Nachr.“, wetteifert mit der „Deutschen Tagesztg.“ in agrarisch-hochschutzzöllnerischen Forderungen und dürfte in der reichsverbändlerischen Kampfesweise — gegen die Sozialdemokratie — kaum von einer deutschen Zeitung geschlagen werden.

Nimmt man zu allen diesem die Tatsache, daß die Nationalliberalen Schleswig-Holsteins bisher alles Liebesguten der Freisinnigen nach einem allgemeinen nationalliberal-freisinnigen Zusammengehen bei den nächsten Reichstagswahlen in der Provinz höhnisch zurückgewiesen haben, dann versteht man, daß die Mitteilungen über die Verhandlungen zwischen Nationalliberalen und Bund der Landwirte in Schleswig-Holstein kein großes Aufsehen erregt haben. Hier würde man sich nur wundern, wenn es anders gekommen wäre.

Der Zug nach rechts macht sich aber auch unverkennbar beim Freisinn bemerkbar. Der schleswig-holsteinische Freisinn ist überhaupt ein eigenartiges Gewächs. Bis zum Aufgehen in der Freisinnigen Fortschrittspartei hat die Hauptmasse der schleswig-holsteinischen Freisinnigen ihre von der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung unabhängige Organisation gehabt. Der schleswig-holsteinische Freisinn ist hervorgegangen aus der alten Schleswig-Holsteinischen Landespartei, die im Grunde gar nicht freisinnig, sondern konservativ war. Nirgends nimmt der Freisinn den Mund so voll vom „entschiedenen“ Liberalismus wie in Schleswig-Holstein, nirgends ist er aber in Wahrheit so reaktionär wie hier. Es gibt in Schleswig-Holstein kaum noch eine nennenswerte Stadt, wo nicht mit Hilfe freisinniger Stadtverordneten der Wahlsinnus erhöht worden ist. Während mancherorts freisinnige Politiker und freisinnige Zeitungen die Stimme erhoben haben, scharf die Front nach rechts zu nehmen, hat kein freisinniger Parlamentarier in Schleswig-Holstein und keine freisinnige Zeitung in diesem Ruf mit eingestimmt. Der freisinnige „Holt. Courier“ verurteilte sogar erst kürzlich scharf jede Stichwahlunterstützung der Sozialdemokratie durch den Freisinn und die „Kieler Zeitung“ druckte mit sichtlichem Behagen den Satz aus der Königsberger Rede des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Gehling ab, daß die Fortschrittliche Volkspartei die Front scharf nach rechts und nach links nehmen müsse. Das ist dieselbe Taktik, meint das Kieler Freisinnblatt, welcher die Freisinnigen Schleswig-Holsteins in ihrer Wehrheit stets treu geblieben sind. Das stimmt, die schleswig-holsteinischen Freisinnigen haben sogar die Front vielmehr nach rechts als nach links genommen und sind dabei soweit auf den Hund gekommen, daß sie nur noch mit Unterstützung von rechts und links Mandate bekommen können. Um den ganzen Jammer des schleswig-holsteinischen Freisinns zu kennzeichnen, sei noch hervorgehoben, daß das Bündnis zwischen Freisinn und Bund der Landwirte im Flensburg-Wahlkreis, wonach für die bündlerische Wahlhilfe bei der Landtagswahl

der Freisinn sich verpflichtet hat, den Kandidaten des Bundes der Landwirte in der Reichstagswahl zu wählen, falls er in die Stichwahl kommt, noch besteht, und daß der Versuch des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Leonhart, an Stelle der „Kieler Ztg.“, die immer mehr zum Nationalliberalismus hinneigt, eine freisinnige Tageszeitung für die Provinz zu schaffen, gescheitert ist. Die „Kieler Tagespost“ hat nach kurzem Dasein am 9. Juli ihre letzte Nummer erscheinen lassen; der Freisinn Schleswig-Holsteins ist nicht mehr in der Lage, eine selbständige freisinnige Tageszeitung hochzuhalten.

Jwar oberflächlich gesehen ist der Freisinn in Schleswig-Holstein noch recht kräftig, besitzt er doch seit den Reichstagswahlen 1907 von den zehn Wahlkreisen der Provinz nicht weniger als fünf und zwar Lauenburg, Ottnsen-Elmsborn-Binneberg, Oldenburg-Blön, Schleswig-Edernförde und Suisun-Londern. Den Besitz der drei letzteren hat ihm aber die Wahlhilfe der Sozialdemokratie verschafft und den Besitz der beiden anderen die Wahlhilfe der rechtsstehenden Parteien. Die Sorge um den sehr gefährdeten Besitz der Kreise Lauenburg und Ottnsen-Binneberg und die — allerdings aussichtslose — Hoffnung, den Kieler Kreis wiederzugewinnen, läßt der Freisinn sich der Reaktion mit Haut und Haaren verschreiben. Daß die Sozialdemokratie ihn dort, wo sie zu seinen Gunsten den Ausschlag gibt, trotz alledem heraushaut, hält er für die selbstverständliche Sache von der Welt.

So rücken die rechts- und linksliberale Partei in Schleswig-Holstein mehr und mehr nach rechts. Jede getriebene von der niedrigsten Mandatsjägererei, jede aber schamlos lieber ein Mandat der ärgsten Reaktion zu, als daß sie der links von ihr stehenden Partei ein Mandat gönnt. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, die Zeit bis zur Reichstagswahl so auszunutzen, daß die Wähler mit einem entschiedenen Ruck nach links antworten.

## Eine Anmaßung.

Die Verzweiflung scheint eingelehrt zu sein beim Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Darauf läßt wenigstens ein erneuter dringender Bittelbrief schließen, der Anfang dieses Monats in Umlauf gebracht worden ist. Zweierlei spricht mit voller Deutlichkeit aus diesem Bittelbrief: einmal das Entsetzen vor dem stetigen Anwachsen der Sozialdemokratie, und dann eine unsäglich, hochmütige Verachtung des Arbeiterstandes überhaupt, vor allem der sogenannten „nationalen“ Arbeiter. Das Schreiben klagt wiederholt, daß die Sozialdemokratie schon bei der letzten Reichstagswahl 3 1/2 Millionen Anhänger aufbringen konnte, daß sie bei den Landarbeitern und bei der gewerblichen Jugend unaufhörliche Fortschritte macht und daß sie einen ständig steigenden Einfluß gewinnt. Die „nationalen“ Arbeiter jedoch werden in der folgenden hochmütigen Weise abgemalt: „Die etwa 2 Millionen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter üben auf die nichtsozialdemokratisch organisierten fast 9 Millionen gewerblicher Arbeiter einen unerträglichen Zwang aus... Die nationalen Arbeiter können aus eigener Kraft gegen die struppellose vorgehende Sozialdemokratie nicht mehr aufkommen. Es ist daher die Pflicht aller patriotischen Deutschen, die nationalen Arbeiter in ihrem schweren Kampfe gegen die Sozialdemokratie opferwillig zu unterstützen.“

Was müssen das für Kerle sein, diese angeblich „nationalen“ Arbeiter, wenn sie in so gewaltiger Ueberzahl sind und doch gegen das viel kleinere Häuflein Sozialdemokraten nichts ausrichten können! Die Herren merken gar nicht, daß sie damit ihren Arbeitern selbst den größten Schimpf antun. Trotz ihrer Ueberzahl können die „nationalen“ Arbeiter sich nicht „wehren“, sondern brauchen die Hilfe von ausgerechnet 12 Personen mit hochtrabenden Titeln — Direktoren, Professoren, einen Generalmajor usw. — die sich als „Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“ zusammengetan haben. Die 9 Millionen Arbeiter schaffen es nicht, aber wenn dazu 12 Mann bürgerlichen Standes kommen, dann muß es ja gehen.

Wie gesagt, der ganze Hochmut, der in jenen Kreisen herrscht, die ganze Verachtung, die man dem Arbeiter entgegenbringt, spricht aus dieser Auffassung. Da wird der Arbeiter als ein großes Kind betrachtet, das von Personen „höheren“ Standes gegängelt und bedröndelt werden muß. Freilich behauptet der Brief auch, daß die Führer der nationalen Arbeiterbewegung selber den Wunsch nach einer beratenden und helfenden Stelle ausgesprochen hätten. Dann müssen diese „Führer“ wohl auch solche Behandlung wert sein. Aber die übrigen werden schon nach zur Erkenntnis der schmachtvollen Rolle kommen, die man ihnen zuzumutet.

Im übrigen scheint es aber, daß der famose „Förderungsausschuß“ von 12 Mann auch nicht helfen noch beraten kann. Denn er schnort mit gar beweglichen Worten um Geld. Trotzdem die Gesamtmitgliedszahl der sogenannten „Vaterländischen Arbeitervereine“ schon 200 000 betragen soll, können sie doch weder an die Anstellung von Sekretären noch an den Ausbau ihrer Presse denken. Man sollte eigentlich meinen, ein Rückhalt von 200 000 Mitgliedern müßte dazu genügen. Die großstädtischen bürgerlichen Tageszeitungen haben ja selber mehr als hundert Leser. Also wird wohl bei den 200 000 einiges gestunken sein. Und so wendet sich denn der „Förderungsausschuß“ mit tränenerregter Stimme an die „patriotische Opferwilligkeit“ aller „guten“ Deutschen, sie möchten doch um der Warmherzigkeit willen und aus „herzlichem Mitgefühl“ für unsere deutschen Brüder im Arbeiterstande „einen Beitrag leisten, und zwar, wie der Herr Generalmajor von Loebel in

einem eigenhändigen Begleitschreiben hinzufügt, womöglich gleich für mehrere Jahre.

Wir glauben ja nicht, daß eine Bewegung, die ihre Mittel auf so jämmerliche bettelhafte Weise zusammenschmornen muß, jemals etwas Ernstliches wird ausrichten können. Immerhin ist es Pflicht unserer Genossen, die Arbeiter überall darüber aufzuklären, welcher Schimpf ihnen schon allein durch das Bestehen dieses „Förderungsausschusses“ angetan wird!

## Der Rochette-Skandal.

Paris, 10. Juli. (Eig. Ber.) Morgen wird sowohl in der Kammer wie im Gemeinderat die Affäre Rochette in Interpellationen zur Sprache gebracht werden. Das Hauptinteresse konzentriert sich natürlich auf die Kammer, wo Briand nicht nur über die seltsamen Beziehungen zwischen Hochfinanz, Justiz und Polizei, die sich in der nunmehr einigermaßen aufgeklärten Geschichte des Rochette-Krauchs offenbaren, sondern auch über seine eigene Rolle in dem sensationellen Justizfall, der sich zur Zeit, da er an der Spitze der Justizverwaltung stand, zugetragen hat, Rechenschaft zu geben haben wird.

Daß es sich in dieser Affäre um einen der ärgsten Skandale handelt, die auf dem Boden der Bourgeoisrepublik erwachsen sind, ist offenkundig. Es ist keineswegs bloß der Rabinetthof des Polizeipräsidenten, Herr Yves Durand, der übrigens schon um Verletzung in Disponibilität nachgejagt hat, der kompromittiert ist. Herr Lépine selbst hat in den „Matin“ eine Darstellung lanciert, in der das Vorgehen der Polizei, die mit Herrn Prevet gemeinsam die Klage gegen Rochette fabrizierte, auf direkte Intervention des Ministers des Innern zurückgeführt wird. Minister des Innern aber war damals — Clemenceau. Zufälligerweise dampft nun Clemenceau eben jetzt nach Südamerika, wo er auf einer Vortragsreise die Probleme der Demokratie behandeln soll. Aber seine Brüder haben sich beeilt, in einer Zuschrift an die Presse zu erklären, daß er nie in einer Justizaffäre interveniert habe. So daß Lépinés Behauptung eine Verleumdung wäre.

Nun sind die Gebrüder Clemenceau selbst mit dem kapitalistischen Größenwahn eng verachsen. Herr Paul Clemenceau, der Ingenieur, ist Verwalter und Direktor einer Reihe von Aktiengesellschaften, die dem Mitteln-Komitee angehören, zu dem auch Herr Prevet, der Direktor des „Petit Journal“, in nahen Beziehungen steht. Albert Clemenceau aber, der Advokat, gehört zu den Anwälten des Duenza-Syndikats. Aber alle kapitalistischen Beziehungen der Familie Clemenceau erklären nicht, wie Lépine einer Order des Ministers, die einen offenkundig ungehörigen Eingriff von ihm forderte, blind Folge leisten konnte.

Fest steht nun folgendes: Gegen Rochette waren schon im Februar 1908 Anzeigen eingelaufen. Am 6. März erstattete die Staatsanwaltschaft, die gemäß einem Auftrage des Justizministers die Angelegenheit untersucht hatte, einen Bericht, der erklärte, daß eine Klage nicht vorliege, die sich in allgemeinen Behauptungen bergenden Anzeigen aber zu einer gerichtlichen Verfolgung nicht hinreichten. Im März wurden beim Justizminister die Beschuldigungen gegen Rochette erneuert, die Untersuchung ergab indes keine neue Tatsache. Trotzdem unternahm die Polizei die bekannte Aktion, die darauf hinauslief, eine Strafanzeige gegen Rochette zu fabrizieren.

Rochette wurde verhaftet und damit die Börsenpanik herbeigeführt, bei der 50 000 Aktionäre schwer geschädigt wurden und etliche eingeweichte Leute ungeheure Profite eingefascht haben. Es kommt nicht in Frage, ob das Gebäude der Rochetteschen Spekulationen ohne die Intervention der Prevet-Durand auf die Dauer haltbar gewesen wäre. Ein gemeiner Dieb war Rochette sicher nicht. Nach seiner Verhaftung wurden in den Kassen seiner verschiedenen Unternehmungen 10 Millionen in bar und 30 Millionen in guten Papieren gefunden. Aber zweifellos ist es, daß der Krauch just in jenem Augenblick nicht eingetreten wäre, wenn die Polizei — oder das Ministerium — die Gegenoperationen des Herrn Prevet nicht durch die Verhaftung gesichert hätte. Aber es war nicht Prevet allein, der ein Interesse an der Vernichtung Rochettes hatte. Zu den Gegnern Rochettes gehörte vor allem auch der Deputierte Etienne, Präsident des Verwaltungsrats der Omnibus-Gesellschaft, deren Privilegium damals abließ und der als einzigen ernsthaften Konkurrenten eine Gruppe, die von den Herren Darracq und Rochette gebildet wurde, sich gegenüber sah. Ein weiterer Gegner Rochettes war der berühmte Korruptionist Moubier, dessen Konkurrent Rochette in der Affäre der Gasgesellschaft war. Der „Rappel“ bezichtigt Etienne direkt, in Gesellschaft des Senators Prevet verschiedene Versprechungen mit Clemenceau abgehalten zu haben, zu dem Zwecke, eine Intervention gegen Rochette durchzuführen.

Schwere Anklagen erhebt der „Rappel“ auch gegen den Generalstaatsanwalt Fabre, der mit Lépine im Einverständnis die Verhaftung Rochettes zur Befriedigung privater Interessen angeordnet, dann die Freilassung hartnäckig verweigert und die offizielle Falliterklärung des „Credit Minier“ herbeigeführt habe, einer Gesellschaft, die so

wenig fällt war, daß bei ihrer Liquidation ihre Gläubiger 100 Proz. erhielten. Der „Rappel“ fragt weiter, ob Jaurès nicht die Verhaftung Rochettes mit Umgehung des Justizministers auf einen direkten Befehl des Ministeriums des Innern, also auf Grund einer wahren „lettre de cachet“, wie sie das absolute Königtum kannte, vorgenommen habe. Dasselbe Blatt beschuldigt auch den Staatsanwalt Monier verschiedener rechtswidriger Handlungen und falscher Zeugnisaussagen in dieser Angelegenheit. Es besichtigt auch Herrn Yves Durand, abgesehen von seiner Intervention bei der Anzeige, seinen Freunden von der Polizeipräfektur, namentlich dem Direktor des Untersuchungsbüros Rouquin und dem Polizeisekretär Degrand Mitteilung von der bevorstehenden Verhaftung gemacht und damit die Anregung zu einem erfolgreichen Börsencoup gegeben zu haben. Endlich fragt es Herrn Durand, ob er nicht Kommanditär des Börsenhauses Rivaud-Kinkelin sei, das an den Rochette-Werken im Augenblick des Krachs 322 682 Frank realisiert hat.

Und nun haben — zunächst — die Herren Briand und Lépine das Wort.

#### Die Kammerführung.

Paris, 11. Juli. Die Deputiertenkammer beriet heute die Interpellation über die Verhaftung des Bankiers Rochette im Jahre 1908. Jaurès erklärte, Rochette sei damals gefangen, weil er sich den Haß des finanziellen Generalstabes der großen Gesellschaften, die auf die öffentliche Gewalt Einfluß ausübten, zugezogen habe. Er behauptete, Rochette sei auf die von der Polizei fabrizierte Allege eines fingierten Aktionärs hin verhaftet worden und fordere, daß man diejenigen ausfindig mache, die sich damals durch Waisspekulation bereichert hätten, weil sie von der Verhaftung Rochettes Kenntnis gehabt hätten. Jaurès kritisierte sodann das Verhalten des Polizeipräsidenten Lépine, machte Briand den Vorwurf, daß er erklärt habe, in dem Falle Rochette sei alles in Ordnung und schloß mit der Forderung, man solle gegen die Gerichtsbehörden und die Polizei einschreiten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juli 1910.

### Wassermanns Ende.

Daß der arme Wassermann fertig ist, scheint nicht mehr zweifelhaft. Die „Kreuz-Ztg.“ ist allerdings mit der Entfernung dieses Mannes, der auf Instiften Bülow's den Versuch gemacht hat, seiner Partei eine gewisse Selbstständigkeit zu sichern, noch nicht zufrieden. Sie verlangt, daß auch alle jene Männer aus der nationalliberalen Partei entfernt werden, die gleich Wassermann sich den konservativen Führern nicht unbedingt gehoramt erwiesen haben. Und voll Vertrauen auf die Erfüllung dieser Forderung begrüßt das konservative Organ Wassermanns Rücktritt als ein „Symptom für die Wiederkehr der Besonnenheit der nationalliberalen Partei“, die sich davon überzeugt habe, daß sie viele wichtige Interessen — namentlich der gemeinsame Haß gegen die Sozialpolitik — mit den Konservativen verbinde. Und gnädig bietet die „Kreuz-Ztg.“ den reuigen Sündern den dritten Sitz im Reichstagspräsidium an.

Man sieht, die Konservativen sind nicht bescheiden. Das feige und verräterische Verhalten der Nationalliberalen trägt keine Früchte. Die haben sich durch ihr haltloses Schwanken um jede Möglichkeit eines Erfolges gebracht. Sie sind schon vor der Wahlschlacht die Besiegten. Und als Besiegte stellen ihnen die Konservativen ihre Bedingungen: Auslieferung der Führer und völlige Unterwerfung. Die Annahme des Reichstagspräsidiums soll aller Welt beweisen, daß die Nationalliberalen unter das ausgerichtete Joch gegangen sind.

Es ist natürlich, daß die Nationalliberalen sich noch sträuben. Das „Leipz. Tageblatt“ beschwört in beweglichen Worten ihre Partei, Wassermann nicht preiszugeben und prophezeit die Spaltung, wenn der „unwürdigen Heberei gegen Wassermann“ nicht ein Ende gemacht würde. Und auch die „Köln. Ztg.“ ist über die Härte der „Kreuz-Zeitung“ entsetzt. Sie meint, wenn schon Personen ausgeschaltet werden sollen, um eine Wiederannäherung der Parteien zu bewirken, dann müßten es konservative sein, und auch von der Annahme des Vizepräsidentenpostens will das Blatt nichts wissen.

Wir meinen aber, die Nationalliberalen werden bald keine Wahl mehr haben. Die Konservativen wollen wieder mal das alte Bismarcksche Rezept anwenden und die Nationalliberalen an die Wand drücken, daß sie quietschen. Und da die Nationalliberalen zu einer wirklichen, ernsthaften Opposition sich als unfähig erwiesen haben, wird den Konservativen der Versuch glänzend gelingen. Wassermanns Ende scheint kaum mehr aufzuhalten zu sein und dem Führer wird so oder so die Partei folgen.

### Eine nationalliberale Erklärung.

Der Abgabebrief des Prinzen Hohenlohe hat die nationalliberale Parteileitung wieder einmal zu einer Rundgebung veranlaßt. Die Herren haben einige Angst, daß dieser Brief ihnen ihre Wähler lospfeifen machen könnte. Andererseits versprechen sie nicht die geringste Reizung, sich durch solche unliebamen Zwischenfälle in ihrem Abmarsch ins Lager des schwarzblauen Blods stören zu lassen. So sieht denn die nationalliberale Parteikorrespondenz in verzweifelten Tönen Herrn v. Bethmann an, er möge doch endlich ein Staatsmann werden, energischen Willen zeigen und durch Zusammenfassung aller positiven Schaffenden Kräfte der großen Gefahr einer erschreckend anwachsenden Sozialdemokratie einen wirksamen Damm entgegenlegen.

Wenn aber Herr v. Bethmann weder Staatsmann noch energisch werden und schon gar nicht liberal regieren kann? Nun auch dann werden die Nationalliberalen der „Rot-gehorchen“ und zu Kreuze stehen und den Junkern wieder aus der Hand freissen, wie sie es bisher immer getan haben.

Prinz Hohenlohe läßt erklären, er habe keine Veranlassung, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Sein Rücktritt sei auch ohne Rücksicht mit dem Reichskanzler erfolgt.

### Steuerschöpfung und Wahlrechtsverschlechterung.

Ueber die Grundzüge der neuen Einkommensteuernovelle in Preußen teilt die Korrespondenz „Both“ folgende Einzelheiten mit:

Der Entwurf, der noch vom Finanzminister Freiherrn von Rheinbaben entworfen ist und von dem neuen Finanzminister in der Hauptsache übernommen wird, sieht neben neuen Steuerstufen auch eine Neuregelung des Veranlagungsweftens vor, um die Steuerhinterziehungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Einführung eines neuen Steuerzettel-

erfolgt nicht, um die Steuerhöhe zum Schaden der Steuerzahler mehr anzugehen, sondern, um die durch die Novelle von 1909 geschaffenen Härten auszugleichen. Bekanntlich hatte der Landtag im Frühjahr 1909 zur Deckung der Mehrbedürfnisse aus der Beamtengehältsvorlage eine Steuernovelle verabschiedet, die eine sehr willkürliche Erhöhung der Einkommensteuern vorsieht. Zuschläge wurden vorgelesen von 5, 10, 20 und 25 Proz. ohne alle Zwischenstufen. Diese Zuschläge sollen nicht abgeschafft werden; denn die Vorbedingung für ihre Schaffung besteht nach wie vor fort, der Tarif soll aber in den Zwischenstufen reichhaltiger ausgestaltet werden und dadurch auch in den einzelnen Steuerleistungen ausgleichend wirken.

Verabsichtigt ist auch, den früher vom Landtage nicht befolgten Grundsatz, die unteren Steuerstufen bis 1800 Mark möglichst nicht durch Zuschläge zu belasten, wieder aufzunehmen. In der Regierungsvorlage von 1909 soll ein Zuschlag von 7500 M. ab erst erhoben werden, während der Landtag bereits ein Einkommen von 1200 M. ab mit Zuschlag belegt. Die herrschenden Steuerungsverhältnisse belasten die unteren Steuerklassen schon so erheblich, daß eine Entlastung durch Steuerermäßigung wünschenswert erscheint. Eine Mehrbelastung der Steuerzahler wird die Neuregelung in keinem Falle bringen, doch hofft man, durch das neue Veranlagungsverfahren den Ertrag aus den Einkommen- und Ergänzungsteuern zu erhöhen, indem vielfache Mängel der Selbstschätzung fortfallen und Einrichtungen getroffen werden, die eine reelle Einschätzung des Einkommens und des Vermögens bedingen. Das Finanzministerium steht im allgemeinen auf dem Standpunkt, daß die Höhe der Steuerhinterziehungen nicht so groß sei, wie man annimmt; doch wird angegeben, daß bei dem bisherigen Verfahren Verschleierungen möglich sind und auch gemacht werden.

Die Novelle wird auch ein altes Recht der Kommunen wiederherstellen, das ihnen die Novelle von 1909 genommen hatte, nämlich das Recht, die gleichen Beiträge wie der Staat für die Kommunalsteuern zu erheben, während zurzeit die Zuschläge von den Kommunen nicht erhoben werden dürfen. Auch die Berechnung der Zuschläge für Wahlzwecke bleibt jetzt außer Betracht; auch dies ist nicht zulässig, denn der Einfluß des gesamten Steuereinkommens auf das Wahlrecht ist verbürgt.

Die Novelle wird höchstwahrscheinlich kommen, da ja die jetzigen Beschlüsse nur ein Provisorium sind, das innerhalb dieses Jahres gesetzlich definitiv geregelt werden muß. Daß dies Definitivum aber eine Verbesserung darstellen wird, erscheint nach dem Entwurf höchst zweifelhaft.

Ob die Zuschlagsbefreiung von Einkommen bis zu 1800 M. durchzuführen sein wird, ist sehr fraglich, haben sich seinerzeit doch die Konservativen mit aller Entschiedenheit für die Befreiung auch der kleinsten Einkommen ins Zeug gelegt. Das Zugeständnis an die Kommunen, auch an den Zuschlägen ihrerseits Zuschläge zu erheben, würde eine neue schwere Belastung der kleinen und mittleren Einkommen sein!

Ungeheuerlich aber wäre die Absicht, auch die Zuschläge bei dem Dreiklassenwahlrecht — bei den Landtags- sowohl wie den Kommunalwahlen, auch den Genuswahlen in Anrechnung bringen zu wollen! In der Zeit der Wahlkämpfe, einer Zeit, wo selbst die Wahlrechtsvorlage der Regierung das Geldwahlrecht für reformbedürftig erklärt, würde eine Verschärfung des plutokratischen Wahlrechts eine unglaubliche Propagation sein!

### Nationalliberale Taktik im Westen.

Am Sonntag fand in Gattlingen eine Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei im Wahlkreis Wogum statt, die einen Einblick in die künftige Taktik der Nationalliberalen im Kreise gestattete. Der Landtagsabgeordnete Dr. Haarmann-Witten, der auch gleichzeitig Reichstagskandidat ist, referierte über die preussische Wahlreform und betonte dabei, daß man, falls die Regierung mit einer neuen veränderten Wahlrechtsvorlage vor das Parlament treten werde, alles daran zu setzen habe, diejenigen Reformen zu erreichen, mit denen der auf gemäßigtem Boden stehende Liberalismus sich ohne Verleugnung seiner Grundsätze einverstanden erklären könne. — Dann sprach Generalsekretär S. H. A. Er erwähnte in seinem Referat auch das Verhältnis der Nationalliberalen zu den übrigen Parteien. Nach seiner Ansicht ist eine Wiederannäherung der alten Wodparteien wünschenswert. Allerdings werde man sich von nationalliberaler Seite nicht an die Konservativen herandrängen; doch wolle man die Hand gern annehmen, wenn sie geboten werde. Von anderer Seite dränge man noch links; man wüßte unter allen Umständen ein Zusammengehen mit dem Freisinn; vielfach werde auch ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie befürwortet. Dieser Annäherung an die Sozialdemokratie müsse aber ganz entschieden widerstanden werden. Um erfolgreich zu kämpfen, brauche die nationalliberale Partei im Industriegebiet den letzten Wähler, der nicht zur ultramontanen und nicht zur sozialdemokratischen Fahne schwört; daraus ergebe sich das Gebot, Sammelpolitik zu treiben. Es müsse alles vermieden werden, was Zersplitterung in die nationalliberalen Reihen bringt. Aus diesem Grunde müssen auch bei der Auswahl des Kandidaten für die nächste Reichstagswahl mit allerhöchster Vorsicht verfahren werden, um nicht den Christlichsozialen oder den Freisinnigen Anlaß zur Aufstellung von Sonderkandidaturen zu geben. Es sollen, wie Herr Dr. Haarmann noch ausführte, Arbeiterkandidaturen hinterm Amboß weg oder aus der Grube heraus aufgestellt werden.

### Neuer Radbodprozess.

Auf wiederholte Anfragen wurde Genossen Rechtsanwält Seine von dem Landgericht in Wogum mitgeteilt, daß Hauptverhandlungstermin gegen den Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“, Genossen Wagner, auf den 17. Oktober dieses Jahres anberaumt werden wird. Eine Verhandlung während der Gerichtsferien sei wegen des Umfangs der Beweisaufnahme nicht angängig.

### Ein Arbeiter-Radsfahrerverein ein politischer Verein!

Nach § 3 des Reichsvereinsgesetzes sind die Vorstände von Vereinen, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, verpflichtet, der für den Sitz des Vereins zuständigen Ortspolizeibehörde die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen. Und der Absatz 3 des § 3 bestimmt: Ebenso ist jede Aenderung der Satzung sowie jede Aenderung in der Zusammenfassung des Vorstandes binnen zwei Wochen nach dem Eintritt der Aenderung anzuzeigen. Wegen Uebertretung dieser Bestimmung verurteilt die Strafkammer in Sorau den Maurer Bösch als den Vorsitzenden des Arbeiter-Radsfahrervereins „Frischau“ in Groß-Särchen zu einer Geldstrafe. Die Strafkammer betrachtete den Verein als einen selbständigen Verein, wenn er sich auch dem Arbeiter-Radsfahrerverein „Solidarität“ angeschlossen habe. Dem politischen Charakter des Vereins „Frischau“ leitete die Strafkammer hauptsächlich aus seiner Mitgliedschaft zum Bunde „Solidarität“ her unter Verwertung einer Aussage des Amtsvorstehers Rabbot, daß die Mitglieder des Vereins „Frischau“ meist Sozialdemokraten seien. Unter anderem wurde begründend ausgeführt: Es genüge der Zweck, die Vereinsmitglieder im Sinne einer politischen Partei zu bearbeiten oder andere Personen als Mitglieder für ihre politische Partei anzu-

werben. Zu den politischen Parteien gehörten hiernach alle Vereine, die sich in den Dienst einer politischen Partei stellen und diese fördern, zum Beispiel auch Sportvereine, wenn das gemeinsame Zusammenkommen eine bestimmte politische Gesinnung unter den Mitgliedern erhalten und festigert, die Zusammengehörigkeit einer politischen Partei gestärkt und das Interesse an ihr nachgezuert werden solle. Wenn die Besize der „Ausklärung“ Zweck des Bundes sei, wenn ausgeschlossen werde, wer gegen die Interessen der gesamten Arbeiterschaft handelt, wenn das Publikationsorgan der auf Bundeskosten geleistete „Arbeiterabfahrer“ sei, der von einer Preßkommission geleitet werde, und wenn diese Preßkommission die internen Angelegenheiten des Organs regelt, so sei deutlich zu erkennen, daß die „Solidarität“ ihre Mitglieder durch eine weitverzweigte und straffe Organisation im Sinne einer bestimmten politischen Richtung beeinflussen wolle. Diese Richtung sei durchgängig die der Sozialdemokratie, welche sich mit Vorliebe als die Vertreterin der Arbeiterschaft gegenüber dem Kapitalismus bezeichne. Wiebe noch ein Zweifel, so würden die Hinweise genügen, daß der „Arbeiterabfahrer“, das offizielle Organ der „Solidarität“, in der — sozialdemokratischen Parteidrucker in Offenbach gedruckt werde.

Der Angeklagte legte gegen das ungeheuerliche Urteil Revision ein, die Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld rechtfertigte.

Das Kammergericht wies jedoch am Freitag die Revision zurück. Die tatsächlichen Feststellungen schienen dem Kammergericht zwar nicht als ganz unüberprüfbar angesehen zu werden. Es war aber der Meinung, daß sie ohne Verkennung von Rechtsnormen ergangen seien. Das Rechtsmittel scheiterte an den tatsächlichen Feststellungen, die vom Revisionsgericht nicht nachgeprüft werden konnten.

Das Urteil zeigt, wie recht unsere Genossen hatten, als sie jüngst in der Justizkommission verlangten, der Revision des Angeklagten müsse auch stattgegeben werden, wenn das Urteil auf Verstößen gegen die Grundsätze der Logik beruhe. Das Urteil ist ein Klassenjustizurteil schlimmster Art. Der rechtskräftig Beurteilte ist ungerecht verurteilt, daran ändert der Umstand nichts, daß das Kammergericht glaubte, durch das Gesetz behindert zu sein, die tatsächlichen Irrtümer zu korrigieren.

### Eine beispiellose Roheit.

Die Polizeihundbewegung macht Fortschritte. Kürzlich fand in Altona-Bahrenfeld hinter der Rembahn anläßlich der landwirtschaftlichen Ausstellung in Hamburg eine Prüfung der Polizei- und Schäferhunde statt. Ueber diese Prüfung finden wir in der P. S. S. (Polizeihund-Verein) Zeitschrift, Organ des Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden, Nr. 19, vom 6. Juli 1910 einen von Dr. Otto Kulla unterzeichneten Bericht, dem wir folgende Mitteilungen entnehmen:

„Am Freitagmorgen sahen der Vorsitzende des SV, Rittmeister a. D. von Stephan, Major Klein, Herr Haase nebst Frau und Schöpfungshunde und einige Herren, die nichts mit dem Preiskriterium zu tun hatten. Es sollte zuerst die Rasenarbeit der Hunde gezeigt werden, und zwar Verbeßen einer Person, die sich verdeckt hat. Dazu wurden nun Kinder eines Erziehungs- oder Waisenheimes unter Führung ihres Anstaltsvaters (Herr Schmalfeld) verwendet! Es war diesen Kindern nicht der geringste Schuß am Körper gegeben.“

Tatsächlich wurde bald zu Anfang der Vorführung ein Kind in den Oberarmel derart gebissen, daß eine circa 4 Zentimeter lange blutende Wunde vorhanden war; Verbandzeug war auch nicht am Platze; so daß ein Altonaer Schutzmännchen per Rad es erst holen mußte . . .“

Man möchte es kaum für möglich halten, daß einer Anstalt zur Erziehung andertraute Kinder als Versuchsubjekte für Polizeihunde betrachtet werden! Diese Verwendung offenbart ein Maß von Roheit, für das ein entsprechender Ausdruck kaum gefunden werden kann. Außerdem wird diese Verwendung der armen Kinder auf die Erziehungspraktiken, denen sie in der Anstalt ausgesetzt sind, ein großes Schlaglicht und es muß öffentlich die Frage aufgeworfen werden: Welche Behörde trägt die Verantwortung für solche Zustände? Die armen Kinder sind aufs tiefste zu bedauern, die in die Hände von Erziehern gegeben sind, die sie zu Versuchsubjekten für Polizeihunde machen!

Wird die Staatsanwaltschaft im vorliegenden Falle gegen die schuldigen Menschenpeiniger einschreiten? Wir sind neugierig!

Nicht uninteressant ist die Mitteilung Dr. Kullas, daß kurz nach dem Vorfall der Polizeinspektor Maeder zur Besichtigung der Prüfung erschienen sei. Ihm müsse dieser Vorfall doch sofort zu Ohren gekommen sein, er habe aber keine Veranlassung genommen, die Prüfung zu sistieren, auch nicht so lange, bis genügende Schutzmaßnahmen zur Verhütung von Unglücksfällen getroffen worden seien!

### „Nachmachen“!

In ihrer Nummer vom Sonntag, den 10. Juli, bringt die „Norddeutsche Allgemeine“ einen neuen Artikel über das Wachstum des freien Arbeiterverbandes. Als Grundlage benutzt sie vorsichtigerweise einen Artikel der berühmten Hoffhäuserkorrespondenz kriegsvorbereitender Farbe, der darauf hingewiesen hat, daß die Sozialdemokratie im Jahre 1907 unter den Landarbeitern nur ein und einhalb Hundert im Fabrikarbeiterverband Organisierte gehabt hätte, und daß es heute in einer eigenen Gewerkschaft schon über 10 000 geworden seien. Man sieht den Staat direkt wackeln, wenn man folgendes Nitat liest: „Für den zweiten und abschließenden Teil der Wählerarbeit ergibt sich dann, daß aus dieser Grundstimmung (der Unzufriedenheit) heraus die haarscharfsten Bestimmungen, die Königtumtreue, die Vaterlandsliebe und die religiösen Ueberzeugungen ins Wanken gebracht und für die revolutionäre Gedankenwelt Raum geschaffen ist. Schon sieht die „Norddeutsche Allgemeine“ den Industriearbeiter mit dem Landarbeiterproletariat Arm in Arm gegen den heutigen Staat marschieren, und dabei macht man der Sozialdemokratie im Ueberschwang der englischen Gefühle das folgende Kompliment, das wir natürlich gern akzeptieren. „Reitung ist noch möglich, wenn alle Gegner der Sozialdemokratie für ihre gemeinsame Sache so arbeiten, wie die Sozialdemokratie für den Umsturz arbeitet, mit demselben Aufgebot aller Kräfte, die die Sozialdemokratie einsetzt, mit der nämlichen Eiferlosigkeit wie sie, mit dem unermüdeten Glauben an den Sieg dessen, der sich um die Seele des Volkes am eifrigsten müht.“ Ja, Nachmachen! Das ist das Kunststück, man wird sich wahrscheinlich nicht anders helfen, als daß wieder nach Staatsanwalt und Büttel und Ausmeßergesetzgebung geschrien wird. Geissen wird es aber trotzdem nicht, das Landarbeiterproletariat ist erwacht und wird sich nicht wieder zum Schlafen bringen lassen.“

### Gemeinsamer „liberaler“ Kandidat in Bschovan-Marienberg.

An Stelle des wegen Gesundheitsrückfällen von der Kandidatur zurückgetretenen Landtagsabgeordneten Roch-Annaberg ist jetzt der Abg. Brodau aus Chemnitz gewählt worden. Herr Brodau ist ein Liberaler à la Winter (Frankfurt-Debus); bei den letzten sächsischen Landtagswahlen hat er in Chemnitzer Blättern seine Parteigenossen aufgefordert, in der Stichwahl für den Konservativen zu stimmen.

### Ein „großer“ Tag im Hamburger Parlament.

Ein beinahe vollbesetztes Haus, vollbesetzte Galerien und Logen, das war die Signatur der Eröffnung der Hamburger Bürgerversammlung, in der die Beamtenbesoldungsvorlage zur Beratung kam. Infolge der famosen Reichsfinanzreform ist die Not nicht allein in Arbeiterkreisen außerordentlich groß geworden, sondern auch in der unteren Beamtenenschaft. Als im Reichs- und Preußen die Gehaltsvorlagen zum Abschluß gelangten, rührte

sich auch die hamburgische Beamtenkassette, zumal die Gehaltsbefristung von 1907 nur Stückwerk war, mit dem nur die oberen Beamten, die Zulagen bis 2000 M. erhalten hatten, zufrieden sein konnten. In vielen Verfassungen der einzelnen Beamtenkategorien wurde unter Hinweis auf die Entwertung des Geldes durch die Finanzreform die Notwendigkeit einer ausreichenden Gehaltsaufbesserung dargelegt.

Der Inhalt der Gehaltsvorlage läßt sich dahin zusammenfassen: Oben mit Scheffeln, unten mit Löffeln. In der Begründung sagt der Senat, 1907 sei eine Gehaltsaufbesserung von 12 Proz. erfolgt, die jetzige bringe eine solche von 6 Proz., an Beamtengehältern müßten jährlich 45 Millionen gezahlt werden usw. Die Beamten mit akademischer Vorbildung sind ihren preußischen Kollegen stets um einige Tausend Mark voraus gewesen, jetzt sollen sie abwärts um mindestens 1000 M. aufgebessert werden; einige Kategorien haben in drei Jahren bis 3000 Mark Zulage erhalten.

Auf die Klüft zwischen oberen und unteren Beamtengehältern — die unteren Gehaltsstufen sollen mit 200 M. Zulage abgeheft werden — wies namentlich Genosse Stolte hin, der sich warm der stiefmütterlich bedachten Unterbeamten annahm. Da ein Beamter, der auch Abgeordneter ist, in einer Versammlung erklärt hatte, es dürften keine kaufmännischen Vertreter und keine Vertreter engherziger Innungspolitik in den Ausschuss zur Prüfung der Vorlage gewählt werden, nahm dies ein Vertreter „mittelständischer“ Interessen zum Anlaß, die Not des Mittelstandes in krassen Farben zu schildern. Er warf einem Abgeordneten mit Beamtenqualifikation vor, nur eigene Interessen vertreten zu haben, worauf dieser auf einen Schelmen anderthalb setzte. Genosse Stolte nahm sich ferner der Diätäre und der Staatsarbeiter an, von denen bislang nicht die Rede war. Vor allem müsse man auch die Deckungsfrage behandeln, das Geld müsse doch aufgebracht werden.

Die Debatte endete mit der Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss.

### Zur Bekämpfung der Prostitution

hat im badischen Landtage eine Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokraten der Regierung den Antrag empfehlend überwiesen, die sämtlichen im Großherzogtum Baden vorhandenen öffentlichen Häuser zu schließen und neue nicht mehr zu errichten. Da die Regierung sich ablehnend verhielt, kam es im Laufe der Debatte zu einem Zusammenstoß zwischen dem sozialdemokratischen Redner Genossen Frank und dem Minister v. Godman. Dieser hatte als früherer Polizeiamann von Karlsruhe die Kasernierung der Prostitution eingeführt und wollte natürlich als gegenwärtiger Minister von der Aufhebung seiner früheren Maßregel nichts wissen. Gleichwohl wurde die Schließung der öffentlichen Häuser kategorisch verlangt. Dr. Frank wies noch darauf hin, daß gerade die Kasernierung den Mädchen Handel begünstige. In dem angenommenen Antrage waren auch Mittel gefordert zur Anstellung von Polizeiaffizientinnen in den größeren Städten. Die Regierung gab auch hier eine ablehnende Antwort.

### Die milde Militärjustiz.

Die Theorie der Abschreckung wird von den Militärgerichten nur „gemeinen“ Soldaten gegenüber in die Praxis umgesetzt; bei Vorgesetzten — namentlich wenn es sich um Hoheitsdelikte handelt — kommt diese Theorie selten zur Anwendung. Der Sergeant Koch vom 85. Infanterieregiment in Rendsburg verlegte dem Musketier A., der sich wegen einer Furunkel am Kopf in Schonung befand, eine Ohrfeige und brauchte eine beleidigende Nebenart, weil der am Kopf verbundene Soldat wahrheitsgemäß geantwortet hatte, er sei vom Feldwebel beauftragt worden, auf dessen Gühner zu achten. Die unter diesen Umständen besonders rohe Handlungsweise ahndete das Kriegsgericht, das nur eine vorchriftswidrige Behandlung eines Untergebenen ansah, mit ganzen zwei Tagen Mittelarrest. Der Gerichtsherr legte Berufung ein, weil nicht Bestrafung wegen Mißhandlung erfolgt sei, auch sei die Strafe zu niedrig. Das Kriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) folgte dieser Auffassung und erkannte auf — acht Tage Mittelarrest!

### Oesterreich.

#### Sozialdemokraten und Schule.

Während in Preußen Sozialdemokraten als Mitglieder der Schuldeputationen nicht befähigt werden, ist Oesterreich darin doch etwas kultivierter. In dem oberösterreichischen Städtchen Wels wurde der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Genosse Joseph Hafner von der freirechtlichen Majorität der Lehrerschaft des Bezirks Wels in den Bezirksschulrat gewählt. Im vorigen Jahre verweigerte der Statthalter von Oberösterreich unserem Genossen, der Lehrer in Stadl-Paura ist, die Bestätigung; diesmal ist sie anstandslos und anerkennendwert rasch erfolgt.

### Frankreich.

#### Streik-Kugeln.

Paris, 10. Juli. (Fig. Ver.) Daß die Armees des bürgerlichen Staates, die von den ausgebeuteten Massen im Namen der „Nation“ erhalten werden muß, mit in erster Linie gegen den „inneren Feind“, d. h. eben gegen diese Massen selbst, sobald sie sich gegen die Ausbeutung wehren wollen, dienen muß, ist dem Proletariat längst kein Geheimnis mehr. Selten aber ist diese Bestimmung des Heeres von den Herrschenden selbst mit solchem Egoismus sichtbar gemacht worden, wie jetzt in der Bourgeoisrepublik. Wie die „Humanität“ mitteilt, haben die Techniker der Schießschule im Lager von Châlons „befriedigende“ Versuche mit einem neuen Geschos angefertigt, das den charakteristischen Namen „Streik-Kugel“ bekommen hat. Die gewöhnlichen Geschosse des Reibel-Gewehrs haben eine Anfangsgeschwindigkeit von 600 Metern und können auf eine Distanz von 1500 Metern sechs Menschen durchbohren. Aber gerade diese Durchschlagskraft machten sie für Konflikte mit demonstrierenden Volksmengen wenig brauchbar, denn die Gefahr, daß ganz Unbeteiligte getroffen werden, hält die Führer der Militärabteilungen in vielen Fällen von dem Gebrauch der Schusswaffen zurück. Damit nun in Zukunft die Interessen der Kapitalisten nicht durch solche humanitäre Bedenken beeinträchtigt werden, haben die Militärtechniker eine neue Geschos geschaffen. Sie ist aus Aluminium hergestellt, ist hoch und vorn abgerundet. Ihre Tragweite beträgt nur 500 Meter und sie ist in der Art konstruiert, daß sie nur eine einzige Person verwunden kann, da sie beim Ausprallen zerbricht. Sie erzeugt demgemäß Mißwunden. — Die Hülse des neuen Geschosses ist zum Unterschied von der Patrone D geschwärzt. Mit dieser neuen Patrone sollen die Schildwachen der Pulvermagazine und Gefängnisse und die in Streifgebieten verwendeten Truppen ausgerüstet werden. Daß diese letzte Bestimmung die eigentliche ist, ist aber so klar, daß das Geschos auf den Namen „Streik-Kugel“ sofort, nachdem es geboren war, in den Militärkreisen getauft wurde.

### Die Reservisten von Nimes vor dem Kriegsgericht.

Paris, 9. Juli. (Fig. Ver.)

Die „Meuterei“ der Reservisten von Nimes, die nicht auf durchgehenden Straßsäulen auf sumpfigem Boden schlafen wollten, hat verhältnismäßig milde Folgen für die Beteiligten gehabt. Natürlich mußte der Höhe der „militärischen Disziplin“ verschönt werden; aber er hat diesmal kein Blutopfer erhalten. Von all den Soldaten, die sich den Ausgang aus dem Lager erzwungen und unter dem Gefang der „Internationale“ nach Nimes gezogen waren, wurden nur ein Korporal und vier Gemeine vor Gericht gestellt.

Die Anklage lautete auf Verabredeten Befehlens Ausfuhr; ein Soldat war überdies wegen Gewalttätigkeit und Weisbedingung, verübt am kommandierenden Oberleutnant, angeklagt. Die als Zeugen vernommenen Offiziere ließen es an Tiraden gegen die „fremden Heer“ nicht fehlen, waren aber loyalerweise bestrebt, die Angeklagten nicht zu stark zu belasten. Ein Reserveleutnant erklärte, daß es ohne den Zustand des Lagers nicht zu der Meuterei gekommen wäre. — Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis gegen den Korporal und einen Gemeinen, auf 6 Monate gegen den „Weisbedinger“, dessen „Gewalttaten“ sich nach der Aussage des Oberleutnant selbst darauf beschränkt hatten, daß er diesen Offizier an der Waffe packte und ihm mehrere Male „Schweigen Sie!“ zurief. Ebenfalls belam ein anderer „Mädelsführer“. Der fünfte Angeklagte kam mit 2 Monaten davon, wobei ihm Strafausschub, d. h. die bedingte Verurteilung gewährt wurde. Also alles in allem Urteile, die sich von dem in anderen Armeen herrschenden Draconismus vorteilhaft abheben. Der Militarismus muß eben in Frankreich doch schon mit einer öffentlichen Meinung rechnen, die ihm — weit über die organisierte Arbeiterschaft hinaus — nicht besonders hold ist. Daß der Bürger dazu da ist, um sich bei einer Waffenübung, weil es der militärische Gehorsam will, einen lebenslänglichen Rheumatismus zu holen, will auch der patriotische Kleinbürger und Bauer nicht mehr glauben.

### Italien.

#### Das Volksschulgesetz.

Rom, 8. Juli 1910. (Fig. Ver.) Die italienische Kammer hat das Volksschulgesetz angenommen und dann ihre Sommerferien angetreten. Das Gesetz ist zweifellos das wichtigste, das in den letzten Jahren von dem italienischen Parlament gebilligt wurde und ist darauf berechnet, wirksam einem großen Mißstand des Landes zu steuern: dem trotz des offiziellen Schulzwanges fortbestehenden Analphabetismus.

Das Gesetz überträgt die Leitung des Volksschulwesens aller Gemeinden, soweit sie nicht Provinzial- oder Kreishauptstädte sind, einer Provinzialschulverwaltung. Von dieser Uebernahme ihrer Funktionen durch eine neue Körperschaft können sich die Gemeinden befreien, die bei der nächsten Volkszählung vom Jahre 1911 weniger als 5 Proz. Analphabeten unter der Bevölkerung von über 8 Jahren haben werden. Um nicht ihr Schulwesen dem neuen Verwaltungskörper überlassen zu müssen, haben diese Gemeinden die Pflicht, im Laufe der nächsten 10 Jahre die Zahl der Analphabeten auf mindestens 15 Proz. herabzusetzen. Die Provinzialschulverwaltung, in der der Staat eine starke Vertretung hat, übernimmt das ganze Schulwesen, verwaltet die von den einzelnen Gemeinden ausgetretenen Summen und ergänzt sie, soweit sie unzulänglich sind, aus der Staatskasse. Nach voller Durchführung werden die aus dem Gesetz erwachsenden Jahresausgaben des Staates 41 Millionen betragen.

Für die Schulgebäude und das Lehrmaterial wird die Depositionsermächtigt, den Gemeinden im Laufe von 12 Jahren 240 Millionen vorzustrecken, deren Verzinsung der Staatskasse zur Last liegt, während die Amortisation durch die Gemeindefasse gesehen muß.

Das Minimalgehalt der Lehrer wird für die obligatorischen Schulen um 200 Lire jährlich und für die fakultativen um 300 Lire erhöht, beträgt somit 1340 und 1300 Lire im Jahre. Die Rechenaufgabe liegt der Staatskasse zur Last. Weiter ordnet das Gesetz die ländlichen Hilfsschulen neu und setzt obligatorische Unterrichtskurse für die Soldaten fest, die nicht den vierjährigen Volksschulkursus absolviert haben. Es werden hierfür, sowie für Abend- und Sonntagskurse 1,7 Millionen im Jahre ausgeworfen. Um den wachsenden Ansprüchen zu genügen, die das neue Gesetz in bezug auf die Zahl der Lehrer stellen wird, werden Gelder für Stipendien für die Vorbereitung zum Lehrerberuf ausgeworfen. Die festgesetzte Summe beträgt im ersten Jahre 60 000 Lire und steigt allmählich bis auf 800 000. Jedes Stipendium beträgt 600 Lire für männliche, und 500 Lire für weibliche Lehramtskandidaten. Für die Reform der Lehrerseminare wird im ersten Jahre die Summe von 100 000 Lire bestimmt, die schrittweise bis auf 1 Million jährlich ansteigt.

Für die Freunde des Gesetzes ist es eine große Enttäuschung gewesen, daß der Senat seine Beratung bis nach den Sommerferien verschoben hat, dadurch wird es in Frage gesetzt, ob die Reform schon am 1. Januar 1911 in Kraft treten kann.

### Spanien.

#### Gegen den Klerikalismus.

Madrid, 10. Juli. Heute fanden in zahlreichen Städten Spaniens, besonders in Madrid, Tarragona, Saragossa und Toledo antikerikale Versammlungen statt. In Barcelona wurde ebenfalls eine Kundgebung gegen den Klerikalismus veranstaltet, woran zahlreiche Frauen teilnahmen; die Teilnehmer übermittelten dem Gouverneur eine Adresse, welche die Unterschriften von 22 000 Frauen trug.

#### Ein Protest des Vatikans.

Madrid, 11. Juli. Heute traf eine Note des Vatikans ein, die in der heftigsten Weise gegen den Gesandten, der die Errichtung neuer Klöster verbietet, Protest einlegt und zwar schon aus dem Grunde, weil der Gesandten vor dem Abschluß der Konfessionsverhandlungen eingebracht worden ist.

### China.

#### Die Unruhen.

Pkin, 11. Juli. Die „Militäre“ meldet aus Shanghai: Die Unruhen in Lai-Hang in der Provinz Schantung richten sich nicht gegen die Ausländer, sondern gegen die chinesischen Beamten und die Kolonisten, die durch den Anlauf der Lebensmittel die Hungersnot gesteigert haben. Der Zusammenhang der Aufständischen mit den roten Mäulern der Provinz, der Provinzhauptstadt, war unerkennbar. Diese ergänzten sich zumeist aus den kriegerischen Bewohnern von Nord-Schantung. Die aus Schantung stammenden roten Räuber haben ihren Stammes- und Sinnesgenossen in der Heimatprovinz moderne Waffen geliefert. Die chinesische Regierung verfolgt die Angelegenheit mit vollem Ernst.

### Aus der Partei.

#### Reichstagslandtag.

Der Parteitag für das Herzogtum Sachsen-Altenburg, der am 9. und 10. Juli in Ruda tagte, stellte als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl den Genossen Hermann Käppler, Vorsitzenden des Mühlener Arbeiterverbandes, auf. Die Partei- und Gewerkschaftsbewegung im Herzogtum hat sich sehr gut entwickelt. Die Partei zählt 4914, die Gewerkschaften rund 20 000 Mitglieder. Die Partei hat im Landtag 7, in den Gemeindevertretungen 142 Vertreter. Die Einnahmen der Landeskasse betragen 8831 M., die Ausgaben 7107 M. Den Antrag auf Erhöhung des monatlichen Beitrages von 80 auf 40 Pf. lehnte der Parteitag ab. Als Vertreter zum deutschen Parteitag wurde Genosse Köhler-Altenburg zum internationalen Kongreß Direktor-Altenburg gewählt.

#### Letztliste der Partei.

Wie uns aus Frankenhausen am Hoffschauer telegraphisch gemeldet wird, ist am Montag Genosse Wötcher, Mitglied des Schwarzburg-Rudolstädter Landtags, im Alter von 64 Jahren

gestorben. Die Genossen werden dem toten Streiter für die proletarische Sache ein ehrendes Andenken bewahren.

### Parteiliteratur.

Im Verlage der Ersten Wiener Volksbuchhandlung sind neue Arbeitererzählungen erschienen unter dem Titel: „Die Ramentosen.“ Geschichten aus dem Leben der Arbeiter und Armen. Der österreichische Parteigenosse Hanusch, der heute der Leiter einer der größten Arbeiterorganisationen Oesterreichs sowie ein Vertreter des Proletariats im Parlamente ist, hat von frühesten Jugend bis ins Mannesalter hinein am Weibstuhle gearbeitet. So schöpft er aus eigener Erfahrung und Beobachtung, wenn er die „Ramentosen“ darstellt. Das Werk wird in 18 Heften zum Preise von ca. 12 Heller vollständig vorliegen. Alle acht Tage gelangt ein Heft zur Ausgabe. Die komplette Ausgabe kostet broschüriert 2 M., elegant gebunden 2,50 M. Alle Buchhandlungen und Kolportage nehmen Bestellungen an.

### Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung am 11. Juli 1910.

Von den Bestimmungen für

#### die Landwirtschaft

sind ganz besonders schlimm die über die sogenannte erweiterte Krankenpflege. Die oberste Verwaltungsbehörde soll nämlich nach diesen Bestimmungen das Recht haben, für das Gebiet des Bundesstaates oder Teile davon den Landkrankenpflegen zu gestatten, durch die Sägung für arbeitsunfähig Erkrankte erweiterte Krankenpflege einzuführen. Der Unterschied zwischen der gewöhnlichen Krankenpflege und der erweiterten Krankenpflege besteht darin, daß die Krassen verpflichtet und nicht nur berechtigt sind, die Krankenhauspflanze zu genießen. Diese Verbesserung ist aber in der Vorlage sehr abgeschwächt worden durch die Bestimmung, daß die Krassen die Krankenhauspflanze bevorzugen kann, wenn diese nach ärztlichem Gutachten die Heilung nicht fördern würde. Trotzdem sollte nach der Vorlage auf die Versicherer ein unbedingter Zwang ausgeübt werden, sich in das Krankenhaus zu begeben. Für alle anderen Versicherer besteht die Bestimmung, daß dann, wenn der Kranke verheiratet ist oder einen eigenen Haushalt hat, oder Mitglied des Haushalts seiner Familie ist, der Zwang, ins Krankenhaus zu gehen, nur auf besonders wichtige Fälle beschränkt ist, in denen die Behandlung im Krankenhaus entweder im Interesse des Kranken oder zur Verhinderung der Simulation notwendig ist. Für die Landarbeiter aber sollte auch in diesen Fällen, in denen alle anderen Arbeiter sich nicht ins Krankenhaus gegen ihren Willen zu begeben brauchen, der Zwang bestehen. Fügt er sich dem Zwange nicht, dann soll ihm zur Strafe das Krankengeld entzogen werden.

Gegen diese Strafbestimmung wendeten sich unsere Genossen Hoch, Roffenbuh und Schmidt. Das Recht, das allen anderen verheirateten Versicherern gewährt wird, sich in gewissen Fällen nichts ins Krankenhaus zu begeben, müsse auch den Landarbeitern gewährt werden. Sei es doch geradezu ein Gebot der Menschlichkeit, einem Sterbenden den Wunsch zu erfüllen, seine letzten Stunden in dem Kreise seiner Familie zu verleben. Die Landarbeiter seien doch auch Menschen. Sie müßten daher das Recht haben, ohne sich eine Strafe zuzuziehen.

Deshalb beantragten die Sozialdemokraten, daß auch den Landarbeitern in derartigen Fällen die volle Krankenpflege und das Krankengeld gewährt wird.

Abg. Mugdan stellte sich auf denselben Standpunkt. Auch die Zentrumsabgeordneten hielten diese Bestimmungen für zu hart. Bei der zweiten Lesung würden sie am besten gestrichen werden. Da aber die erweiterte Krankenpflege bereits im Prinzip angenommen sei, müsse jetzt auch die Strafbestimmung angenommen werden. Sie beantragten aber, die Strafe auf das halbe Krankengeld herabzusetzen.

Dieser Antrag wurde dann auch angenommen, nachdem der Antrag der Sozialdemokraten vom Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen abgelehnt worden war.

Noch ungeheurer ist die Bestimmung der Vorlage, daß die Krassen sogar den Angehörigen des Landarbeiters, der zwangsweise ins Krankenhaus gebracht worden ist, das Hausgeld, die Unterstützung für die Familie, entziehen darf. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Bestimmung gestrichen und dafür im Gesetz ausdrücklich erklärt, daß auch den Landarbeitern in solchen Fällen das Hausgeld gewährt werden muß.

Ferner sollten die Krassen das Recht haben, in solchen Fällen sogar den Höchstbetrag des Sterbegeldes für die Landarbeiter auf 30 M. herabzusetzen. Auch dies wurde auf Antrag der Sozialdemokraten gestrichen.

Diese bedenklichen Bestimmungen sollen nach dem Entwurf auch für die

#### Dienstboten

gelten. Dagegen erhoben die Sozialdemokraten entschiedenen Einspruch und beantragten, daß die Ausdehnung der Bestimmungen auf die Dienstboten gestrichen wird.

Der Antrag wurde leider gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und der Polen abgelehnt und dafür ein Antrag des Abg. Hise angenommen, nach dem ein Dienstbote dann nicht ins Krankenhaus muß, wenn dies sowohl vom Dienstboten und von dem Dienstberechtigten gefordert wird, und der Arzt dagegen nichts einzuwenden hat.

Auch wo die erweiterte Krankenpflege durch die Sägung nicht eingeführt ist, soll die Krankenkasse die Krankenhauspflanze auf Antrag des Dienstberechtigten dem in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Dienstboten gewähren, wenn die Krankheit ansteckend ist, oder wenn der Dienstbote im Haushalte des Dienstberechtigten nicht oder nur unter großer Verlästigung des Dienstberechtigten behandelt oder verpflichtet werden kann.

Die Sozialdemokraten wendeten sich dagegen, daß hier, wo es sich um einen erkrankten Dienstboten handelt, einzig und allein nach dem Willen des Dienstberechtigten gefragt wird. Sie verlangten, daß in derartigen Fällen der Dienstbote auch auf seinen Antrag im Krankenhaus gepflegt werden muß. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Eine sehr ausgedehnte Debatte fand über die Bestimmung statt, daß die Krankenhauspflanze dem Dienstboten nur so lange gewährt werden soll, wie der Dienstbote Ansprüche nicht nur gegen die Krankenkasse, sondern auch gegen die Dienstberechtigten hat.

Die Sozialdemokraten legten die Folge dieser Bestimmung dar. Ein Dienstbote ist im Krankenhaus, weil er bei dem Dienstberechtigten kein Unterkommen finden konnte. Eines Tages läuft die Zeit ab, für die der Dienstberechtigte zur Fürsorge für das kranke Mädchen verpflichtet ist. Dann soll das Mädchen auf die Straße geworfen werden, obgleich es jetzt erst recht kein Unterkommen hat und kein Anspruch an die Krankenversicherung weiter besteht. Das Mädchen ist dann auf die wenigen Pfennige Krankengeld angewiesen, für die es sich womöglich ein passendes Unterkommen verschaffen kann. Es ist daher dem schlimmsten Elende preisgegeben.

Die Sozialdemokraten beantragten daher, daß die Bestimmung gestrichen wird und dem Dienstboten in solchen Fällen die Unterstuf im Krankenhaus für die ganze Zeit zu gewähren ist, in der es Anspruch auf Krankengeld an die Krankenkasse hat.

Die Regierungsvertreter versuchten immer wieder die Kommission zu überzeugen, daß die Bestimmung aus Rücksicht auf die juristische Konstruktion des Gesetzes unbedingt angenommen werden müsse. Schließlich wurde jedoch mit allen Stimmen gegen die der Konservativen und Nationalliberalen der sozialdemokratische Antrag angenommen und die Bestimmung der Vorlage gestrichen.

Fortsetzung am Dienstag.

# Gewerkschaftliches.

## Die Streikbewegung der französischen Eisenbahner.

Paris, 8. Juli. (Sig. Ber.)

Kein Zweifel — die Situation wird ernst. Die Eisenbahner treffen die letzten Vorbereitungen für den Ausstand. Sie sind entschlossen und voll Zuversicht. Der Selbstberuhigung der Regierung, daß die Gewerkschaft ja doch nur einen kleinen Bruchteil der Eisenbahner umfasse und in ihr selbst eine große Mehrheit „ruhiger Elemente“ der Streikparole kein Gehör geben werde, steht die Tatsache entgegen, daß nie der Verband soviel Beitrittsrückmeldungen zu verzeichnen hatte, wie seit der Verschärfung der Situation: 1976 bloß in der letzten Woche! Am 17. Juli tritt der Vorstand des Verbandes, der 43 Vertreter der verschiedenen Bahnlagen vereinigt, zur entscheidenden Beratung zusammen.

Die Forderungen der Eisenbahner sind folgendermaßen formuliert:

1. Sofortige Einführung des wöchentlichen Ruhetages nach dem Muster der Staatsbahnen.
2. Erhöhung der Löhne, auf Grundlage des Minimallohns von 1800 Frank.
3. Fehntundentag.
4. Rückwirkende Kraft des Pensionsgesetzes von 1909 auf alle derzeit den Pensionsklassen der Gesellschaften angehörenden Angestellten.

Die Eisenbahner dürfen den Vorwurf, daß sie den Ausstand, dessen folgenreicherer Einfluß auf das ganze Wirtschaftsleben der Nation sie wohl kennen, leichtfertig in Szene setzen, mit Verachtung zurückweisen. Mit insamen Beschimpfungen und Verleumdungen und mit wilden Drohungen fällt die großkapitalistische Presse über sie her. Verrat an der Nation, Lust an Zerstörung, Gleichgültigkeit gegen das Leben der Mitmenschen — das sind so die üblichen Vorwürfe; gewaltsames Niederschlagen des Streiks mit Hilfe der staatlichen Zwangsmittel, mitleidslose Verhaftung der Teilnehmer — die an die Regierung gerichteten Forderungen der liberalen Bourgeoisie. Eine Militärzeitung geht auseinander, daß den Eisenbahnern, die nach der Mobilisierung den Ausstand fortsetzen, bei einfacher Nichtleistung gegenüber dem Einberufungsbesehl ein Monat bis ein Jahr, bei passivem Widerstand ein bis zwei Jahre Gefängnis wegen „Gehorsamsverweigerung“ und bei Sabotage gar — die Todesstrafe droht!

Die Mobilisierung der Eisenbahner ist in der Tat vorbereitet. Die „Guerre Sociale“ hat das Glück gehabt, ein ausgefülltes Einberufungsformular im Koffmiste wiedergeben zu können. Die Mobilisierung bedeutet aber die offene Parteinahme der Regierung für die Gesellschaften, die Vernichtung des Streikrechts, das Briand und Barthou selbst ausdrücklich den Eisenbahnern zuerkannt haben. Ob die Mobilisierung aber wirksam sein muß, ist eine andere Frage. Es handelt sich ja nicht nur darum, daß jedem Beamten der Einberufungsbesehl zugestellt wird, sondern auch darum, daß er seinen Dienstort erreichen kann, was bei einer raschen Desorganisation des Verkehrs keineswegs so leicht sein dürfte.

Die Eisenbahner sehen jetzt, wie die Unparteilichkeit der „sozialen Republik“, wie die Radikalen ihr Regime zu nennen lieben, in den sozialen Kämpfen aussieht. Der Verband hat zweimal, am 28. April und am 25. Mai, die Direktionen in einem Schreiben eingeladen, zu einer Versammlung unter Teilnahme des Ministerpräsidenten und des Ministers der öffentlichen Arbeiten zusammenzutreten. Die Gesellschaften haben darauf nicht erwidert, sie ignorieren demonstrativ die Gewerkschaft. Das Publikum aber suchen sie mit tendenziösen Darstellungen in der von ihnen abhängigen Presse irrezuführen und gegen die Eisenbahner einzunehmen. Die Regierung, die in ihrem Programm mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit so viel Wesens gemacht hat, ist ohne weiteres bereit, in einem Konflikt, der ohne die anmaßende Haltung der kapitalistischen Unternehmungen wohl unschwer friedlich beigelegt werden könnte, gegen die Arbeiter den Terrorismus zu proklamieren und den Anschlag gegen die Gewerkschaft zu unterstützen. Alles, was bisher von ihrer Seite im Sinne einer Schlichtung geschehen ist, beschränkt sich auf die Aufforderung des Arbeiterministeriums an die Gesellschaften, einen Bericht über die finanziellen Wirkungen des Minimallohns und der ihm entsprechenden Lohn-erhöhungen zu erstatten. Sie selbst aber trifft alle Maßregeln, die die Gesellschaften wünschen, um diese Lohn-erhöhungen zu ersparen.

Paris, 11. Juli. „Matin“ erfährt auf Grund von Mitteilungen aus bester Quelle, daß sich im Laufe des gestrigen Tages eine gewisse Besserung in der gesamten Lage zwischen den Eisenbahngesellschaften und ihrem Personal bemerkbar machte. Den Eisenbahngesellschaften scheint es nunmehr doch klar geworden zu sein, daß es für sie nicht ratsam wäre, sich noch länger den Forderungen ihres Personals gegenüber zu sträuben. Sie haben infolgedessen am Sonnabendabend an die Delegierten des Personals die Aufforderung gerichtet, zwecks Unterhandlungen mit ihnen eine Versammlung einzuberufen zu wollen. Gestern hat die Versammlung zwischen dem Personal und den Eisenbahngesellschaften stattgefunden. Von den Eisenbahngesellschaften waren hauptsächlich vertreten die Nord-Ost- und Orleans-Eisenbahngesellschaft. Was die Nordbahn-Gesellschaft betrifft, so hat deren Verwaltungsrat beschlossen, die kleinen Gehälter zu erhöhen. Von dieser getroffenen Maßregel werden 50 Proz. des gesamten Personals dieser Gesellschaft berührt. Die Ostbahngesellschaft hat beschlossen, die Lage der Heizer, die bei dieser Gesellschaft besonders trostlos war, zu verbessern. Die Orleansbahn-Gesellschaft schließlich prüft augenblicklich einen Vorschlag ihres Personals, die Gehälter eines Teiles des Personals aufzubessern.

### Berlin und Umgegend.

#### Mißstände in kommunalen Gastwirtschaftsbetrieben.

Der kürzlich abgehaltene Verbandstag der Gastwirtschaftlichen hat u. a. auch die Forderung aufgestellt, daß die Inhaber städtischer Lokale, wie Kneipen, Morzhallen, Zoologischer Gärten usw., von den Stadtverwaltungen bei Abschluß der Pachtverträge zu bestimmten Mindestleistungen gegenüber dem Personal verpflichtet werden. Vor allem sollen nach den Wünschen der Gastwirtschaftlichen die Pächter solcher Lokale angehalten werden, bei Bedarf von Personal nicht die gewerkschaftlichen Stellenvermittler, sondern den städtischen bzw. paritätischen Arbeitsnachweis und, wo solche nicht bestehen, die kostenlos vermittelnden Gehilfenvereine in Anspruch zu nehmen. Ferner wird gefordert, daß in den bezeichneten Lokalen die Kellner einen bestimmten festen Lohn erhalten, so daß sie nicht lediglich auf den Trinkgeldbeutel angewiesen sind.

Wie berechtigt diese Forderungen, geht aus nachstehendem recht deutlich hervor. Die auf städtischem Grund und Boden im Ostviertel am Kreuzberg errichteten „Victoria-Terrassen“ sind an einen Herrn Lang für die mäßige Summe von 6500 M. jährlich verpachtet. Die 8 dort beschäftigten Kellner machen bei einigermaßen günstiger Bitterung einen Umsatz von täglich 800 M., an guten Sonntagen bis zu 2000 M. Die Kellner erhalten nicht einen Pfennig Lohn, die Kost ist so schlecht und ungenügend, daß die Verzeihenden sich zum Teil noch aus

eigener Tasche bestreiten müssen. Um in diese Stellung zu gelangen, müssen sie zuvor dem Stellenvermittler, mit dem Herr Lang in Geschäftsverbindung steht, die Summe von 20 M. zahlen. Auch die Behandlung liegt viel zu wünschen übrig, und so wandern sich die dort beschäftigten Kellner an ihre Organisation um. Herr Lang lehnte aber jede Aussprache mit den Vertretern der Organisation in brücker Weise ab und entließ sofort sämtliche Kellner. Schon vorher hatte er sich an seinen Geschäftsfreund, einen Stellenvermittler aus der Wiltonstraße, gewandt, der neue Ware gegen Vergütung von je 20 M. von auswärts heranschaffte.

Das obige zeigt, wie berechtigt die Forderungen der Gastwirtschaftlichen an die Stadtverwaltungen sind. Hier darf bei Verpachtungen nicht lediglich der fiskalische Gesichtspunkt maßgebend sein; die Kommune hat die Pflicht, reformierend und bahnbrechend auf allen Gebieten vorzugehen. Und sie würde sich ein besonderes Verdienst erwerben, wenn sie in dieser Weise dem Trinkgeldunwesen entgegenarbeiten würde. Ein Skandal sondergleichen aber bedeutet es, wenn die Ausübung des den Arbeitern gesetzlich zustehenden Koalitionsrechts; ja, wenn der bloße Versuch, durch Vermittlung Dritter, eine Aussprache über die Wünsche der Angestellten herbeizuführen, an diesen von den Pächtern städtischer Lokale mit brutaler Maßregelung geahndet werden darf.

Achtung, Dachdecker Berlin und der Umgegend. Die Differenzen mit der Firma Robert Strauß in Rixdorf, Wilbrandstraße 20, haben ihre Erledigung gefunden. Zentralverband der Dachdecker, Verwaltungsstelle Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Auch der Fabrikarbeiterverband ist „politisch“.

Das Schöffengericht in Königsbrunn und die Strafkammer in Benthien O.-Schl. haben den Fabrikarbeiterverband für einen politischen Verein erklärt. Der oberschlesische Geschäftsführer des Verbandes hatte in Königsbrunn zu einer Versammlung der chemischen Arbeiter eingeladen. Die Tagesordnung lautete: Die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien und wie bekämpfen wir diese. Trozdem die Versammlung nicht angemeldet war, erschien die Polizei zur Überwachung. Der Beamte wurde zum Verlassen des Lokals aufgefordert, ging aber nicht. Daraufhin wurde von der Abhaltung der Versammlung überhaupt Abstand genommen. Gegen den Einberufer erging zunächst ein Strafbefehl über 30 M., der vom Schöffengericht auf den erfolgten Einspruch aufrechterhalten wurde. Die Benthener Strafkammer als Berufungsinstanz hat jetzt erkannt, daß die Versammlung deshalb als eine politische anzusehen ist, weil zum Beitritt in den Fabrikarbeiterverband aufgefordert werden sollte. Der Fabrikarbeiterverband sei ein politischer Verein, der Vorsitzende Breh sei sozialdemokratischer Abgeordneter, die Mitglieder erhielten zum Teil die „Gleichheit“, ein Blatt, das im Verlage der sozialdemokratischen Genossin Jettin erscheine, und außerdem enthalte das Statut eine Bestimmung über die Kaiserfeier, die eine sozialdemokratische Angelegenheit sei.

Die Durchführung des für das Maler- und Anstreicherergewerbe abgeschlossenen Reichstarifs begegnet in Rheinland-Westfalen bei den Arbeitgebern so erhebliche Schwierigkeiten, daß sich der Malerverband gezwungen sah, in allen größeren Orten am Sonntag, den 10. Juli, Protestversammlungen einzuberufen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigten. In allen Versammlungen gelangte nachfolgende Resolution zur Annahme:

„Eine im Lokale . . . . . tagende star? besuchte öffentliche Maler- und Anstreicherversammlung nimmt Kenntnis von den Vorgängen am Goutarifest in Essen, und weist die von den Führern des Arbeitgeberverbandes gemachten Drohungen mit Entrüstung zurück.“

Die Versammelten sind der Ansicht, daß nicht nur die Gehilfen, sondern auch die Meister für die Durchführung des Reichstarifvertrages zu sorgen haben und weisen die Behauptung, daß nur die Gehilfen an die bisher nicht strikte Durchführung des Reichstarifvertrages die Schuld tragen, ganz entschieden zurück.

Es versprechen die antretenden Gehilfen, den Reichstarif in allen Punkten zur Durchführung zu bringen und erwarten, daß die Arbeitgeber, welche stets angeben haben, tarifreue zu sein, die nötige Unterstützung nicht versagen werden.

Sollten trotzdem die Arbeitgeber die Drohung wahrzumachen versuchen und beim Eintritt der schlechtesten Geschäftslage die Außerkräftsetzung der Tarife einleiten, so werden sie den Verband der Maler, Anstreicher usw. zur Abwehr gerufen vorfinden. Deshalb verpflichten sich die Anwesenden, für die Stärkung der Organisation zu sorgen, um die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht nur zu erhalten, sondern Besserung anzustreben.“

#### Streik in der Etui- und Kartonagenindustrie in Mathenow.

Wegen Nichtanerkennung des Tarifes trat hier am Montag die große Mehrzahl der in der Etui- und Kartonagenfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, ein Minimallohn von 28 Mark für männliche und 12 Mark für weibliche Arbeiter, bei Akkordarbeit 10 Prozent Aufschlag; die Unternehmer boten 5 Prozent Lohnaufschlag, verweigerten aber jedes Entgegenkommen auf der Grundlage des Tarifs. In Frage kommen circa zweihundert Arbeiter und Arbeiterinnen, die fast sämtlich dem deutschen Wachstübenverband angehören. Zwei Geschäfte haben die Forderungen bereits bewilligt. Die Ausständigen bitten um Fernhaltung des Zuguges.

Nichtigstellung. Unser Artikel über die Generalversammlung des „Christlichen“ Metallarbeiterverbandes enthält eine Ungenauigkeit. Der Ridgang um 4 1/2 Tausend ist in der Berichtszeit erfolgt, das sind zwei Jahre. Im Artikel hieß es „im Jahre 1900“.

Die Zwickauer Bauarbeiter haben durch ihr wohlüberlegtes Vorgehen einen schönen Erfolg bei den nachträglichen lokalen Verhandlungen erzielt. Es wurden ihnen noch 2 Pf. pro Stunde zugewilligt, so daß die Gesamterhöhung 7 statt 5 Pf. beträgt. Der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer stellt sich sonach gegenwärtig auf 45, ab 1. Oktober 1910 auf 48, 1. April 1911 48 Pf., 1. April 1912 51 Pf. Für die Bauhilfsarbeiter wurde erstmalig auch ein fester Lohnstarif abgeschlossen. Derselbe weist einen Stundenlohn auf von 33—35 Pf. sofort, ab 1. Oktober 1910 35 bis 36, 1. April 1911 37—38, 1. April 1912 39 bis 41 Pf.

#### Zwei Unternehmer in den Schlingen der §§ 152 u. 153.

Die Strafkammer in Karlsruhe i. N. bestätigte das erstinstanzliche Urteil des dortigen Schöffengerichts, wonach der Vorsitzende des Deutschen Fleischerverbandes, Obermeister Karl Marx aus Frankfurt a. M. und der ebenfalls in Frankfurt a. M. wohnende Geschäftsführer dieses Verbandes, Ludwig Jentzsch, zu je 1 Tag Gefängnis verurteilt wurden. Bei einem Lohnkampf der Karlsruher Metzgergehilfen, bei dem es sich um die Anerkennung des Tarifs handelte, schrieben die Angeklagten an drei Karlsruher Innungsmeister, die den Tarif anerkannt hatten, sie würden öffentlich gebrandmarkt, falls sie ihre Zusage, die sie den Gesellen gegeben, nicht zurücknahmen. Es wurde vor allem dafür gesorgt, daß die Dissidenten keine Warenlieferung an Behörden mehr erhielten. Das Gewerkschaftsgericht bekam von diesem Brief Kenntnis und übergab ihn der Staatsanwaltschaft, da alle Merkmale — Verdrohungen und Schädigungen — vorlagen, welche sonst den Arbeiter unter Anklage bringen. Marx und Jentzsch mußten sich zunächst vor dem Schöffengericht Karlsruhe verantworten. Dieses verurteilte

jeden der Herren zu je einem Tag Gefängnis. Darob war man in Innungskreisen aus dem Häuschen, man legte sofort Berufung ein mit dem eingangs erwähnten Erfolge.

#### Eine „christliche“ „Glanzleistung“.

Genosse Leimpeters schreibt uns: Am Morgen des 9. Juli erhielt ich folgenden Brief zur Kenntnisnahme:

Zentralverband deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter. Geschäftsstelle Eiberfeld, Straßburger Straße 6.

Eiberfeld, den 8. 7. 10.

Karl! In einem Paket, das Du Samstag erhaltst, sind die Zeitungen mit dem Leimpeters-Artikel schon konvertiert. Einige müssen an die roten Beamten geschickt werden — das Groß muß Sonntag Morgen oder Abend im „Zivoli“ verteilt werden. Der es macht, vielleicht kann es Johann machen, muß in das Lokal gehen, erst ein Glas Bier trinken, und dann sich auf alle Lische ein oder einige Briefe legen, aber ziemlich schnell und dann verschwinden. Gruß W.“

Der Absender dieses Briefes ist der ehemalige Gärtnergehilfe W. Gutschke, später Sekretär bei den „Christlichen“ Vergarbertern, bei der letzten Reichstagswahl Kandidat für Homburg-Kreis in der „Christlich-sozialer“ Richtung, jetzt Sekretär im „Christlichen“ Eisenbahnerverband, Sig. Eiberfeld. Der Empfänger ist Karl Koster, Sekretär bei den „Christlichen“ Vergarbertern, und Johann, dem die laubere Rolle zugehört war, das Schmutzblatt im „Zivoli“, also in unserem Gewerkschaftsbau, dessen Mieter ich bin, für zu verteilen und dann schnell zu verschwinden, ist Johann Rauber, ehemaliges Mitglied des Vergarberterverbandes, heute ebenfalls Angestellter für Sig. M. Glöckner. Daß wir für Johann, falls er seine Mission ausführt, einen „würdigen“ Empfang bereiten, sei nebenbei erwähnt. Für mich galt es, schnell in den Besitz des Artikels zu kommen, der ja eine ganz besondere Leistung zu sein versprochen und so ging ich am Sonnabend in die „Christliche“ Versammlung im Luisengarten, wo nach meiner Vermutung der Artikel verteilt wurde. Ich hatte richtig kalkuliert, denn ich erhielt gleich drei Exemplare des Zentralorgans deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter vom 7. Juli, in dem sich ein Artikel des Herrn Gutschke gegen mich befindet, so hochanständig und christlich, wie ich bisher noch nichts gelesen habe. Ich werde in demselben als der Verfasser des Artikels in der „Pfälzischen Post“ und dem „Vorwärts“: „Christliche Arbeitergelder verlutert“ bezeichnet und behauptet Gutschke, alle Angaben in diesem Artikel seien erlunken und erlogen, ohne aber zu sagen, was eigentlich erlunken und erlogen ist. Er gibt mir dann folgenden Rat:

„Ich kann Leimpeters dem „Wahrhaftigen“ in Zukunft nur empfehlen sich seine Informationen nicht bei Zuhältern und halben Idioten zu holen.“

Es ist nie meine Gepflogenheit gewesen, einen Gewährsmann zu verraten, selbst wenn er mich falsch beraten hätte und habe ich deshalb die Zeugniszwangshaft standhaft ertragen, ohne meinen Gewährsmann preiszugeben und das werde ich auch in Zukunft so halten, aber in diesem Falle zwingt die Notwehr mich, meine Informanten öffentlich preiszugeben. Es sind das: Der „Christliche“ Gewerkschaftssekretär Karl Koster, Saarbrücken, Karlsruher Str. 6, derselbe Karl Koster, der jetzt das Schmutzblatt gegen mich verbreitet! Von ihm selbst habe ich die Mitteilung, daß er 8000 M. an dem betrachteten Blatt verloren hätte! Der andere ist der bekannte Mitarbeiter, der in dem betrachteten Blatt unter dem Pseudonym „Civis Saarabicus“ die salminanten Artikel gegen die Sozialdemokraten geschrieben hat, also zwei Leute, die aber den Stand der Dinge informiert sind. Den letzteren kenne ich persönlich nicht, seine Angaben erzieht ich schriftlich. Ob nun der „Christliche“ Sekretär Karl Koster ein Zuhälter und halber Idiot ist, das zu beurteilen ist Gutschke besser in der Lage als ich, da ich Herrn Koster aus nur sehr oberflächlich kenne. Diese Feststellung genügt mir für heute, um zu zeigen, wie diese „Christlichen“ „Helden“ beschaffen sind. Ueber den weiteren Teil des Schmutzartikels werde ich mich mit beiden, dem Verfasser und dem Verbreiter an anderer Stelle auseinandersetzen. Saarbrücken, den 10. Juli 1910.

Johann Leimpeters.

Die Basalt- und Vulkanofirma Bayerische Hartstein-Industrie, Sig. Würzburg, fordert von ihren Arbeitern unterschrieben den Austritt aus der Organisation und entläßt jeden Arbeiter, der diesem Verlangen nicht nachkommt. Die Firma liefert vornehmlich ihre Produkte, wie Steingruß, Kleinschlamm-Schotter, Padinge, Klein- und Großpflastersteine und Vulkanopflaster, außer an die Eisenbahnverwaltungen, an die Kommunen und Gemeinden. Die Vertreter der Arbeiter, wie Gemeindebevollmächtigte und Stadtverordnete werden dringend ersucht, bei Vergebung von Arbeiten das Verhalten der Firma ihren Arbeitern gegenüber in Betracht zu ziehen. Zu weiterer Auskunft ist die unterzeichnete Organisationsleitung gern bereit.

Der Zentralverband der Steinarbeiter.

M. Lohse, Würzburg, Rüdertstr. 7.

### Ausland.

Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke in Toulon haben am Sonnabend den Ausstand proklamiert. Die Regierung hat sofort Truppen als Streikbrecher kommandiert, die an Stelle der Ausständigen die öffentliche Beleuchtung aufrecht erhalten sollen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Steuererhöhung für Baden abgelehnt.

Karlsruhe, 11. Juli. (W. Z. V.) Die Zweite Kammer lehnte in ihrer heutigen Abend Sitzung die vorgeschlagene Steuererhöhung sowie Erhöhung des Zuschusses zur Eisenbahnschuldentilgungskasse von zwei auf vier Millionen ab angesichts der wirtschaftlichen Lage und der bevorstehenden Mißernte. Im Laufe der Debatte hatte Ministerialdirektor Göller nachdrücklich auf den Ernst der Finanzlage hingewiesen und erklärt, daß die Regierung im nächsten Landtage ihre Vorschläge wiederholen werde.

### Das Wahlrecht für Frauen im englischen Unterhaus.

London, 11. Juli. (W. Z. V.) Im Unterhause begann heute die Diskussion über den Gesetzesentwurf betreffend die Ausdehnung des parlamentarischen Wahlrechts auf die Frauen. Die Partei gegenwärtig waren bei der Beratung vollständig zerwickelt; der Entwurf wurde zunächst von der Arbeiterpartei und den Konservativen angenommen, dann aber von den Konservativen und den Liberalen bekämpft. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

### Mord und Selbstmord.

München, 11. Juli. (W. Z. V.) Der in Planegg stationierte Eisenbahnsekretär Oberndorfer hat heute nachmittag in einem Hotel zu Ruying am Starnberger See seine Frau und sich selbst erschossen.

### Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 11. Juli. (W. Z. V.) Seit gestern sind hier vier Neuerkrankungen an Cholera und zwei Todesfälle infolge Cholera vorgekommen. Die Stadthauptmannschaft Baku ist für Choleragefährlich und das transkaspiische Gebiet für Choleraabstreif erklärt worden.

### Bauarbeiterstreik in Serajevo.

Serajevo, 11. Juli. (W. Z. V.) Heute sind hier etwa 1300 Maurer, Zimmerleute und Arbeiter im Baugewerbe in den Ausstand getreten.

# Die Taktik im Wahlrechtskampf.

II.

Die beiden Artikel der Genossen in Zuzenburg, die die Auseinandersetzung eröffnen, führen den Titel: „Was weiter?“ Der erste Artikel schildert einleitend die aufrüttelnde Wirkung der Straßen-

... Unsere Partei muß angeht die von ihr entfachten Massenbewegung einen klaren bestimmten Plan haben, wie sie die begonnene Massenaktion weiter zu führen gedenkt. Straßen-

Es wird dann darauf hingewiesen, daß schon vor zwei Jahren die Massen begeistert und entschlossen der Parole zu Straßen-

„Dieses erste Experiment dürfte ein Fingerzeig und eine Warnung für unsere Partei sein, daß die Massenunruhen ihre eigene Logik und ihre Psychologie haben, mit denen zu rechnen

Es folgt ein Hinweis darauf, daß die 62 Versammlungen, die die Partei im Januar in Berlin einberief, mit der Absicht, keine

„Aber wie lange noch? Man mühte wenig Mühlung mit dem geistigen Leben der Parteimasse im Lande haben, um nicht ganz

Die Beschlüsse in der Wahlrechtskommission und im Plenum des Abgeordnetenhauses bedeuteten einen Faustschlag ins Gesicht

... Nachdem die Reaktion die Massenunruhen mit der Verhinderung der Wahlrechtsfrage in der Kommission und im Plenum

## Kleines feuilleton.

Archäologische Funde im Sudan. Von außerordentlichem Erfolge begleitet waren die archäologischen Expeditionen eines französischen Gelehrten M. de Zettner, der den französischen Sudan

### Theater.

Deutsches Theater. Sommergastspiel: Reichtagswahl, politischer Schwank von Walter Lursjinski und Richard Burmfeld. Daß ein „politischer“ Schwank die

schlossenheit in der Wahl der Mittel und der Strategie des weiteren Kampfes beinahe soviel wie eine verlorene Schlacht. Es ist notwendig, die Gegner im Atem zu halten, und sie sich nicht in den

Der Artikel verweist dann weiter darauf, daß schon bürgerliche Demokraten StraßenDemonstrationen veranstalten. Das zeige, daß

Der zweite Artikel verweist eingangs darauf, daß in Halle, in Bremen, in Breslau, im Hefen-Rastlauischen Agitationsbezirk und

... Ein aus der Pistole geschossener, durch einfaches Dekret der Partei eines schönen Morgens „gemachter“ Massenstreik ist bloß

Freilich ist auch der Massenstreik nicht ein wunderbares Mittel, das unter allen Umständen den Erfolg verbürgt. Ramentlich

In einer Partei, wo, wie in der deutschen, das Prinzip der Organisation und der Parteidisziplin so beispiellos hoch gehalten

einer allgemein verungenerungslustigen Vierstimmigkeit Ausdruck geben und durch forciert groteske Kunststücke der Liebertreibung

### Humor und Satire.

#### Bamberger Pädagogik.

Die deutsche Jungfrau, liebe Töchter, ist ein gar leicht zerbrechlich Ding. Sieht sie ein junger Mann, so möcht' er

„Dort wird die Taille immer weiter, und sie erkennt mit einem Mal. Daß zwar der Anfang immer besser, Das Ende aber voller Qual.“

„In solchen Zustand sich versetzen Aus weiser Vorsicht, noch bevor — (Man weiß die Unschuld nie zu schätzen, Als grade, wenn man sie verlor) Versuchtet herrlich, liebe Töchter,

entwickelten Organisation und Disziplin auch für große Aktionen, ihre Verwendbarkeit auch für andere Kampfmethoden, als für

Es folgt eine längere Ausführung, daß für die Gewerkschaften, ohne deren Mitwirkung der Massenstreik nicht möglich sei, verschiedene

... In jeder großen Massenbewegung des Proletariats wirken zahlreiche politische und wirtschaftliche Momente zusammen

Die wichtigste Frage vom gewerkschaftlichen Standpunkt ist die nach alledem die, ob die Gewerkschaften das starke Risiko für den

... Sollte gerade der machtvolle Ausbau, die zahllose Stärke unserer deutschen Gewerkschaften ein Grund sein, auf solche

Der reinen Jungfrau Phantasia. Denn was der Mensch nicht hat, das möcht' er, Und hat er's, ärgert sich das Vieh.“

So sprach der Pfaff. In allen vieren Durchschriebel es ihn ahnungsvoll. Er dacht' ans Hestefortgieren, Indes sein Herz vor Sehnsucht schwoll.

### Notizen.

— Der Senior der Astronomen, Prof. Joh. Gottfried Galle, ist in dem hohen Alter von 98 Jahren am Sonntag in Potsdam gestorben. Mit seinem Namen ist eine der glänzendsten

— Deutsche Arbeiter auf der Brüsseler Ausstellung. Das badische Ministerium des Innern wird einer Anzahl

— Der schiefe Turm von Pisa hat nach Feststellung einer besonderen Kommission im Laufe der letzten 50 Jahre wieder

politischen Klassenstreik im ersten Besetze die Schwächung oder Verschärfung mancher Gewerkschaft nach sich ziehen, — nach kurzer Zeit werden nicht bloß die alten Organisationen neu ausfinden, sondern die große Aktion wird ganz neue Schichten des Proletariats aufzuteilen und den Gedanken der Organisation in Kreise hineinbringen, die einer ruhigen systematischen Gewerkschaftsorganisation bis jetzt unzugänglich waren, oder sie wird für unsere Organisationen Scharen von Proletariern gewinnen, die bis jetzt unter bürgerlicher Leitung, beim Zentrum, den Hirsch-Dunderschen, den Evangelischen verblieben. . . .

Es wird dann auf das Beispiel der „vorzüglichsten Gewerkschaftsbewegung“, der amerikanischen Federation of Labour hingewiesen, die nicht davon stehet, um der Ehre willen, ohne ängstlich alle Chancen des Gewinnes und Verlustes abzuwägen, sich in einen umfangreichen Generalstreik zu stürzen und zwar um die Koalitionsfreiheit von 800 Tramwayangestellten in Philadelphia zu kämpfen. Dann heißt es weiter:

„Som politischen Standpunkt kommt noch eins in Betracht. Im Jahre 1911 haben wir Reichstagswahlen, bei denen es die Generalquittung für die Gottentottenwahlen zu geben gilt. Freilich haben unsere Gegner mit der Finanzreform trefflich für uns vorgearbeitet. Unsererseits aber können wir uns keine glänzende Situation schaffen als durch eine vorhergegangene große politische Massenaktion, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hat. Durch Aufrüttelung breiterer Massen, Erhöhung des Idealismus, Anspannung der Kampfernergie auf höchste in dieser Aktion können wir einen Grad von Aufklärung und Stimmung erreichen, der die kommenden Wahlen zu einem betäubenden Waterloo für das herrschende System gestalten wird.“

Es folgt ein Hinweis auf die Wirkung eines politischen Klassenstreiks in Deutschland — denn ein deutscher würde es werden, da die Parteimasen des außerpreussischen Deutschlands sicher mit Begünstigung von selbst mit ihrer Unterstützung herbeizuliegen würden — auf die Internationale. Er würde den Mut, den sozialistischen Glauben, die Zuversicht, die Opferfreudigkeit des Proletariats in allen Ländern innerlich steigern. Wenn das auch nicht ein Grund für die Anwendung des Klassenstreiks sein könnte, so kommt es doch bei der Berechnung des Gewinn- und Verlustkontos mit in Betracht.

„. . . Die deutsche Sozialdemokratie war bis jetzt für die Internationale das große Muster auf dem Gebiete des parlamentarischen Kampfes, der Organisation und der Parteidisziplin. Sie kann vielleicht bald ein glänzendes Beispiel geben, wie man alle diese Vorzüge mit einer entschlossenen und unerschrockenen Massenaktion zu verbinden versteht.“

Indes dürfte nicht erwartet werden, daß eines schönen Tages von der obersten Leitung der Bewegung, vom Parteivorstand und von der Generalkommission der Gewerkschaften, das „Kommando“ zum Klassenstreik ergeht.

„. . . Körperschaften, die eine Verantwortung für Millionen tragen, sind in ihren Entschlüssen, die doch andere ausführen müssen, von Hause aus naturgemäß zurückhaltend. Ueberdies kann der Entschluß zu einer unmittelbaren Aktion der Masse nur von der Masse selbst ausgehen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, dieser wegweisende Satz des kommunistischen Manifestes hat auch noch die Bedeutung im einzelnen, daß auch innerhalb der Klassenpartei des Proletariats jede große entscheidende Bewegung nicht aus der Initiative der Handvoll Führer, sondern aus der Ueberzeugung und Entschlossenheit der Masse der Parteianhänger herrühren muß. Auch der Entschluß, den gegenwärtigen preussischen Wahlrechtskampf, gemäß dem Wort des preussischen Parteitag, „mit allen Mitteln“, also auch durch das Mittel des Massenstreiks zum Siege zu führen, kann nur durch die breitesten Parteischichten gefaßt werden. Es ist Sache der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, in jeder Stadt und jedem Bezirk zu den Fragen der gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen und ihrer Meinung, ihrem Willen in klarer und offener Weise Ausdruck zu geben, damit die Meinung der organisierten Arbeitermasse als Ganzes sich Gehör verschaffen kann. Und ist das geschehen, dann werden auch unsere Führer sicher auf dem Posten sein, wie sie bis jetzt stets gewesen sind.“

## Die Reichsversicherungsordnung auf dem Ortskrankenkassenkongreß.

(Telegraphischer Bericht.)

Regensburg, 11. Juli.

Der Besprechung der Reichsversicherungsordnung ist in der Hauptsache die diesjährige (17.) Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich gewidmet, die am Sonntagabend unter Teilnahme von etwa 600 Delegierten aus allen Teilen des Reiches im „Neuen Haus“ in Regensburg durch Fräulein Erdinger eröffnet wurde.

In der heutigen Sitzung erörterte nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Fräulein Erdinger Rechtsanwalt Dr. Mayer-Frankenthal das Thema:

Die Beschlüsse der Reichstagskommission zur Reichsversicherungsordnung.

Er bedauert einleitend, daß die Reichstags-Versicherungs-Kommission die Frauen nicht für würdig befunden habe, Versicherungsträger zu werden. Ein großer Teil der Ergebnisse der Reichstagskommission beruht auf Zufallsmehrheiten.

Eingehend erörtert der Vortragende dann eingehend die Entscheidungen der preussischen Verwaltungsgerichte in bezug auf die Verweigerung des Rechtes an die Krankenkassen, Kongresse zu besuchen.

In bezug auf die Sozialpolitik besteht noch eine Meinungsverschiedenheit. Wir in Süddeutschland wissen nichts von den Kleinigkeiten der Kommungen, welche die norddeutschen Verwaltungsbehörden den Krankenkassen in den Weg legen. Wir verstehen diese Politik nicht, wie die Krankenkassen in Sachsen und Preußen sich herumzuschlagen müssen wegen ein paar Pfennigen Verwaltungsstellen. Bei der künftigen Gestaltung der Reichsversicherungsordnung müssen wir darauf drängen, daß die süddeutsche Auffassung Gehör wird, und daß künftig das Bestreben der Vorstandsmitglieder, ihren Willen zu vertiefen, nicht gehemmt wird. In der ersten Lesung hat die Reichsversicherungs-Kommission des Reichstages diese Frage des freien Vereinigungsrechtes aber nicht verbessert, sondern noch verschlechtert, indem sie die Entscheidung in das freie Ermessen der Zentralbehörde stellt. Merkwürdigerweise ist von keiner Partei hiergegen Widerspruch erhoben worden. Gegenwärtig bleibt uns noch die Möglichkeit, durch gerichtliches Verfahren das Kontraktrecht und zu erkämpfen, während künftig an dessen Stelle die Willkür der obersten Zentralbehörde treten soll. Es handelt sich hier um die Möglichkeit von künftigen Krankenkassenkongressen, die wesentlichen Anteil an der fortschrittlichen Entwicklung der Sozialversicherung tragen und die wesentlich mitgearbeitet haben an der Förderung des Wohlfühlens, an der Bekämpfung von Volkskrankheiten, Alkoholmißbrauch usw. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist daher ein Schicksal dieser freien Vereinigung notwendig durch Festlegung des Kontraktrechtes. Auch ist eine gesetzliche Regelung der rechtlichen Grundlagen für die Betätigung des freien Kongresswesens notwendig. Der Redner beschäftigt sich dann mit der

Vereinbarung der Zentralorganisation.

Er ist in den Grundzügen mit dem Regierungsentwurf einverstanden, hat jedoch in Einzelheiten eine Reihe von Bedenken. Bezüglich der Selbstverwaltung hat der Entwurf bei den Leistungen der Krankenkassen eine Differenzierung der Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen festgesetzt. Bei den

Landkrankenkassen

ist kein freies Wahlrecht vorhanden und kein absolutes Kontraktrecht. Die Versicherten haben nichts zu sagen, sondern nur die Gemeinderäte. Man vergesse nicht, daß die

Orten bei Herr v. Oisenburg-Jahnsch die Landkrankenkasse verwalten! (Heiterkeit.) Die Reichstagskommission hat die Gleichstellung beschlossen und bleibt hoffentlich auch in der zweiten Lesung fest. Ich habe mich zu wiederholten Malen als Arbeitgeber dafür ausgesprochen, daß die Versicherten das Uebergewicht in dem Krankentafel haben. Politische Gründe, die für einen großen Teil der Versicherten bei der Geltendmachung dieser Forderung maßgebend sind, kommen für mich nicht in Frage. Die Arbeitnehmer sind die Empfangenden. Sie haben ein überwiegendes Interesse an dem Gelingen der Versicherung. Erwerbsgruppen, die mit über 5 Millionen Krankheitsbehandlungen an einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung beteiligt sind, haben ein Anrecht darauf, daß sie auch diese Einrichtung beeinflussen können. Als Arbeitgeber muß ich hier ausprechen, daß die großen Fortschritte der Krankenkassen auf dem Gebiet der Mehrleistungen im Kampfe gegen die Volkskrankheiten und gegen den Alkoholismus nicht möglich gewesen wären, wenn die Arbeitnehmer nicht ein überwiegendes Stimmrecht gehabt hätten. (Lebhafte Beifall.) Deshalb begrüße ich es, daß die Reichstagskommission die Halbierung abgelehnt hat. Ich begrüße es auch im Interesse weiterer Kreise des Mittelstandes. Es ist nicht wahr, daß die Arbeitgeber allgemein die Halbierung wollen. Das will nur eine kleine Gruppe Großindustrieller. Die große Mehrzahl des Mittelstandes will nicht für 150 Millionen Mehrleistungen auf sich nehmen. Wir hoffen daher, daß die politischen Kreise, die ein Interesse daran haben, den Wünschen der mittleren Schichten des Erwerbslebens Rechnung zu tragen, auch in der zweiten Lesung festbleiben werden. Es ist in der Tat nicht wahr, daß im allgemeinen große Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen. Der größte Teil aller Beschäftigte wird einmütig gefaßt. In den seltensten Fällen kommt es zu Mehrheitsbeschlüssen. Wir könnten uns glücklich schätzen, daß noch eine Institution vorhanden ist, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer friedlich zusammen arbeiten können. Gerade die Sozialversicherung ist der erste großartige Versuch gewesen, die Arbeiterschaft heranzuziehen zur Selbstverwaltung. (Lebhafte Zustimmung.) Wer den äußersten Radikalismus bekämpfen will, muß für den bestehenden Zustand eintreten. Denn diejenigen, die in der Lage sind, die Schwierigkeiten des öffentlichen Lebens zu erkennen und aufzubauen und mitzuarbeiten, werden wohl einsehen, daß manche Forderung, die am Quartier als Ausfluß des Radikalismus aufgestellt wird, auf die Dauer nicht aufrechterhalten wird. (Sehr richtig.) Die bisherigen Verhältnisse drängen nicht dazu, für die Stellung des Vorstehenden die Mehrheit in beiden Körperlichkeiten zu fordern. Es gibt eine große Zahl von Klassen, in denen Arbeitgeber Vorstände sind, obwohl die Arbeitnehmer die Mehrheit haben und obwohl die Arbeitgeber auf einem ganz anderen politischen Standpunkt stehen. Die Verhältnismäßigkeit ist ein genügendes Mittel gegen ein Uebergewicht irgend einer Parteigruppe. Gewiß soll keine Parteipolitik in den Krankenkassen getrieben werden. Es soll aber auch keine Parteipolitik gegen die Krankenkassen Platz greifen. (Stürmischer Beifall.)

Beamtenechte

sind in der Reichstagskommission heftige Ausfälle gegen den Tarifvertrag des Zentralverbandes mit der Beamtenorganisation gemacht worden. Von einem konservativen Redner wurde es als der größte Skandal in Deutschland in den letzten zehn Jahren bezeichnet, daß nach dem Tarifvertrag ein Angestellter, der bestraft ist, nicht seines Amtes entsetzt werden kann. Ich erkenne an, daß die beanstandete Stelle eine große Dummheit des Zentralverbandes und seines Vorstandes war. (Fräulein Erdinger: Ich lehnte ab!). Ich erkenne an, daß unser Vorsteher sich mit Händen und Füßen gegen diese Bestimmung gewehrt hat, und behaupte, daß die damals tätigen Herren so kurzschichtig gewesen sind, sich vom Verband der Angestellten kleinlegen zu lassen. (Zustimmung.) Aber es ist doch zu weitgehend, das als Skandal zu bezeichnen. Es sollte durchaus nicht beachtet werden, einen Mann, der sich schwerer Vergehen schuldig gemacht hat, in der Kasse zu halten. Es gibt ja auch noch andere Mittel, einen unwürdigen Beamten zu befeitigen. Es ist ein Unfug, wenn in der Kommission die Sache so dargestellt wurde, als ob diese Bestimmung darauf hinging, sozialdemokratische Angestellte in den Krankenkassen für alle Zeiten dauernd in Stellung zu halten. Die konservativen Redner haben den Zentralverband durchweg als einen sozialdemokratischen Verband bezeichnet, wohl auch nur, um Stimmung zu machen. Wenn die Herren die Verhältnisse an der Quelle studieren würden, würden sie diese Behauptung nicht aufrecht erhalten. Ich würde mich entschieden dagegen wehren, wenn in dieser Versammlung Parteipolitik getrieben werden sollte. Hier sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus allen politischen Parteien. (Zustimmung.) Es ist eine Unwahrheit, daß wir es hier mit einem Verband zu tun haben, wie er von dem Strafen-Bestrafungs-Gesetz bezeichnet worden ist. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter in diesem Verbande wie überhaupt in den Krankenkassen eine größere Rolle spielen, so liegt das in den natürlichen Verhältnissen. Hätten die Herren im Nordosten nicht zwanzig Jahre lang sich gestraubt gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter, so wären wir vielleicht auch das Vergnügen haben, auch Großgrundbesitzer in unserer Mitte zu sehen. (Heiterkeit.) Ein großer Teil der Beschlüsse der Reichstagskommission bedeutet wesentliche Verbesserungen. Es wäre eine Ungerechtigkeit, wenn ein objektiver Beurteiler das nicht anerkennen wollte. Aber diese Verbesserungen sind noch nicht das, was wir verlangen können. Teilweise aber, namentlich bezüglich der Zentralisierungsfrage, enthalten die Beschlüsse sogar Verschlechterungen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Reichstagskommission an den Verbesserungen auch in der zweiten Lesung festhalten wird und daß der Reichstag und die Reichstagskommission im Interesse einer allgemeinen Verständlichkeit zum Schluß den Gesetzentwurf — wie das auch die Reichsregierung bei ihrer Vorlage getan hat — dem Allgemeinen Deutschen Sprachverein zur sprachlichen Durcharbeitung unterbreiten wird. In der Regel sind die Gesetzentwürfe der Regierung nach der sprachlichen Seite vom Reichstag immer erheblich verschlechtert worden. (Beifall.)

Es nahm hierauf das Wort Reichstagsabgeordneter Freiherr von Wetten (Zentrum): Ich gestehe zu, daß der Standpunkt für mich ein großes Interesse hat, und auch, daß Ihren Beschlüssen große Bedeutung beizulegen ist. Der Referent hat auf die großen Verschiedenheiten zwischen Nord und Süd hingewiesen. Dazu kommen noch die großen wirtschaftlichen Verschiedenheiten. Was in den Industriegebieten Rheinland und Westfalen und im Königreich Sachsen wünschenswert ist, begegnet großen Schwierigkeiten im östlichen Teile Deutschlands und in den rein ländlichen Teilen Süddeutschlands, namentlich Bayerns und Württembergs. Darin liegt die größte Schwierigkeit für die Verabschiedung des Gesetzes. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Wohl aber will ich hervorheben, daß ein Unannehmliches von der Regierung nur ausgesprochen worden ist, als es sich um die Befreiung der Betriebskrankenkassen handelte. Bei den anderen Punkten haben die Regierungsvertreter nur gewarnt, aber nicht von einem Unannehmlichen gesprochen. Daraus ist das große Interesse der Regierung an dem Zustandekommen des Gesetzes zu entnehmen und die Erwartung, daß in zweiter Lesung durch ein Kompromiß das Gesetz noch zustande kommen wird. (Hört! hört! Unruhe.) Kompromiß und auch Verhandlungen hinter den Kulissen sind bei unseren unglücklichen Parteiverhältnissen im Reichstag unummeidlich. Der Referent hat von Parteien gesprochen, die sich in der Gunst der Regierung sonnen. Soweit er meine Partei, das Zentrum, gemeint haben sollte, muß ich das zurückweisen. Ich muß auch zurückweisen, daß in der Kommission politische Rücksichten eine größere Rolle gespielt haben als versicherungstechnische. (Widerspruch.) Ich bestreite es. Ich gebe allerdings zu, daß politische Gesichtspunkte eine gewisse Bedeutung gehabt haben. Aber sie haben weit zurückgeblieben hinter den versicherungstechnischen und wirtschaftlichen Erwägungen. Wer ist denn aber Schuld daran, daß parteipolitische Erwägungen hineingetragen worden sind? Doch nur die Parteien, die die Parteipolitik in die wirtschaftlichen Fragen hineingetragen haben, und das ist doch nicht bloß von einer Seite aus geschehen. Ich bin mit dem Referenten darin einverstanden, daß die Regierungsvorlage

in ihren Grundzügen eine geeignete Grundlage für das Zustandekommen einer Reichsversicherungsordnung bildet. Meine politische Partei nimmt den Standpunkt ein, daß der grundlegende Gedanke der Regierungsvorlage ein gesunder ist. Wenn diese Tagung dazu beitragen sollte, zum Zustandekommen des Gesetzes beizutragen, so würde das im Lande weitesten Widerhall finden. Gestatten Sie mir zum Schluß, Ihren Verhandlungen einen erfrischlichen Verlauf zu wünschen. (Lebh. Beifall.)

Hierauf sprach Brahmel-Köln über die

Arzt- und Apothekerfrage.

Die Arztfrage ist eine Lebensfrage für die Krankenkassen. Sie hat in der Regierungsvorlage eine Regelung gefunden zum Nachteil der Kassen, die unseren Widerspruch herausfordert. Wir erkennen die Bedeutung des Arztstandes an und auch die Notwendigkeit einer angemessenen Behandlung. Wir wenden uns aber gegen eine Ueberspannung der ärztlichen Forderungen und gegen die Ausschreitungen des ärztlichen Koalitionsrechts. Die Ärzte sind in ihren Honorarforderungen antisozial. Wir sind nicht Gegner des Koalitionsrechts der Ärzte, sondern wir bedauern nur, daß die Leitung der Arztorganisation in der Wahl der Mittel Ethik und Moral außer Auge läßt. Wiederholt hat das Reichsgericht Maßnahmen des Leipziger Arztverbandes als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet. Bedauerlich ist, daß die Organisation eines so angesehenen Standes sich von dem Grundfahleien läßt: Der Zweck heiligt die Mittel. (Hört! hört!) Der Entwurf enthält eine ungerechtfertigte Parteimahme für die Arztorganisation. Die Regierung soll sich überlegen, einer Organisation eine Waffe in die Hand zu geben gegen eine von ihr selbst geschaffene soziale Institution. Die Regierungsvorlage ist nicht geeignet, die Krankenkassen vor unberechtigten Forderungen der Arztorganisation zu schützen und Frieden herbeizuführen. Alle Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sind sich darin einig, daß die Krankenkassen nicht ein Ausbuchtungsfeld für den Arztstand auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren sein dürfen. Gegen den Zusatz, daß kein Arzt aus politischen, religiösen oder nationalen Gründen von der Kassenbehandlung ausgeschlossen ist, haben wir nichts einzusetzen, obwohl dieser Zusatz überflüssig ist. Die Krankenkassen haben immer bewiesen, daß nur wissenschaftliche Beschäftigung des Arztes für sie maßgebend ist. Das hat selbst der Abgeordnete Dr. Rügden zugeben müssen. Von allen Seiten ist das Vorgehen der Arztgesellschaft in der Kommission beurteilt worden. Der Abgeordnete Rügden ist in der Kommission aufgetreten, als ob er von dem Leipziger Verband in den Reichstag gewählt worden wäre. (Hört! hört!) Die Beschlüsse der Reichstagskommission haben eine Reihe Unklarheiten übrig gelassen. Wir wollen nicht herrschen, sondern die Krankenkassen lebensfähig erhalten. Wir hoffen, daß der Appell, den die berufenen Vertreter der Krankenkassen in letzter Stunde noch erheben, bei der Regierung und dem Reichstag nicht ungehört verhallen. Wir wollen nichts Unbilliges, sondern nur ausgleichende Gerechtigkeit. (Lebhafte Beifall.)

Magnan-Berlin behandelt das

„Angestelltenrecht“.

Er erblidt in der dem Oberverwaltungsamt eingeräumten Befugnis der Anstellung der Kassendirektoren einen Eingriff in die bisherige Selbstverwaltung. Durch die Erteilung der Beamteneigenschaft würden die Angestellten verdrängt, ihre Ueberzeugung frei zu entfalten. Man will auf diesem Umwege aus politischen Erwägungen das Selbstverwaltungsrecht der Kassen beschränken und dem Beamten seine politische und religiöse Unabhängigkeit nehmen. Wir müssen verlangen, daß die Anstellung der Angestellten und die Aufstellung der Dienstordnung wie bisher ausschließlich das Recht der Kasse bleibt. (Lebhafte Beifall.)

Als letzter Referent sprach Albert Kohn-Berlin über die prophylaktischen Aufgaben der Krankenkassen.

Er verlangt eine Erweiterung der Krankenbehandlung und der Leistungen der Krankenkassen. Bei der Währungsreform sind kleine Verbesserungen vorgesehen. Im Interesse eines gesunden Nachwuchses muß die Muttergesundheitsversicherung aber eine viel umfangreichere werden. Wenn die Krankenversicherung ausschlaggebend auf die Gestaltung der Volksgesundheit sein soll, dann muß notwendig, die Krankenbehandlung auf die Familie ausgedehnt werden. Der § 872 ist eine der erfreulichsten Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung, für die wir schon seit Jahrzehnten gekämpft haben. Es können nun endlich die Mittel der Kassen verwendet werden zu allgemeinen Schutzmaßnahmen zugunsten der Versicherten. Jetzt bietet sich den Kassen ein schöner Ausblick, vorbeugend zu wirken. Es sei daran zu erinnern, daß der Internationale Tuberkulosekongreß für die deutschen Krankenkassen einen Vorstoß bildet. Dort haben sie gelernt, welche Aufgaben den Krankenkassen erwachsen im Kampfe gegen diese Volksseuche. Die Bestimmungen für die Hausarbeiter sind teilweise so schandlos, daß sich sogar eine Handelskammer dagegen gemeldet hat. Die Krankenversicherung müsse so gestaltet werden, daß sie ein sicherer Hort gegen Krankheiten und das stärkste Bollwerk für die Volksgesundheit sei. (Lebhafte Beifall.)

In der

Debatte

konstatiert Fabrikbesitzer Wiesner-Leipzig, daß die großen Erfolge der Krankenkassen dem Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu danken seien. Das harmonische Verhältnis würde sich aber wohl noch idealer gestalten, wenn der Vorstand zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und aus Arbeitnehmern gebildet würde. (Widerspruch.) Redner tritt dann für die freie Arztwahl ein, die sich in Leipzig bewährt habe. Man solle dem Arztstand nicht die Rechte beschneiden und die Hände binden wollen. (Widerspruch.) — Landtagsabg. Fräulein Erdinger tritt dem Vordränger entgegen. Das Arztsystem zu bestimmen ist Sache der Kasse und der Versicherten und unter keinen Umständen der Ärzte. Auf dieser Grundlage hoffen wir auch mit dem Reichstag und der Regierung zu verhandeln. In Leipzig sei die freie Arztwahl nicht freiwillig eingeführt, sondern durch Verordnung des Bezirksvorsitzmanns. In dem Augenblick, wo die freie Arztwahl vorgeschrieben sein wird, werden die Ärzte den Krankenkassen ihre Vorschriften diktiert. Redner bringt dann einen Fall zur Sprache, der ihn selbst betrifft: Er sei im letzten Winter erkrankt gewesen und habe in 40 Grad Fieber gelegen. Der in Vertretung seines ständigen Arztes herbeigeholte Dr. Morsbach habe, nachdem er einmal dagesessen war, die Weiterbehandlung abgelehnt mit den Worten: Herr Fräulein Erdinger behandle ich nicht, der ist ein Feind der Arztorganisation. (Hört! hört!) Sanitätsrat Schmidt in Leipzig habe als Vorstand der Leipziger Organisation dieses Verhalten gebilligt. In Dresden sei er nicht in Gefahr um ärztliche Hilfe gekommen. Wie wäre es aber in einem Orte gewesen, wo er auf diesen Arzt angewiesen wäre? (Sehr wahr!) Das ist doch doch, der alle Grenzen überschreitet! (Stürmischer Beifall. Rufe: Hui Teufel!) Wo Leben und Gesundheit in Frage stehen, muß doch der Arzt in erster Reihe Mensch sein! (Stürmischer Beifall.) Nachdem diese Sache im sächsischen Landtag zur Sprache gebracht wurde, hat der Leipziger Verband mit unwahren Behauptungen gegen mich operiert. Ich muß daher an dieser Stelle vor aller Öffentlichkeit folgendes erklären: Herr Dr. Morsbach ist ein geschickter Schüler des Leipziger Verbandes und hat wider besseres Wissen diese Behauptung aufgestellt, um mich als Vorsitzender des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Ich erwarte die weiteren Schritte des Herrn Morsbach. (Stürmischer Beifall.) — Weiter teilt der Abg. Fräulein Erdinger mit, daß zur Frage der Halbierung 448 Fragebogen verschickt worden sind. 82 Kassen hätten die Beamteneigenschaft abgelehnt und 310 geantwortet. Von letzteren haben sich 274 Kassen mit 831 Vorstandsmitgliedern aus dem Arbeitgeberstande gegen die Halbierung der Beiträge ausgesprochen, für die Halbierung 88 Kassen mit 108 Arbeitgebervorstandsmitgliedern. Auf die Frage, ob sich in den Kassen unzulässige politische Intrigen gezeigt haben, haben 268 Kassen mit nein und 23 mit ja geantwortet. Diese Fragebogen werden dem Reichstag unterbreitet werden. (Beifall.)

Es folgte dann noch eine längere Debatte, an der sich eine große Reihe Redner beteiligten. Am Schlusse der Debatte erklärte der Vorsitzende Abg. Bräutigam-Dresden, daß er es nicht für notwendig halte, jetzt nach der Versammlung Resolutionen zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Stellungnahme des Kongresses gehe aus den Referaten und der ganzen Verhandlung hervor. Sie wollen sich begnügen, dem Reichstag und der Reichsregierung die Protokolle der Verhandlungen zu unterbreiten. Damit schloß die Besprechung der Reichsversicherungsordnung. Die Weiterverhandlungen wurden auf morgen (Dienstag) früh vertagt.

## Soziales.

### Von der Sonntagsruhe in Hamburg.

In der letzten Sitzung der Bürgerchaft beschäftigte man sich auch in zweiter Lesung mit dem Initiativantrag auf Erlass eines Ordstatuts über die Sonntagsruhe. In der Debatte wurden von den Gegnern der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe die ebenso alten wie fadenförmigen Gründe vorgebracht. Der schwere Fehler unserer vielgerühmten Sozialpolitik, die Ausführungen sozialpolitischer Gesetze durch Ausnahmebestimmungen zu durchlöchern und den Einzelstaaten zu übertragen, anstatt generelle Vorschriften zu erlassen, zeigt sich in allen 28 deutschen Vaterländern. Genosse Stollen wies auf die große Verwirrung in den Bestimmungen über die Sonntagsruhe hin, in denen sich das Publikum nicht mehr zurecht finden könne; da keine Aussicht auf Einführung völliger Sonntagsruhe bestehe, habe seine Fraktion es unterlassen, einen solchen Antrag zu stellen. Die Beschäftigungszeit müsse aber möglichst herabgesetzt werden. Der Beschluß erster Lesung wurde in dieser modifizierten Form angenommen.

Die Bürgerchaft ersucht den Senat, auf Grund der Gewerbeordnung ein Ordstatut über die Sonntagsruhe herbeiführen zu wollen, durch das — außer bei den an der Meeres- und Schiffahrt beteiligten Betrieben — die Beschäftigung von Schiffen, Befehligen und Arbeitern in den Kontoren auf die Zeit von 8—10½ Uhr und in den offenen Verkaufsstellen auf die Zeit von 7—10½ Uhr vormittags beschränkt wird, jedoch für die im § 105 e der Gewerbeordnung genannten Gewerbe auch künftige Ausnahmen zugelassen werden, und die Kirchenbehörden zu veranlassen, den Beginn des Hauptgottesdienstes auf 11 Uhr zu verlegen.

## Aus Industrie und Handel.

Deutsche Wähler im Auslande. Deutschland hat noch immer die geistige Führung der übrigen Kulturländer. Die Erzeugnisse der deutschen Literatur, wissenschaftliche Schriften sowohl als auch der Unterhaltung gewidmete Bücher, finden im Auslande bereitwillige Aufnahme: in allen Kulturländern der Welt, von Südamerika bis Ostasien, sind deutsche Bücher auch in Uebersetzungen mehr oder weniger verbreitet und bilden dort einen nicht zu unterschätzenden Faktor der allgemeinen, der beruflichen oder der wissenschaftlichen Bildung. Vor allem ist dies natürlich in den Ländern deutscher Sprache, also in Oesterreich und der Schweiz der Fall, sowie solchen, bei denen das Deutsche von vielen Gebildeten gepflegt wird, wie in den Niederlanden, Dänemark und Frankreich. Die Versorgung des Auslandes mit Büchern stellt daher für Deutschland mehr als für andere Länder eine volkswirtschaftliche Einnahmequelle dar, welche gewiß vielfach unterschätzt wird. Wir haben im Jahre 1909 im ganzen 132 682 Doppelzentner an Büchern ausgeführt, während es im Jahre 1908 135 825 gewesen waren. Dabei sind nur die Bücher berücksichtigt, die von der Handelsstatistik erfasst werden. Trotz der Abnahme der Menge im Jahre 1909 ist der Wert der Ausfuhr in den letzten Jahren andauernd gestiegen, und zwar von 47,2 Millionen Mark im Jahre 1906 auf 48,8 Millionen Mark im folgenden Jahre. Weiter stieg der Wert der ausgeführten Bücher im Jahre 1908 auf 50,7 Millionen Mark, um endlich 1909 auf 51,2 Millionen Mark hinauszugehen. Freilich ist in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres dem Vorjahre gegenüber eine Abnahme der Menge wie des Wertes der Ausfuhr zu bemerken. Hatte in der Zeit von Januar bis Mai 1909 das Ausland 51 261 Doppelzentner Bücher im Werte von 19,6 Millionen Mark bezogen, so kamen auf die Parallelzeit des laufenden Jahres nur 50 300 Doppelzentner im Werte von 19,8 Millionen Mark. Den diesjährigen Rückgang hat die Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn herbeigeführt, welches 3785 Doppelzentner weniger bezog als im Vorjahre. Hauptländer gelesen werden natürlich deutsche Bücher in Oesterreich-Ungarn und in der Schweiz. Nach Oesterreich-Ungarn belief sich unsere Ausfuhr von Büchern im vergangenen Jahre auf 64 159 Doppelzentner. An zweiter Stelle steht die Schweiz, welche 17 983 Doppelzentner im Jahre 1909 an Büchern aus Deutschland bekam. Die nächst größte Menge geht nach den Vereinigten Staaten von Amerika, wo bei dem ansehnlichen Prozentsatz, den das deutsche Element in der Bevölkerung darstellt, deutsche Bücher eine rege Nachfrage genießen. Daher konnten wir 1909 9099 Doppelzentner Bücher nach den Vereinigten Staaten ausführen, freilich etwas weniger als 1908. Es folgen dann Russland, welches 9092, Frankreich, das 6282 und die Niederlande, welche 4994 Doppelzentner an Büchern im Jahre 1909 enthielten. Immer noch mehr als 2000 Doppelzentner sandten wir nach Großbritannien, Italien und Dänemark, während Schweden, Norwegen, Finnland, Spanien und Belgien geringere Mengen Bücher aus Deutschland importierten. Die Ausfuhr von Büchern nach Argentinien, Chile und Brasilien betrug im Jahre 1909 2018 Doppelzentner. Zuletzt wäre auch noch auf die Beliebtheit deutscher Bücher in Japan hinzuweisen, welche von Jahr zu Jahr zunimmt. Hier handelt es sich in der Hauptsache um wissenschaftliche und praktische Lehrbücher, mit welchen das kräftig aufstrebende Land die Resultate europäischer Kultur sich zu eigen zu machen bestrebt ist. Im Jahre 1902 hatte Japan Bücher im Gewichte von nur 889 Doppelzentner aus Deutschland bezogen; im folgenden Jahre waren es schon 938 Doppelzentner, und 1909 war die Ausfuhr deutscher Bücher nach Japan auf 1115 Doppelzentner angestiegen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Diesseits und jenseits des Ozeans für und wider das Frauenstimmrecht.

Die „Hamburger Nachrichten“, das ehemalige Selbstorgan der alten Nationalisten im Sachsenwalde, leitartikelte kürzlich einmal (in Nr. 287) über das Frauenstimmrecht. Sie freuen sich darüber, daß es selbst mit dem beschränkten Damenwahlrecht in England voraussichtlich noch gute Weile haben wird und stellen dann allerlei Verwahrungen an über die Unterschiede zwischen Mann und Frau, die eine Verleihung politischer Rechte an das weibliche Geschlecht auschließen müßten. Selbstverständlich — möchte man sagen — sind alle Einwände des Blattes gegen das Frauenstimmrecht uralte und tausendmal wiederholt. Wir verzichten gern auf ein Eingehen auf diese unsre willigen Resultate geistiger Arbeit, die im Uebrigen für die bürgerliche Presse in ihrer Beurteilung von Frauenfragen nachgerade typisch sind. Nur der Schlusssatz des genannten Artikels sei erwähnt. Es heißt da:

„Wei uns in Deutschland bleibt die politische Aufgabe der Frau am besten darauf beschränkt, was ihr vom Fürsten Bismarck — ehrenvoll genug — zugewiesen worden ist: den nationalen Sinn, die Hingabe an die vaterländische Idee als Mütter, Schwestern oder Erzieherinnen bei der heranwachsenden Jugend zu pflegen und zu fördern. Was darüber hinaus geht, ist vom Uebel.“

Und nun überlassen wir die Entgegnung Mr. Norden Parker, der kürzlich in der „North American Review“ die Gegner des Frauenstimmrechts, die in der ganzen Welt von gleichem Kaliber sind, sehr hübsch verspottete. Mr. Bowen geht von der Idee aus, in einem Staate wären die Frauen allein politisch frei und die Männer des Stimmrechts beraubt. Bowen fordert uns auf, einer allen Dingen zuzuhören, die folgendermaßen philosophieren:

„Meine Schwestern, laßt uns nicht zu hart mit den Männern verfahren. Schließlich können sie doch nicht dafür, daß sie keine Frauen sind; wir müssen uns davor hüten, daß ein Kampf zwischen den Geschlechtern entbrennt. Laßt uns lieber untersuchen, ob es in der Natur nicht deutliche Hinweise auf die Dinge gibt, die in die Sphäre des Mannes gehören. Wenn wir uns umsehen, bemerken wir sofort, daß diese Sphäre sehr deutlich abgegrenzt ist. Die Männer sind offenkundig dazu bestimmt, die Vortrüber der Rasse und die Väter der Rasse zu sein. Und diese Sphäre ist sicher groß und auch hoch genug, um die gesamte männliche Energie zu beanspruchen und den männlichen Ehrgeiz zu befriedigen. Wir wollen uns deshalb davor hüten, dem Manne zu seinen Vätern und Sorgen auch noch die Last politischer Probleme aufzubürden.“

Und wenn wir uns höher erheben zu dem Gedanken der Vaterhaft, welche Weisheit verleiht sie dem Manne! Sicher kann er nicht, was höher wäre, erstreben. Er sollte sich darum für seine Pflichten in diesem erhabenen Verhältnis vorbereiten und sich um die relativ unwichtigen Dinge der politischen Welt nicht kümmern. Ich kann nur bedauern, daß unsere Erzieher dieser Tatsache nicht mehr Beachtung geschenkt haben. Sie scheinen niemals darüber nachgedacht zu haben, daß der Mann bestimmt ist, Familienvater zu sein und als solcher eine besondere Ausbildung für seine Pflichten haben müßte. Einige der schmerzlichen Arbeiten bei der Reinigung des Haushalts müßten eigentlich seine Aufgabe sein. Ein Kursus im Scheuern und in der Bedienung des Ofens und viele ähnliche Dinge würden von größerem Nutzen für ihn sein als vieles von der berühmten höheren Bildung.

Noch wollen wir damit nicht sagen, daß die Männer ohne Intelligenz sind. Es gibt glänzende Persönlichkeiten unter ihnen, denen man wohl das Stimmrecht anvertrauen könnte. Aber wir denken an die große Masse der Männer, und das ändert die Sachlage. Es ist nicht Feindseligkeit auf unserer Seite, wenn wir uns dem Stimmrecht der Männer widersetzen; es geschieht vielmehr aus Liebe für sie und aus Sorge, sie ungebührlich zu belasten, wenn wir gegen ihre Befreiung protestieren. Wenn sie etwas wünschen, mögen sie sich an uns wenden und wir werden sehen, daß das Richtige geschieht. Aber laßt sie in der Sphäre, in welche sie nach dem Willen der Vorsehung hineingestellt sind.“

Diese treffende Parodie auf die fadenförmigen Argumente der Gegner des Frauenstimmrechts wird noch lange zeitgemäß bleiben; dafür sorgt nicht zuletzt die Rückständigkeit der bürgerlichen Presse, die sich amnagt, auch in der Frauenfrage die öffentliche Meinung zu „machen“.

## Vermischtes.

### Der Siegeszug des Aeroplans.

Die Flugwoche von Rheims, die am Sonntag zu Ende gegangen ist, hat Zeugnis von der gewaltigen Entwicklung der Flugmaschine abgelegt. Der Distanzrekord wurde bis dahin von Farman mit 232 Kilometer gehalten. Am Freitag wurde dieser Rekord von dem Blériot-Piloten Diezlagers gebrochen, der 255 Kilometer hinter sich brachte. Aber am Tage darauf wurde auch dieser Rekord von dem Antoinette-Piloten Lavoisiers gebrochen, der es auf die enorme Strecke von 340 Kilometer brachte und auch mit 4 Stunden 37 Minuten den 4 Stunden 17 Minuten betragenden Zeitrekord Farman's schlug. Man hätte glauben sollen, daß diese imponierende Leistung nicht sobald wieder überboten werden würde. Aber bereits am nächsten Tage wurde der Flug des Antoinette-Piloten abermals durch den Blériot-Piloten Diezlagers in den Schatten gestellt durch einen Flug, der 5 Stunden 3 Minuten währte und sich über 302½ Kilometer erstreckte! Das sind 100 Kilometer mehr, als Farman's Rekordstrecke betrug!

Wenn man bedenkt, daß vor zwei Jahren noch Flüge von ein paar Kilometern angesetzt wurden, so kann man der rapiden Entwicklung des Maschinenflugs seine Bewunderung nicht versagen. Der Flug Diezlagers entspricht ungefähr der Entfernung zwischen Berlin und Nürnberg. Es ist also schon heute möglich, bei einigermaßen günstigen Wetter solch gewaltige Luftreisen im Aeroplan zu unternehmen. Und zwar würde eine solche Reise nach Berlin-Nürnberg nur 5 Stunden Zeit erfordern!

Dabei ist mit dem fluge Diezlagers die Grenze der Leistungsfähigkeit des Aeroplans sicher noch lange nicht erreicht. Kamentlich auch, was die Geschwindigkeit des Flugs anlangt. Wurden doch auch in dieser Beziehung in Rheims überblühende neue Rekorde aufgestellt. Die Blériot-Apparate, die sich des neuen 100 P.S.-Gnomme-Motors bedienen, legten 20 Kilometer in 12—13 Minuten zurück, was einer Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometern entspricht. Die Strecke Berlin-Nürnberg würde also in 4 Stunden zurückzulegen sein.

Ueberraschend waren bei dem Flugmeeting in Rheims die Erfolge der Einbecker. Hatten doch ihre Maschinen bisher zwar die Eleganz der Form, nicht aber auch die Ueberlegenheit der Leistung für sich. In Rheims sind sie auch in dieser Beziehung an die Spitze gerückt, dank der Leistungsfähigkeit der neuen Motoren, mit denen sie ausgerüstet wurden. An sich dürften Ein- und Zweibecker einander gleichwertig sein.

### Ein neuer Höhenrekord.

Der amerikanische Aviatiker Crookins erreichte in Atlantic-City mit einem Wright-Apparat die Höhe von 1688 Meter. Als der Aviatiker aus schwindelnder Höhe, aus der er allen Zuschauern nur als winziger Punkt erschienen war, wieder unterseht landete, brach ein nicht endenwollender Jubel aus. Und doch war Crookins nur mit knapper Not dem Tode entronnen. Bei dem Bestreben, immer höher und höher mit seinem Wright-Flieger zu gelangen, hatte der Flugkünstler nur wenig auf seinen Apparat Obacht gegeben. Da mit einem Male, in Höhe von fast 1900 Meter bemerkte er zu seinem größten Schreck, daß sein Benzin zur Neige ging. Was tun? Unvergänglich stellte er den Motor ab, um ein Warnlaufen der Achsen und damit eine Explosion des Motors zu vermeiden. Dann dachte er an den Abstieg. Gleich einer Schwalbe flog er in großen weiten Spiralen immer tiefer und tiefer, bis er in mehreren hundert Meter Höhe zu einem prächtigen Gleitflug ansetzte, um einen Sturz in die See zu vermeiden. Und wirklich gelang es ihm, unterseht am Ufer zu landen. Die Menge bejubelte den fähigen Piloten aufs lebhafteste; sie glaubte, daß sein Abstieg mit Willen so schnell von staten gegangen sei. Walter Crookins dagegen, der an allen Gliedern zitternd vom Sitz seiner Maschine gehoben werden mußte, gestand ein, daß der Abstieg von seinem Rekordflug ein Kampf um Leben und Tod gewesen.

### Kinet verunglückt.

Mont, 10. Juli. Bei Flugversuchen blieb der Apparat des Aviatikers Kinet in einer Baumkrone hängen. Kinet sprang herab und zog sich schwere Verletzungen zu.

### Bergsturz bei Heidelberg.

Infolge der in letzter Zeit in der Gegend von Heidelberg niedergelagerten Wolkendecke ereignete sich am Sonntag in der Ortschaft Röhlshausen am Gießbach ein gewaltiger Bergsturz. In der Kirchstraße wurden schon seit einigen Tagen an mehreren Häusern Risse und Spalten bemerkt, so daß in der Nacht von Freitag zu Samstag mehrere Häuser geräumt werden mußten. Am Sonntag nachmittag gegen 1/2 Uhr riß nun eine Felswand in einer Länge von 150 Meter und einer Breite von 40 bis 50 Meter los und begrub drei Wohnhäuser mit den dazugehörigen Stallungen und Scheunen unter den Trümmern. Vier weitere Wohnhäuser nebst Nebengebäuden sind am Einstürzen. Da die Bewohner vorher gewarnt worden waren, sind Menschen glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Die Bewohner der eingestürzten Häuser hatten wenige Minuten vor der Katastrophe ihre Wohnungen verlassen. Viel Vieh, Schweine, Geflügel usw. wurde getötet. An der Unglücksstelle, die ein wüstes Bild bietet, sind weinende Frauen und Kinder verjammelt, um aus den Trümmern zu retten, was zu retten ist. Viele Familien sind obdachlos.

### Eisenbahnkatastrophe in Transkaspien.

In der Nähe der Station Kizil-Arwat entgleiste, nach einem Telegramm aus Aschabad, ein Eisenbahnzug. Es verunglückten 19 Personen tödlich, während 31 verwundet wurden.

### Wilhelm II. im Auslande.

Die amüsante Nordlandreise bietet Wilhelm II. Gelegenheit, mit den Bewohnern des Auslandes Fühlung zu nehmen. Wie er sich über ausländische Verhältnisse informiert, wird einem englischen Blatt aus Kopenhagen berichtet. Es heißt da:

Wenn das Schiff vor Anker liegt, pflegt der Kaiser allein oder in einem Abtand von kleiner Gesellschaft ans Land zu gehen, um zu beobachten. Vor einem oder zwei Jahren sei es ihm auf diese Weise gelungen, in Tromsø durch Begegnung mit einem sehr intelligenten Vertreter des Lappenvolkes direkte Aufschlüsse über die Verhältnisse der Lappen zu erhalten.

Die Art, sich unabhängig Informationen einzuholen, ist jedenfalls nur zu billig. Jeder Deutsche wird sich über sagen: „Warum zieht Wilhelm II. nicht ebenso aus erster Hand Informationen über sein eigenes Volk ein?“ — Diese dürften doch mindestens ebenso interessant sein, wie die der Lappen. — Vielleicht dürften sie ihm auch manche Ueberraschung bieten und zeigen, daß er über sein „eigenes Volk“ sehr einseitig informiert ist.

### Kleine Notizen.

Ershoffen. Ein Jagdpächter aus Gelsenkirchen ist bei Albed an einer Gede erschossen aufgefunden worden. Da Wildbiebe in dieser Gegend nicht vorhanden sind, der Pächter auch besetzt war, nimmt man an, daß es sich um einen Unglücksfall handelt.

Ein dreifacher Einbruchsdiebstahl wird aus Venedig gemeldet: Am helllichten Tage sind Diebe in ein am Kanal grande stehendes Palais eingedrungen und haben eine sechs Zentner schwere Geldkassette gestohlen, in der sich 20 000 Lire in bar und für mindestens doppelt so viel in Wertgegenstände befanden.

Erdrutsch. Im Weiler Berg ist, einer Meldung aus Zell (Kanton Luzern) zufolge, das Haus des Landwirts Baettig durch einen Erdrutsch verschüttet worden. Zwei Frauen und zwei Kinder sind getötet worden. Ferner sind 12 Stück Vieh umgekommen.

Ein Unmensch. Eine entsetzliche Tat verübte vorgestern früh in Mainz der 31jährige Kaiser Jakob Schmitt. Als er um 8 Uhr nach Hause kam, rief er seine Frau aus dem Bette und trat auf ihr so lange herum, bis der Unglücklichen die Därme aus dem Leibe kamen. Auf die Jammerschreie der Frau holten Hausbewohner die Polizei, worauf der Unhold flüchtete. Die lebensgefährlich verletzte Frau wurde ins Hospital gebracht und dort sofort operiert. Der Mann wurde später verhaftet.

Vergarbeiterlos. Im Vorhause bei Steidheim (Oberfranken) verunglückten vorgestern drei Bergleute bei der Ausfahrt aus dem Schacht. Infolge von raschen Anlaufes wurde einer aus dem Korb geschleudert und verlor in dem 50 Meter tiefer liegenden Sumpf. Ein zweiter brach Arme und Beine, der dritte wurde leichter verletzt. Zur Lawinenkatastrophe an der Jungfrau. Die Leichen der sieben bei der Bergschütte verunglückten Bergsteiger sind gestern Abend nach Grindelwald gebracht worden. Ihre Bergung, die durch 42 Bergführer vollzogen wurde, war äußerst schwierig und gefährlich, da den ganzen Tag Lawinen niedergingen.

Rachgelt eines betrogenen Gemanns. Durch Vriese erhielt im Neapel der Großgrundbesitzer Pellegrino Kenntnis von der Untreue seiner Frau. Er beobachtete sie daraufhin mehrere Tage scharf, verfolgte sie in das Haus ihres Liebhabers und erschaffte beide, als er sie in trauischer Umarmung vorfand. Daraufhin stellte er sich selbst der Polizei.

Die Schiffskollision bei Cherson. Wie nunmehr festgestellt ist, sind bei der Explosion auf dem Dampfer „Dovys“ am 9. Juli drei Personen sofort getötet worden, während vierzehn infolge von Brandwunden starben und 31 verwundet wurden.

Großfeuer. Aus Krasnojarsk meldet ein Telegramm: Das Warenlager der russischen Handelschiffahrtsgesellschaft wurde durch Großfeuer zerstört. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Opfer der Hitze. Die tropische Hitze hält im östlichen Teil Amerikas an. 23 Todesfälle und zahlreiche Hitzschläge sind gestern vorgekommen.

Beim Baden ertrunken. Der deutsche Konsul Hermann Helmreich wurde, als er in der See bei Algortia badete, von einem Gehirnanfall getroffen und ertrank.

Lebendig verbrannt. Im Pariser Stadtteil St. Denis ist eine 80jährige Witwe, in deren Wohnung vergangene Nacht Feuer ausbrach, lebendig verbrannt.

Seminarsstreik. Die Böglinge des Czernowitzer griechisch-orientalischen Seminars verweigern die Aufnahme der ihnen verabreichten Speisen. Der Hungerstreik ist eine Demonstration gegen die schlechte Beschäftigung in der genannten Anstalt.

### Eingegangene Druckschriften.

Wanderbuch für die Mark Brandenburg. Teil 1 und 2. Bearbeitet von Prof. Dr. C. W. W. 1,50 M. und 2 M. — U. Neumann, Berlin SW. 11.

Die große Aufsperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reich. Von Parous. 50 Bl. — Raden u. Co., Dresden.

Die Tünden der Pöbste im Spiegel der Geschichte. Abstr. 1. Von Dr. Th. Engert. 8 Lieferungen a 75 Bl. — Krüger u. Co., Leipzig.

Die Erziehung in intellektueller, moralischer und physischer Hinsicht. Von D. Spence. Deutsch von Dr. G. Schmidt. 1 M. — U. Neumann, Leipzig.

### Witterungsübersicht vom 11. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf Meeresspiegel	Wind- richtung	Wind- stärke	Wasser- temp.	Luft- temp.	Stationen	Barometer auf Meeresspiegel	Wind- richtung	Wind- stärke	Wasser- temp.	Luft- temp.
Stromboli	759,9	2	mollig	15	15	Copacabana	764,9	2	halb	15	15
Hamburg	760,8	2	Regen	14	14	Hellersburg	758,0	2	bedeck	17	17
Berlin	759,9	1	bedeck	14	14	Seilly	762,0	2	wolklos	14	14
Krasnojarsk	759,9	3	halb	11	11	Usterben	765,9	1	bedeck	11	11
München	760,2	2	bedeck	14	14	Paris	763,9	2	bedeck	13	13
Wien	758,9	1	Regen	16	16						

### Wetterprognose für Dienstag, den 12. Juli 1910.

Ein wenig wärmer, noch vorherrschend wolkig bei mäßigen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berlin Wetterbureau.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 69, vorn über Treppen - Fahrstuhl 1., wochentags von 7 bis 9 Uhr abends, Sonnabends von 6 bis 7 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Steuern Nr. 1. und 2. Der vermittelte Jahresarbeitsverdienst kann nach freier Schätzung festgestellt werden. Trifft diese dann nicht zu, dann hat nachträglich Ermächtigung zu erfolgen. 3. Die Rechtskosten können abgezogen werden. 4. Steuerdeputation des Magistrats. - K. Eberthaler. Niemand kann Sie zum Beitritt zwingen. 5. Strafsache wegen Verletzung. - R. S., Vaniker Str. Sie müssen die Zahlung nachweisen. Wenden Sie sich unter Vorlegung des Sachverhalts an die Steuerdeputation des Magistrats. - Nr. 100 Kriegerdort. Das Zahlungsvorbringen ist ungerechtfertigt. Beschwerde beim Regierungspräsidenten. - O. S. 500. Inbetracht ist Zustimmung des Bundesrats ist nötig. - W. B. 26. Sühneverfahren muß vorausgehen. - B. R., Kaunhüter. 1. Warten Sie die Klage ab. 2. 20-25 M. - G. S. 25. 1. Testamentseröffnung beantragen. 2. Kein. 3. Nachlaß nach den gesetzlichen Vorschriften zu teilen. 4. Wächter zu beanspruchen. - P. B. 95. 1. 50 Jahre. Dispens ist zulässig. 2. Kein. 3. Das Kind erlangt durch die Eheführung ohne weiteres die rechtliche Stellung eines legitimen Kindes. Anerkennung beim Standesbeamten zulässig. - H. Gernienka. Der 1500 M. jährlich übersteigende Arbeitsverdienst kann geschätzt werden. Die Forderung des 25.50 M. übersteigenden Arbeitsverdienstes also nur bei regelmäßiger Arbeit zulässig. - H. S. 20. 1. Ja. 2. Nein, aber gesetzlich. 3. Wirten hat Vorkaufsrecht an entbehrlichen Sachen. 4. Ja. 5. Amtsgericht Berlin-Mitte. 6. Wer unterliegt. - W. S. 33. Die Anstellungsbedingungen und Gehälter sind durch Arbeitsvertrag geregelt. Das Statut dürfte Ihnen auf Ersuchen im dortigen Rathaus vorgelegt werden. Bitte wenden Sie sich an den Stadtverordneten H. Küster, Martin-Lutherstr. 51. - Franz Grunack. Der

Konflikt wird gelöst. Da nach der schriftlichen Anmeldung noch 20 bis 42 Tage bis zum mündlichen Austritt verbleiben, dürfte Ihnen die Beschäftigung möglich werden. Versuchen Sie es mit der Heiratssache. - Anna Seidlitz. Die Gesellschaft ist und nicht bekannt. Wir lehnen es aber auch grundsätzlich ab, irgend welche geschäftlichen Unternehmungen zu empfehlen. - Geschöpf. Versuchen Sie es mit einer Erinnerung an der Stelle, an die Sie Ihre Reklamation gerichtet haben. Eine große Zahl Leidensgenossen sind vorhanden. Antwort erfolgt. - S. J. 89. Bei aufmerksamem Lesen des "Vorwärts" finden Sie alle Ihre Fragen darin beantwortet. - J. 99. Sie müssen von den Expeditionen der größeren Zeitungen unter Angabe des Zweckes Bedingungen einfordern. Die Adressen finden Sie im II. Teil des Adreßbuches. - Trostlos 55. Stellen Sie die bedauerlichen Vorkommnisse einmal dem Rektor der in Frage kommenden Gemeindegasse dar. Vielleicht kann durch die Lehrer auf die Kinder eingewirkt werden. - M. W. G. S. 24. 1. Sämtliche Sparfahrguthaben gehören dem Vater. Klage aussichtslos. 2. Aussteuer können Sie innerhalb eines Jahres nach Eheauflösung einfordern. 3. Armutsgeld werden Sie wohl erhalten. - G. S. 27. Kein. - Heidler, H., Steinortstr. 1. Die Gemeinde ist in vollem Umfange Schadenerschaftspflichtig. Auskosten muß sie, soweit nötig, ersetzen. Kann die Operation im dortigen Krankenhaus ebenso gut ausgeführt werden, dann brauchen also die einmaligen Rechtskosten einer anderwärts vorgenommenen Operation nicht erlegt zu werden. Darüber hinaus hat die Gemeinde keinen Anspruch auf Übernahme der Operation in ihrem Krankenhaus. - W. 93. 600 M. - 4710. Nur den 1500 M. jährlich übersteigenden Lohn. - R. W. 10. Sie müssen zahlen. - R. S. 39. Einen Rücktritt innerhalb 24 Stunden gibt es nicht. - Hellwig. Sind Jungen der Reicherungen vorhanden, dann können Sie sowohl gegen den Ehemann Privatklage wegen Verleumdung erheben, wie auch auf Eheauflösung klagen.

**Amflicher Marktbericht der k. k. Reichsanwaltschaft über den Großhandel in den Central-Markthallen.** Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise anziehend. Hammelfleisch unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Schlachtvieh: Zufuhr reichlich, Geschäft reger, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr knapp, Geschäft schleppend, Preise leicht nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft zunächst schleppend, später reger, Preise wenig verändert.

**Wasserstands-Nachrichten**  
Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit	
	10. 7.	9. 7.	10. 7.	9. 7.
Remel, Elbe	110	+13	142	+18
Bregel, Ansternburg	84	+36	45	-5
Beißel, Elbe	42	+10	80	+6
Ober, Havel	194	+29	74	+4
Krossen	143	+18	10	+12
Frankfurt	133	-1	33	-6
Särthe, Särthum	36	+10	729	+27
Landberg	30	+8	534	+9
Rege, Barban	-11	+9	583	+11
Elbe, Leimberg	50	+9	218	-43
Dresden	-78	+7	199	-12
Barby	161	+8	300	-13
Magdeburg	135	+5		

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - Unterpegel.

**Theater und Vergnügungen**

**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Landsbühnen.  
Anfang 7 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.  
Anfang 9 Uhr.  
Deutsches. Reichstagwahl.  
Kamerapiele. Liebesmalzer.  
Belgia. Kassenmusik.  
Römische Oper. Der Regimentspapa.  
Neues Schauspielhaus. Der Mörder.  
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang 7, 9 Uhr.)  
Berliner. Talfun.  
Neues Operetten. Der Graf von Yngenburg.  
Thalia. Charles Lanté.  
Gebbel. Wem gehört Helena?  
Euf. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Schiller O. (Wagner-Theater.)  
La Traviata.  
Schiller Charlottenburg. Die von Hochstetel.  
Stolz. Der Gesundheitsmännel.  
Lustspielhaus. Das Leutnantsmännel.  
Metropol. Falloß II - Die große Reue.  
Folies Caprice. Pariser Ehen.  
Das Verführungsfest. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Apollo. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Steintiner Sänger.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Karl Gaverland. Spezialitäten.  
Prater. Im Reiche des Mars.  
Urania. Tausendtrake 48/49.  
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.  
Eternawort. Invalidenstr. 67-69.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Heute Dienstag 8 Uhr:  
**Rom und die Campagna.**  
**WINTERGARTEN**  
La Tortajada  
in ihrer neuesten Schöpfung:  
„Abenteuer eines Toreros“.  
Kaufmanns Lady Cycle Troupe  
Garcias  
jonglierende Silhouetten  
sowie  
die sensationellen Attraktionen  
des Juli-Programms!  
**Metropol-Theater**  
Hallo!!!  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
geleitet vom Dir. Rich. Schults.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)  
Gottschald-Oper.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Gastspiel der Koloratursängerin  
Bräulein Margherita Simonetti:  
**La Traviata.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Förster-Christl.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Rigoletto.**  
Schiller-Theater (Charlottenburg).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**  
Lustspiel in 3 Aufzügen von Leo  
Walter Stein und Ludwig Keller.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstetel.**

**LUNA-PARK**  
Terrassen am Halensee  
Größter Vergnügungspark des Kontinents.  
Sonnabend, 16. Juli  
**Elite-Tag Italienische Nacht**  
Venezianisches Leben und Treiben.  
Konfettischlacht. - Italienische Straßensänger. - Illumination des Sees. - Feenhafte Parkdekoration. - Bengalische Höhenbeleuchtung.  
3 Konzerte. Sensationelle Attraktionen.

**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königstor.  
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**  
Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:  
**Frei-Vorstellung**  
der beliebten  
**Apollo-Sänger.**

**Lessing-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Kasernenluft.**

**Passage-Panoptikum.**  
Die zusammengewachsenen  
Schwestern Blazek  
und ihr Kind.  
Von 11-1 Uhr mittags  
u. von 3-10 Uhr abends zu sehen.  
Kein Extra-Entree!  
Nur wenige Tage!  
Eintritt 50 Pf. Kinder und  
Soldaten 25 Pf.

**„Pharus-Sommer-Theater“**  
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart.  
Berlin N., Müllerstr. 142.  
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!  
**Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung**  
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.  
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**  
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**  
Eintritt: 10-6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 M.

**Große Ausstellung**  
für Bauindustrie u. Feinkeramik  
Baumschulenweg bei Berlin.  
Stadtbahnstation, 26 Minuten  
vom Bahnhof Friedrichstraße.  
Täglich von 10-8 Uhr geöffnet.  
Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.  
Vereine erhalten Ermäßigung.  
Letzte Woche.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
**Im Reiche des Mars**  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: **Taifun.**  
Storgen: Taifun.

**Walhalla-Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.  
Abends 8 Uhr:  
**Das großartige Variete-Programm**

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Grühtes und schüßtes Lokal Verlin.  
Bei ungünstiger Witterung  
Schutz für 8000 Personen. - Täglich:  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der  
**besten Turmfahrer** der Welt The Liepelt.  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftfahrer-KN. Dr. Lacherfolg:  
Gustav Looser Comp. Sensations-Parasolmanie, ein Spah in  
einer holländischen Balloonhülle. - Tueti Krill und Gustav  
Müller, Original-Dumorfisten  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlagern und das  
neue beste Programm Berlin.  
Jeden Sonntag: **Riesen Land- und Wasser-Feuerwerk und Ball.**  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten  
Louise und Waldemar Diez.

**Max Kliems Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: Rudolf Krüger.  
Haseholde 13/15, vis-a-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Grävenitz,  
Kapellmeister: Max Wolfheim.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 1/2, 6 Uhr.

**Puhmanns Theater**  
Schönh. A. 148 - Kastanien-A. 97/99.  
Bem schön - im Garten!  
Bem reger - im Saal!  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
Abends 1/2, 8 Uhr:  
**Von der Wanderschaft zurück.**  
Der lahme Joleph: Dir. Karl Reich.  
Anfang 1/2, 5 Uhr. Entree 20 Pf.  
stüder auf al. Büh. halbe Preise.  
Mittwoch s. 1. Role: Berliner in  
Japan. Operettenposse d. Reisingen.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Der Gesundheits**  
Schwanz in 3 Akten von  
H. D. Weber.  
Anf. 8 Uhr. Ende 1/2, 11 Uhr.  
Auf der Gartendüne: Theater-  
Vorstellung, Spezialitäten. Gr.  
Konzert. Anfang 4 Uhr.

**Folies Caprice**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Pariser Ehen.**  
**Der Athlet.**  
**Die keusche Coinette.**  
**Das Verführungsfest.**

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Täglich:  
**Konzert, Theater,**  
**Spezialitäten.**

**Sommer-Theater**  
**Café Bellevue**  
am See und  
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.  
Täglich:  
Spezialitäten  
Theater, Konzert.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr: Die sensationellen  
Spezialitäten. 9 1/2 Uhr:  
**Klassische Tänzerinnen**  
vom k. k. dänischen Ballett  
**5 Beautés Korinnas**  
10 Uhr: Schimpanse - Orang-Utang  
als Tandemfahrer, usw. usw. usw.

**Schweizer Garten**  
Am Königtor - Am Friedrichshain.  
Täglich:  
**Theater- u. Spez.-Vorstellung.**  
U. a.: Filzners Wanderzirkus.  
Jeden Abend **Prinz Pinne.**  
1/2, 10 Uhr:  
Gr. Ausstatt.-Oper. m. Ballett.  
Jeden Mittwoch: Kinderfest.  
Volkabelustigungen. Tanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Volksgarten-Theater**  
Lücher Weimann.  
Badstr. 8, Behm u. Biedermannstraße.  
Täglich: Konzert, Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue  
Reisen-Programm. Zur Aufführ. gel.:  
**Der Goldentel.** Lebensbild mit  
Fasang u. Tanz in 3 Akten v. R. Elmar.  
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerw.

**Voigt-Theater**  
Geundbrunnen Badstr. 58.  
Dienstag, den 12. Juli:  
**Ueberr großen Teich.**  
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in  
4 Akten von Adolf Philipp.  
Das erste Klassige  
Juli-Spezialitäten-Programm.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Zum Schluß:  
Künstler d. Landstraße.  
Hr. Gurkele von Meysoel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Der größte Theatererfolg  
Berlins  
der spanische  
**Caruso**  
Senor Orduna.  
Der stimmigewaltigste  
Tenor, der je gehört wurde  
u. das große Juli-Programm.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz.  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9853.  
**Lebende Photographien.**  
Während der Sommermonate nur  
Montag, Sonnabend u. Sonntag.  
Jeden 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 7 Uhr.  
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.  
Vorzugskarten nur Wochenläng gültig  
25 Pf. auf all. Plätzen. Stets best.  
Prog. Jed. Sonntag im Oberloft.  
Künstlerkonzert.  
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 27, Ude Alexanderstr.  
(Inhaber: Max Schmidhauser).  
Im herrlichen Naturgarten täglich:  
Luci Bernhardt, Oper.-Soubrette.  
The Lanzas, Excentric-Altoballico-  
Tänzer. - Gustav Bonno, moderner  
Dumorfist. - Bernhardt u. Martens.  
„Die Nacht des Balgels“.  
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

**BBB**  
Brunnenstraße 16.  
**Das größte Kino-**  
**Theater Berlins.**  
Neues Programm.  
Eintritt 30 Pf.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Anfang wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 4 Uhr.

**Elysium**  
Sandberger Allee 40-41.  
Heute sowie täglich:  
**Spezialitäten.**  
Nur beste Kunststoffe.  
Anfang 7 Uhr. Entree frei.  
Avis! Empfehle den geehrten  
Bereinen meinern 1000 Pers. fassenden  
Saal mit Bühne zu Festlichkeiten und  
Bersammlungen. Sonnabende sowie  
Sonntage ab Oktober bis März  
einige noch frei.  
Am 7. 2617. Karl Eifermann.

**Victoria-Brauerei**  
Lützow, Lützowstr. 111/112  
Im Garten oder Saal: Täglich  
**Gr. humorist. Solero.**  
(Gesangs-vorträge, Theater und  
Variete-Vorstellungen.)  
Sonntags, Dienstags, Donnerst.  
und Sonnabends: Tanzkränzen.  
Anf.: Wochentags 8, Sonntags  
7 Uhr. - Alle Dons gültig.  
Im Restaurant: Mittags 75 Pf.  
Gr. u. H. Söle zu Festlichkeiten  
aller Art.  
Max Saeger.

Mittwoch, den 13. Juli, Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Das Lokal „Neues Klubhaus“, Kommandantenstr. 72, wird unter der Firma „Corona-Festale“ weitergeführt und ist nach wie vor frei.

Außerdem stehen uns noch folgende Lokale zur Verfügung: Kassen, L.-B.: Jänike, Bahnhofsstraße; Rheinberg i. M.: Boelers Festale; Mühlendamm bei Schildow: Zur historischen Mühle.

Das Lokal von Wöhne, Hasenheide 45-47, ist geschlossen. Das Lokal von Kuhnmann, Gr.-Lichterfelde, L.-B., Berliner, Ecke Döbberger Straße, ist nach wie vor gesperrt.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Mittwoch, 13. Juli, nachts 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 108: Bahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen usw.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 230-241 findet ein gemeinschaftlicher Zahlabend mit einem Referat des Genossen Heine über: „Die nächsten politischen Aufgaben der Sozialdemokratie“ in den „Mittlerjahren“, Ritterstr. 75, statt. Für die Bezirke 260, 265-267 und 274-275 im „Gewerkschaftshaus“, Saal I, hält Genosse Wuschel einen Vortrag. Der Vorstand.

Vierter Kreis. Am Mittwoch, den 13. d. Mts., bleibt die Bibliothek (Sohlerstraße 10/11) des gemeinsamen Zahlabends der 21. Abteilung wegen geschlossen. Vom 16. d. Mts. erfolgt dann die Wiederausgabe wieder regelmäßig jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8 bis 9 1/2 Uhr Sohlstr. 10/11 bei Veeg.

Stralau. Der Zahlabend findet Mittwoch für alle drei Bezirke gemeinsam bei Steinke, Alt-Stralau 5, statt. Hierauf Fortsetzung der Generalversammlung vom Sonntag, den 8. Juli.

Köpenick. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Es handelt sich um Stellungnahme zur Reichsversicherungsreform. Wir ersuchen die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, sich rege daran zu beteiligen.

Der Wahlvereinsvorstand. Die Gewerkschaftsunterkommission.

Senzig (Kreis Teltow). Am Mittwoch, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, findet bei Kähn die Generalversammlung statt, zu der das Erscheinen der Mitglieder dringend nötig ist.

Grünau. Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Franz Köpcke, Str. 88, Generalversammlung des Wahlvereins. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Lebensmittelenergie.

Schnallt den Schmachtreimen enger, ihr Proletariat! Im Musterlande Preußen-Deutschland zieht am wirtschaftlichen Himmel ein Gewitter herauf, das auch die Freude am Genuss dessen, was die Natur uns im Sommer sonst in reicher Fülle beschert, für diesmal versagen wird. Seit Wochen sind die Preise für die gangbarsten sommerlichen Nahrungsmittel sündhaft hoch, und noch ist gar nicht abzusehen, wie hoch sie weiter steigen werden. Kartoffeln, Gemüse, Obst, Fleisch — nichts davon ist zu den sonst um diese Zeit ortsüblichen Preisen zu haben. Sie haben eine Höhe erreicht, so daß die notwendige frische Sommernahrung für den Arbeiterhaushalt kaum mehr beschafft werden kann. Die raffiniert einfachste Lebenskunst köpferreicher Familien mit Schulbinderberdienst ist erschöpft. Klagt doch selbst der Mittelstand, daß er die scheinlich hohen Wirtschaftskosten nur unter anderen Entbehrungen oder auch nicht mehr erschwingt. Und nur die gift- und goldgeschwollenen Parasiten der göttlichen Weltordnung, die zum großen Teil den Nahrungsmittelwucher verschuldet haben, sitzen schmahend am reichgedeckten Tisch und mästen sich, werfen mit dem vom Volke ergaunerten Gelde wie Spreu umher und überbieten sich in der Erfindung neuer Vergnügungen. Allen botan die jungerliche Blutsauger-Kamarilla, das Nationalunglück mit Sporn und Reitpeitsche. Man hat in den letzten Wochen noch immer eine Wendung von den Bitterungsverhältnissen erhofft. Profit Wahlzeit! Das Jammerleiden sitzt tiefer. Es ist richtig, daß das ansatzig ungewöhnlich warme Frühlingwetter ohne die nötige Zugabe Regen der guten Entwicklung von Gemüse und Obst enorm geschadet hat. Das Gemüse reifte zu wenig und verborste, das Obst zu schnell, so daß es viel Holzkohl und wässrige Früchte gab. Dazu spielten die anhaltenden heftigen Winde den zum Fruchtanfang übergehenden Blüten außerordentlich mit. Prachtige Obstbaumplantagen haben nicht den fünften Teil der sonstigen sicheren Ernte getragen. Auch Pflanzenbäume versprechen nichts, nur die Birne scheint sich, wenn nichts dazwischen kommt, einigermaßen zu entwickeln. Seit langen Jahren ist die Ackerse nicht so unerschüttert teuer gewesen. Man muß eine halbe Mark für das Pfund anwenden, um Mittelware zu erhalten. In dem von billigen Preisen geradezu abhängigen Straßenhandel wird sie nur sehr mäßig vertreiben. Als Ersatz sieht man hier zum Glück die sehr nahrhafte, wenn auch ebenfalls noch viel zu teure Banane. Pflanzen sind sehr knapp und ebenfalls nicht billig. Johannisbeeren werden fast als Delikatessen gehandelt. Schoten, die 35 bis 40 Pf. pro Pfund kosten, muß sich der Arbeiter vertreiben. Selbst Pfefferlinge, von denen sonst um diese Zeit schon ganze Wagenladungen auf der Straße zu sehen waren, gibt der Wald nur äußerst sparsam her. Erst bekamen sie zu wenig, dann zu viel Regen und saukten vor der Ernte. Kohl sieht gegen früher im doppelten Preise, ist zudem nur sehr schwach am Markt. Allenfalls sind Kohlrabi noch zu bezahlen. Aber man kann doch nicht immer Kohlrabi füttern! So nimmt die Arbeiterfamilie im Hochsommer ihre Zuflucht wieder zu Konserven billigerer Sorte, deren Preis übrigens im Winter kolossal steigen dürfte. Um nun erst das Fleisch, die Haupteinnahmequelle der agrarischen Freibeuter. Die Schlächter entschuldigen sich damit, daß sie selbst geschoben werden und bei den erhöhten Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend erhöhen müssen. Reich mir die Hand, Brudertiebe vom Lande! Die Hauptschuld liegt nach Ansicht der Berliner Fleischermänner an der Sperrung der Grenze für die Vieheinfuhr und an der unsaubereren Ringbildung der Händler, die die Preise ganz nach Uebereinkunft diktieren. Dahinter aber stehen hohnlachend unsere Edelsten der Nation, die sich hüten werden, solange sie noch Vieh zu verschadern haben, die Grenzen von König Seydenbrand öffnen zu lassen. Schneiden die bekannten erblich intelligenten Gesichter, klopfen sich auf den heißen Bauch und

fordern Arm in Arm mit den Schwarzröden ihr hundertmal verdientes Schicksal in die Schranken. Stecht noch ein Loch zurück am Bauchgurt, Proletariat, und zahlt's den Rittern von der Risigabel mit Zinsezinsen heim... bei Philippi!

Aus der städtischen „Muster“-Irrenanstalt Buch.

Die Klagen über hygienische und andere Mängel in den Irrenanstalten der Stadt Berlin, namentlich in den Irrenanstalten, nehmen kein Ende. Kaum ist an der einen Stelle der Schlenbrian durch die Macht der Presse für einige Zeit beseitigt, so werden neue, schwere Nebelstände an anderer Stelle bekannt. Was uns jetzt von durchaus einwandfreier und genau unterrichteter Seite über die so vielen Fremden und Hochleuten als bauliches und hygienisches „Muster“ gepriesene Irrenanstalt Buch mitgeteilt wird, ist zum Teil so belastender Natur, daß es auf die Fähigkeiten der dortigen Direktion sowie der ihr unterstellten Kerze und Oberbeamten ein außerordentlich unangünstiges Licht wirft. Wir greifen aus der Fülle des Materials zunächst nur das Kernste aus der letzten Zeit heraus:

Am 7. Februar wurden im Morgenssaal, der in großen Eisenblechklüben nach den einzelnen Stationen kommt, auf dem Boden des einen Behälters zwei Handtücher und ein Palet Stahlspäne gefunden und zwar als der elektrische Frant von Patienten und Pflegern bereits gemessen war. Am 8. März sollte es nachmittags schwarzen Kaffee geben, weil die vorräthige Milch angeblich zum Fudding gebraucht wurde. Aus Versehen gab ein Hausdiener doch 60 Liter Milch, wie an allen sonstigen Tagen, in den Kaffee. Die Oberwächin, die wohl Repräsentation fürchtete, ließ nun den gesamten Milchsaal (650 Liter) in den Ausguss laufen und neuen schwarzen Kaffee kochen. In einem andern Tage sind mehr als hundert Portionen gute Säfte in den Trankflübel geschüttet worden. Da werden sich die städtischen Schweine in Schneydorf nicht schlecht gestreut haben. Den Kranken hätte die Säfte doch mindestens ebenso gut geschmeckt. Am 14. Februar verdarben infolge ungenügender Küchlichkeit sieben Gentner Rindfleisch. Haben die Schweine diesen fetten Kothappen auch bekommen?

Völlig unzulänglich ist in Buch die Handhabung der Desinfektion. Man wird hierfür Herrn Sanitätsrat Dr. Richter als Direktor städtischerseits ganz besonders zur Verantwortung heranziehen müssen. Am 12. März wurde bei einem Kranken Krätze festgestellt und der Kranke nach der Infektionsstation geschafft. Die von ihm benutzten Sachen wurden aber nur teilweise desinfiziert. So stand sein infiziertes Bett noch fast zwei Tage lang auf der Station. Anzug und Strümpfe sind ohne Desinfektion in die schmutzige Wäsche geworfen worden. Noch unverantwortlicher verfuhr man bei einem am 14. Mai an der Geschwürerkrankten Patienten. Wieder ganz mangelhafte Desinfektion. Die besonders stark infizierte Watte vom geschwollenen Gesicht kam, ansatz verbrannt zu werden, in einen Müllimer in der Badefuge, wo er tagelang dort stehen blieb. Die schmutzige, also darunter auch die verbrauchte Wäsche muß in einem Raum gezählt und sortiert werden, in dem das Pflegepersonal seine Mahlzeiten einnimmt und die Kranken ihren Besuch empfangen!

Am 6. Juli wurde bei einem Kranken R. Syphilis festgestellt und eine Schmierkur verordnet. Der Kranke liegt mit neun anderen körperlich gesunden Patienten in einem Saal, benützt die für zwanzig Personen vorhandenen vier Waschkübeln, hat kein eigenes Geschloß und ist trotz des mehrere Wochen vorhandenen Hautausschlags mit einem Badetuch abgedeckt worden, das nach ihm von anderen Kranken zur Verwendung gekommen ist. Auch das Klosett benutzte er mit körperlich gesunden Patienten gemeinsam.

Badetücher und Klämme in den Waberräumen sind durchaus unzureichend, ebenso auf manchen Stationen, wo sich die Kranken unter der Wasserleitung waschen, die Waschbedienstetungen. Wenn wöchentlich mehrmaligen Rasieren wird die ganze Belegschaft sämtlicher Stationen mit einem einzigen Pinsel, dessen Anwendung in Berlin längst polizeilich verboten ist, eingefesselt. Das Messer wird nicht vorchriftsmäßig nach jeder Rasur desinfiziert, sondern an einem Handtuch abgewischt, das bald von Seifenschäum und Haaren starrt.

Die soziale Lage des Pflegepersonals, von den Oberpflegern abgesehen, ist in Buch so schlecht wie in den übrigen städtischen Irrenanstalten. Die Tatsache, daß Bloß im Laufe des Jahres 1909 in Buch nicht weniger als 746 Pfleger, Pflegerinnen, Hausdiener, Hausmädchen den Dienst verlassen haben, spricht Bände für die Trostlosigkeit der Verhältnisse. Liegt dieser ungesunde Wechsel, der in den übrigen Irrenanstalten annähernd ebenso stark ist, im Interesse einer geordneten Krankenpflege? Ganz gewiß nicht. In Buch trägt gerade Herr Dr. Richter allerdings nicht dazu bei, sich mit dem Pflegepersonal auf guten Fuß zu stellen. So soll er bei einer Auseinandersetzung über diesen Wechsel gesagt haben: „Glauben Sie denn, daß es den Oberpflegern angenehm ist, wenn sie viele alte Pfleger haben!“ Also der „Noch kann gehen“, wenn er jahrelang treu gedient und neben erhöhtem Gehalt sich Spezialkenntnisse erworben hat. Ganz jugendliche Kräfte, die ohne alle Vorkenntnisse massenhaft eingestellt werden, arbeiten ja billiger! Recht eigentümlich ist es, daß man sich seitens der Anstaltsleitung in Buch (auch bei den übrigen Irrenanstalten?) zur Anwerbung von Pflegepersonal eines gewerbmäßigen Stellenvermittlers bedient, an den das Personal je 5 bis 6 M. Vermittelungsgebühr zahlen muß. Wie vermögen nicht gut einzusehen, welche sanitären Vorteile für die Anstalt dabei herauskommen, da sie auch ohne Vermittler sehr tüchtige Kräfte haben kann, wenn dieselben nur ansäandig bezahlt werden. Der Vermittler schickt allerdings solche billigen Leute, die in augenblicklicher Stellungslosigkeit die Irrenanstalt als Durchgangstation betrachten. Auch mit der Verfügtung des Pflegepersonals klappt es nicht, obwohl Herr Sanitätsrat Dr. Richter „bei guter Laune“ in alle Nothöpfe sieht. So wird das vorgeschriebene Quantum Wurst und Butter täglich um je 10 Gramm pro Kopf gekürzt, was im Jahre eine Ersparnis von über 6000 M. ausmacht. Ebenso fehlen vom Sollgewicht des Mittagstisches häufiger recht beträchtliche Mengen.

Das städtische Nachrichtenamt möge uns und auch die gefärgte bürgerliche Presse gefälligst verdonnern mit der bekannten ihren „Verdächtigung“, die alles rundweg ableugnet oder die Dinge auf den Kopf stellt. Genau so wurden noch unlängst die Klagen über Mängel in der Irrenanstalt Dalldorf abzuschütteln versucht. Wozu hat wohl die Dalldorfer Anstaltsleitung die gerügten Mängel beseitigt, wenn nach ihrer ersten unzutreffenden Angabe keine vorhanden waren?

Zur Volkszählung.

Zur Ausführung der am 1. Dezember d. J. bevorstehenden Volkszählung wird in ähnlicher Weise, wie bei den früheren

Erhebungen dieser Art eine Volkszählungskommission gebildet und zwar durch Erweiterung der bereits bestehenden Deputation für Statistik um sieben in der letzten Stadtverordneten-Versammlung gewählte Mitglieder. Auch diesmal wird mit der Bevölkerungsaufnahme eine Erhebung der Grundstücke und Wohnungen verbunden werden, und wieder ist begründete Aussicht vorhanden, daß das Zählwerk in einheitlicher Weise für eine größere Zahl von Vororten zustande kommt. Bereits 41 Vororte haben ihren Anschluß endgültig erklärt. Besondere Räume wurden für die Zwecke der Volkszählung im Hause der Kontor-Aktien-Gesellschaft in der Schilderstraße gemietet. Mit den ersten Vorarbeiten der Organisation des eigentlichen Zählwerks ist begonnen worden. Es sei hier gleich bemerkt, daß für die die Zählung selbst sich anschließenden Prüfungsarbeiten, sowie für die Ausführung der zahlreichen Zusammenstellungen bereits mehrere Hunderte von Bewerbungen eingegangen sind, so daß der voraussichtliche Bedarf überreich gedeckt ist.

Anerkennung an die Beamten und Arbeiter der städtischen Wasserwerke.

Gelegentlich der jüngsten Hitzeperiode haben die städtischen Wasserwerke in vollem Umfange den an sie gestellten Anforderungen hinsichtlich des gewaltig gesteigerten Verbrauchs an Wasser Genüge geleistet. In ihrer gestrigen Sitzung hat die Deputation der städtischen Wasserwerke daher beschlossen, für die hierbei bewährte treue Pflichterfüllung der Direktion, den beteiligten Beamten und Arbeitern ihre Anerkennung auszusprechen.

Aus dem dunkelsten Berlin.

In einer Wohnung in der Cassier Str. 92 hat ein gewisser Olyznski die Prostituierte Malwina Nissen am Sonntagabend erschossen und dann sich gestern vormittag im Tiergarten mehrere Schüsse in den Kopf und in den Hals beigebracht.

Die Nissen war mit einem Manne namens J. nach der oben genannten Wohnung gegangen. Als sie im Bette lag, klopfte er an der Tür und als der schwer betrunkene J. öffnete, trat Olyznski in das Zimmer und erschoss die Nissen im Bett. O. betrachtete sich als den Bräutigam der N. und soll sehr „eifersüchtig“ gewesen sein.

Die Polizei wurde durch J. verständigt, die letzteren in Haft nahm. Weitere Nachforschungen ergaben aber, daß er als Mörder nicht in Frage kommen konnte. Gestern morgen wurde Olyznski am Floraplay im Tiergarten aufgefunden und weil er noch schwache Lebenszeichen von sich gab, von einem Schuttmann nach der Charité gebracht. Dort konnte aber nur der inzwischen eingetretene Tod konstatiert werden. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause transportiert.

D., der früher Reisender war, soll aus gutem Hause stammen und der Sohn eines Fabrikanten in Warkhou sein; er ist aber auf Abwege geraten und hat trotz seiner 28 Jahre erhebliche Vorstrafen erlitten. Er hatte der Nissen zugeredet, mit ihm Berlin zu verlassen, hatte damit aber kein Glück gehabt. Schon vor einiger Zeit hat D. auf die Nissen ein Revolverattentat verübt, das aber keine weiteren Folgen hatte.

Unter den Mörder eines Wannseebahnzuges getödtet. Einen grausamen Tod hat die 29-jährige Delene Gottesleben aus der Steglitzerstraße 6 gefunden. Kürzlich starb die Mutter der G. und seit dieser Zeit trug das Mädchen ein schweres Leben zur Schau. Es äußerte wiederholt Bekannten gegenüber, es werde seine Mutter nicht lange überleben und Selbstmord verüben. Die Lebensmüde sollte ihr unglückliches Vorhaben ausführen. Sie warf sich vor einem heranbrausenden Wannseebahnzug auf die Schienen und wurde von der Lokomotive überfahren und auf der Stelle getödtet.

Saison für Spitzbuben bildet die Ferienzeit, in der viele Leute nach auswärts gehen. Mehr als zwei Duzend Wohnungen sind seit Beginn der Schulferien am 2. d. Mts. in Schöneberg, Wilmersdorf und Steglitz erbrochen und fast vollständig ausgeräumt worden. In Schöneberg allein sind in der letzten Woche sieben derartige Einbrüche verübt worden, bei denen die Verbrecher nicht nur alle beweglichen Möbel- und Einrichtungsstücke gestohlen, sondern die Räume selbst in bandalischer Weise beschädigt haben. In allen Fällen handelte es sich um Wohnungen, bei denen die herabgelassenen Jalousien nur zu deutlich den Spitzbuben die Abwesenheit der Bewohner ankündigten. Die Einbrüche sind zum Teil am Tage und mit beispielloser Frechheit ausgeführt worden. Die Diebe haben die Diebe entweder stückweise in Handwagen, oder sogar in Möbelwagen fortgeschafft. In drei Fällen sind die gestohlenen besonders empfindlich dadurch geschädigt worden, daß sämtliche Räume von den Einbrechern, die in der Wohnung wochenlang gehaust hatten, in abscheulicher Weise demoliert und unreinigt worden sind, so daß sie vollständig renoviert werden müssen. Die Täter konnten trotz eifrigster Nachforschungen der Polizeibehörden bisher noch nicht ermittelt werden. Unter den Bewohnern der westlichen Vororte herrscht infolgedessen eine begriffliche Verunsicherung und die Gemeindevorstellungen der betreffenden Ortschaften haben sich dieser Stimmung Rechnung tragend, wiederholt mit der Frage beschäftigt, für die Festnahme von Wohnungseinbrechern besondere erhebliche Prämien aussetzen. Die städtischen Polizeipatrouillen und die Nachwachbeamten sind erheblich verstärkt worden, und zwar zum Teil durch Feuerwehrlente.

Ein Grober Juwelenbichsel ist in der Nacht in dem Goldwarengeschäft von Paul Bruch, Markgrafendamm 8, verübt worden. Die Täter — es handelt sich anscheinend um drei Personen — drangen mit Hilfe von Dietrichen und Nachschlüsselwerk in die Verkaufsräume ein und raubten große Posten Herren- und Damenuhren, Armbänder, Ringe, goldene Ketten und andere Schmucksachen. Der Wert der gestohlenen Beutesache ist ein ganz bedeutender.

Im Tegeler See ertrunken ist der Handlungsgehilfe Paul Bernhard aus der Greifswalderstraße. Er hatte eine Bootsfahrt unternommen und war beim Vorüberfahren eines Personendampfers falsch geudert, sodas das Fahrzeug längs in die Wellen, die der Dampfer hinterließ, hineingeriet und so festig gesaukelt wurde, daß es zum Sinkern kam. D., der des Schwimmens unglücklich war, fürzte in die Fluten und ertrank, ehe Hilfe zur Stelle war.

Zwei bedauerliche Unfälle ereigneten sich kurz hintereinander bei der Firma C. Lorenz, Eisenbahnsignalbau-Anstalt, Elisabeth-Str. 5/6. Erst vergangene Woche verlor ein noch nicht 16 Jahre altes Mädchen an einer Maschine ein Glied eines Fingers. Der zweite Unfall ereignete sich Montag vormittag an der Frickelpresse in der Abteilung III bei Meister Wölle und betraf den 38 Jahre alten Stauer Anton Jeggewill, welcher drei Finger der rechten Hand verlor. In der Abteilung III bei Meister Wölle haben die Maschinenarbeiter fortgesetzt um die Presse für die Arbeiter zu kämpfen.

Der genannte Meister setzt die Preise in der Weise fest, indem er mit der Uhr in der Hand die Zeit der Fertigstellung einzelner

Arbeiten überwacht. Wie uns mitgeteilt wird, ist dabei die Zeit zugrunde gelegt, die ohne Schutzvorrichtung erzielt wird. Bei Anwendung der Schutzvorrichtung ist mehr Zeit notwendig. Will man ein Arbeiter auf sein Geld kommen, muß er ohne Schutzvorrichtung arbeiten und seine Gesundheit riskieren. Auch soll der genannte Meister die Vorgelege sämtlicher Maschinen während des Ganges öfen lassen, wobei noch zu beachten ist, daß die Maschinen sehr eng stehen. Wenn in solcher Weise gearbeitet werden muß, ist es kein Wunder, daß sich Unfälle ereignen, dafür aber 10 Proz. Dividende herausgewirtschaftet werden.

Beide Augen ausgeschossen. In einer furchtbaren Situation wurde Sonntagmorgen im Brunwald ein Selbstmörder aufgefunden. An der nach Wannsee führenden Chaussee wurden Ausflügler auf das Stöhnen eines Menschen aufmerksam. Beim Absehen des Waldes stieß man auf einen am Boden liegenden Mann, der bewusstlos war. Neben dem Unbekannten lag ein schlüssiger Revolver. Mit der Waffe hatte sich der Lebensmüde erschossen wollen. Er hatte sich einen Schuß ins Gesicht beigebracht und so unsicher abgedrückt, daß die Kugel ins Auge eindrang. Das Gesicht nahm einen so unglücklichen Lauf, daß auch das andere Auge vollständig zerstört wurde. Der Selbstmörder wurde nach dem Kreiskrankenhaus gebracht.

Nach dem Verbindungskanal bei Baumhüttenweg gelandet wurde am Sonntag die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes. Der Ertrunkene ist etwa 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, blonde Augenbrauen, eine hohe Stirn, eine dicke Nase, ein rundes Gesicht und blonden Schnurrbart. Er trug einen dunkelgrauen Jacketanzug, graue Strümpfe, eine Schleiße und rotgestreiftes Hemd. Einmalige Nachrichten wollte man der Polizeiverwaltung Treptow übermitteln.

Zu dem Revolvententat des Italiener Rudolfi auf seine Wirtin, Frau Brunwald, wird uns weiter mitgeteilt, daß die Frau Brunwald beigebrachten Verletzungen nicht lebensgefährlicher Natur sind, obwohl sie ein Schuß in den Mund und in die rechte Hand abgebeugt ist. Frau G. befindet sich in ihrer Wohnung. Wie wir bereits am Sonntag mitgeteilt haben, entbehrt die Behauptung, Frau G. habe mit dem M. ein Verhältnis gehabt, jeder Begründung und ist anscheinend auf mäßiges Verede zurückzuführen.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich am Sonntagnachmittag um 3/4 Uhr auf dem Vorortbahnhof der Potsdamer Eisenbahn. Kurz vor Abgang des S-Bahnzuges nach Charlottenburg wurde eine Dame, die in einem Abteil in der Mitte des Zuges saß, von einem Schrotkorn an der Stirn, etwa einen Zentimeter über dem rechten Auge getroffen. Ein zweites Schrotkorn plagte an einer Wund ab und fiel einem kleinen Mädchen in den Schoß, und eine dritte Kugel wurde auf dem Fußboden gefunden. Die drei Körner waren gleich groß und hatten, aus größerer Entfernung abgeschossen, keine Durchschlagkraft mehr. Der Vorfall wurde sofort dem diensttuenden Stationsbeamten gemeldet, der aber recht phlegmatisch meinte: „Ich habe keinen Schuß gehört“, und sich, anscheinend unliebsam von dem Vorfall berührt, abwandte und das Zeichen zur Abfahrt gab. Zum Verständnis der Sachlage wird noch hinzugefügt, daß der Beamte sich während des Vorfalls ganz vorn am Zuge befand, daß gleichzeitig ein anderer Vorortzug einfuhr und stat. Verkehr auf dem Bahnhof herrschte.

Der Fund eines menschlichen Beines, das anscheinend von einer Frau stammt, erregte gestern vormittag gegen 11 Uhr in Roabit große Aufregung. Unweit der Bessingstraße wurde vor dem Hause Hofmeister Nr. 5 ein mit schwarzem Strumpf, schwarzem Chereauschürzenrock und rotem Strumpfband bekleidetes, menschliches Bein, das am Knie von dem übrigen Körper losgetrennt war, angeschwommen. Arbeiter der Holzhandlung von Heinrich, die am Vormittag mit dem Aufsuchen von Brennmaterialien auf eine Zille beschäftigt waren, bemerkten zuerst den unheimlichen Fund im Wasser treiben. Mit einem Boot haben sie ihn ans Land und stellten fest, daß es sich um ein Frauenbein handelte, das noch nicht lange im Wasser gelegen haben kann. Es wurde die Revierpolizei alarmiert, die das Bein dem Leichenschauhaus zuführen ließ. Der Fund hatte Hunderte von Neugierigen an das Ufer gelockt, so daß ein größeres Polizeiaufgebot requiriert werden mußte, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Durch die ärztliche Untersuchung wurde festgestellt, daß das vermutlich von einer Selbstmörderin stammende Bein aller Wahrscheinlichkeit nach durch eine Schiffschraube vom Kumpfe getrennt worden ist.

Ein Opfer seines Berufes wurde am Sonntag morgen um 2 Uhr der 22 Jahre alte Hilfsarbeiter Karl Born aus der Bredowstraße 22. Beim Rangieren auf dem Roabit Güterbahnhof geriet er zwischen die Buffer zweier Wagen, wobei ihm der Brustkasten eingebrückt wurde. Er starb gleich nach seiner Aufnahme im Roabit Krankenhaus. Die Schulfrage konnte noch nicht erörtert werden.

Ein Sittlichkeitsverbrechen an zwei Mädchen wurde gestern in der Jungfernhöhe von dem russischen Kaufmann Winterling verübt. Die beiden 11 und 13 Jahre alten Schwestern Kaminski aus der Siendaler Straße 4 unternahm gestern vormittag einen Spaziergang im Jagd III der Jungfernhöhe, als sich ihnen ein gut gekleideter, etwa fünfzig Jahre alter Herr näherte, der mit den Kindern eine Unterhaltung begann und sie dann in das Innere der Waldung hinein verschleppte. Auf das Hilferufen eilten Gemeindewache herbei, die den Russen festnahmen. Winterling wurde verhaftet. Er weigerte sich, seine Wohnung in Berlin anzugeben.

Erschossen hat ein Revolverbesitzer der Herrschaft Liebenberg — letztere gehört bekanntlich dem Fürsten Eulenburg — im Waldrevier einen Mann, der angeblich gewundet haben soll. Auf dem Transport in das Krankenhaus zu Liebenwalde starb der Revolverbesitzer an Blutverlust, die Kugel hatte die Schlagader getroffen. Soweit aus den Papieren des Erschossenen ersichtlich ist, handelt es sich um einen Handwerker namens Bobbin, der in einem östlichen Vororte Berlins ansässig war. Der Forstbeamte begründet seine Tat damit, daß der Erschossene überausch und angrusfen, die Wache angelegt habe, um nach ihm zu schießen.

Der Kreis I (Brandenburg) des Arbeiter-Schwimmer-Bundes hielt am Sonntag bei prächtigem Wetter sein Sommerfest bei Schöner in Himmelsburg ab. Eingeleitet wurde der schwimmerische Teil des Festes durch einen wohlgeplanten Reigen, an dem über 100 Mitglieder, darunter circa 20 Damen, teilnahmen. Reichen Vorkauf fand auch das von 3 Sprungbrettern ausgeführte Gruppenpringen. Auch die letzte Vorführung, das Schwimmen über die große, circa 1850 Meter lange Strecke von der Liebesinsel durch den ganzen Himmelsburger See bis zu Schöner, erregte sich lebhaften Interesses der Zuschauer. Vier zeigte sich so recht das gesunde Streben des Arbeiter-Schwimmerbundes, dem es nicht darauf ankommt, seine Mitglieder über 50 oder 100 Meter zu jagen, wie die bürgerlichen Schwimmvereine und einige sogenannte Arbeiter-Schwimmervereine tun, sondern sie so auszubilden, daß sie auch eine größere Strecke, in diesem Falle eine halbe Stunde, ohne Verschnitten durchschwimmen. Die Tausende, die diesem Schwimmen beizuhörten, bewiesen Verständnis für diesen „Sport“. Namentlich boten die Damen hierbei mancherlei Leistungen. Die am Abend auf dem See gestellten Schwimmergruppen litten unter der mangelhaften Beleuchtung, nachstehend die in den einzelnen Konkurrenzen erzielten Resultate: Knaben schwimmen, 50 Meter: 1. Bögele (Freizeit) 3 1/2, 2. Köhler (Vorwärts-Nord) 34, 3. Jüttner (Welle) 35, 4. Sel.

Erstschwimmen für Männer, 100 Meter: 1. Langener (Repton-Weihensee) 1 Min. 9/10, 2. Kugner (Welle) 1 Min. 14, 3. Becker (Vorwärts-Nord) 1 Min. 14 1/2, 4. Sel. Jugendstaffette 4 x 100 Meter: 1. Vorwärts-Nord, 4 Min. 31, 2. Welle-Berlin, 4 Min. 33, 3. Sel. Vereinsstaffette 5 x 100 Meter: 1. Repton 1894, 5 Min. 6 1/2, 2. Freiheit-Berlin, 5 Min. 24 1/2, 3. Sel. Hinderischwimmen 100 Meter. a) Jugend: 1. Kuffe (Vorwärts-Nord) 1 Min. 4 1/2, 2. Kuffe (Welle) 1 Min. 8 1/2, 3. Kuffe (Vorwärts-Nord) 1 Min. 9, 4. Männer: 1. Selchow (Repton 94) 1 Min. 6, 2. Kuffe (Welle) 1 Min. 11, 3. Kuffe (Vorwärts-Nord) 1 Min. 12 1/2, 4. Sel.

Damenschwimmen 100 Meter. 1. Frau Schwarz (Repton 94) 1 Min. 21 1/2, 2. Fr. Haber (Freie Schwimmer, Charlottenburg) 1 Min. 24, 3. Sel.

Räbenschwimmen 50 Meter. 1. Singvogel (Freie Schwimmer) 43 1/2, 2. Herde (Repton 94) 45, 3. Walle (Hewell Nord) 45 1/2, 4. Sel.

Große Strecke circa 1850 Meter. a) Männer: 1. Timme (Nord) 27 Min. 48, 2. Wurow (Freiheit) 27 Min. 57, 3. Knobloch (Repton 94) 28 Min. 5, 4. Sel. — b) Jugend: 1. Front (Vorwärts-Nord) 26 Min. 37, 2. Bögele (Vorwärts-Nord) 27 Min. 56, 3. Fr. Bögele (Welle) 30 Min. 19, 4. Sel. — c) Damen: 1. Fr. Wiedemann (Freie Schwimmer) 31 Min. 50, 2. Fr. Wagg (Freie Schwimmer) 32 Min. 3, 3. Fr. Hagist (Freie Schwimmer) 32 Min. 3 1/2, 4. Sel.

Sportpark Treptow. Sonntag, 10. Juli. Das kürzlich abgehaltene Zweistundenrennen mit seinem guten Verlauf ermutigte die Direktion zu einem Dreistundenrennen, und auch dieses Unternehmen fand die Gunst des Publikums. 27 Fahrer, die jeder für sich allein fuhr, also ohne Abwechslung das lange Rennen bestritten, stellten sich dem Starter. Durch zahlreiche Prämien, die jede Viertelstunde an die beiden Ersten fielen, wurde das Tempo beschleunigt und brachte Leben in das Feld. Doch je weiter das Rennen gedieh, lichteten sich die Reihen der Fahrer mehr und mehr; nach Verlauf der ersten Stunde waren noch 21 Fahrer im Rennen; die zweite Stunde forderte dann ihre Opfer und es blieben noch 14 Mann übrig, die dann aber bis zum Schluß ausstiegen und nur einer spannte noch aus. In den beiden Donnerrennen über je 30 Kilometer standen sich Hoffmann, Pawke, Ergleben und Steffen gegenüber, von denen der erstgenannte der beste Mann im Felde war und beide Rennen mit weitem Vorsprung vor den übrigen Teilnehmern gewann, die teils verlagerten, teils unter Defekten zu leiden hatten. Da das Wetter ausgezeichnet war, hatte sich auch ein guter Besuch eingestellt. Die Rennen verliefen ohne Unfälle. — Die Ergebnisse sind: Dreistunden-Rennen. 100, 60, 30, 20, 10 M. Außerdem zahlreiche Prämien. 1. Grohmann 106,900 Kilometer; 2. Fr. Stehbrink, 2 Längen; 3. Lorenz, 3 L.; 4. Sehrle; 5. Trinks, dichtauf.

Zwei 30 Kilometer-Rennen. Beide Male von Hoffmann vor Ergleben, Pawke und Steffen gewonnen. Beim Ausflug der Genossen des 3. Kreises nach der Pferdebusch ist am Sonntag ein hübsch gezierter Damenschirm im Walde verloren gegangen. Der Finder wird um Abgabe gebeten an: Junkt, Fischerstraße 9.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Berlin. Der beabsichtigte Vortrag über die neuesten Rotverträge mit Vorführungen derselben findet am Freitag, den 15. Juli, im Dreesener Garten statt, wozu alle Mitglieder erwartet werden. Der Unterricht in der 4. Abteilung fällt am Donnerstag aus und findet am 21. Juli statt.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Berlin. Der beabsichtigte Vortrag über die neuesten Rotverträge mit Vorführungen derselben findet am Freitag, den 15. Juli, im Dreesener Garten statt, wozu alle Mitglieder erwartet werden. Der Unterricht in der 4. Abteilung fällt am Donnerstag aus und findet am 21. Juli statt.

## Vorort-Nachrichten.

### Pankow.

Eine wilde Jagd nach Eindringern spielte sich in der gestrigen Nacht im Schlosspark-Restaurant ab, wobei der Revolver auf beiden Seiten, Verfolgten wie Verfolgern, eine große Rolle spielte. Zwei Individuen wurden verhaftet, bei dem einen fand man einen gegen ihn gerichteten Stielrevolver der Staatsanwaltschaft.

Eine schreckliche Uebersetzung wurde gestern der Tochter des Steinigers Winkelmann, Berliner Straße 40 wohnhaft, bereitet. Das junge Mädchen war ausgegangen und als es heimkehrte, fiel ihm auf, daß die Wohnungstür schwerer als sonst aufging. Sie mußte den Türschlüssel mit Gewalt zurückstoßen und nun fand sie zu ihrem Entsetzen ihren alten Vater als Leiche an der Mühle hängen. Er, ein Mann von 60 Jahren, hatte sich in Abwesenheit der Tochter das Leben genommen. Aus Gram über den Tod seiner Ehefrau hatte der Lebensmüde zum Strick gegriffen.

### Weihensee.

Eine neue „Partei“. Die Ränkerei in den Hausbesitzervereinen und in den Spalten ihres Sprachrohrs, des „unabhängigen“ Organs, haben es zuwege gebracht, daß die bürgerliche Fraktion gesprengt worden ist. Noch nicht ein Jahr hat die gegründete Fraktion standgehalten. Drei Schöffen und zehn Gemeindeverordnete erklärten ihren Austritt und bilden eine neue Partei mit folgendem von ihr veroffentlichtem Programm: Die Unterzeichneten bilden heute eine Vereinigung, als deren Programm allgemein die Förderung der Kommunalpolitik im fortschrittlichen Sinne gilt. Sie beabsichtigen in erster Reihe durch ihre Tätigkeit eine durchgreifende Verkehrsverbesserung herbeizuführen in der Voraussetzung, daß eine solche dem Orte am meisten nützt. Die Fraktion wird alle Bestrebungen unterstützen, welche zur Debung des Ortes geeignet sind. Sie will versuchen, sich zum Träger der Gedanken aller Gemeindeglieder zu machen und nach Möglichkeit die Wünsche jedes einzelnen und fortschrittlichen Kommunalpolitikers zu erfüllen. Sie unterbreitet hiermit ihr Programm der Öffentlichkeit. Entsprechenden Anregungen wird sie stets ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Unseren Genossen in der Gemeindevertretung kann die bürgerliche Scheidung nur recht sein, zumal die neue Fraktion mit einem Programm hervortritt, dessen wirkliche Durchführung ja stets von uns gefördert worden ist.

Die Jahresrechnung 1908 der Gemeindeverwaltung ist durch die Finanzkommission erledigt worden. Die ordentliche Verwaltung für 1908 schließt nach der Hauptübersicht mit einem Ueberschuß von 54 190,95 M. ab. Mehrausgaben haben die Grundstücksverwaltung, die Schulverwaltung, die Armenverwaltung, die Wohlfahrtspflege, die Gutsverwaltung, die Holzverwaltung und der Gemeindefriedhof verursacht. Die einzelnen Positionen gestalten sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung, Einnahme 87 120,98 M., Ausgabe 400 557,90 M., Kapital- und Schuldenverwaltung, Einnahme 500 784,30 M., Ausgabe 750 852,81 M., Gemeindegutsverwaltung, Einnahme 43 808,17 M., Ausgabe 17 883,70 M., Steuerverwaltung, Einnahme 1 814 883,63 M., Ausgabe 108 102,75 M., Schulverwaltung, Einnahme 80 584,71 M., Ausgabe 518 601,63 M., Armenverwaltung, Einnahme 81 516,55 M., Ausgabe 125 612,63 M., Wohlfahrtsvereine, Einnahme 6098,08 M., Ausgabe 29 741,77 M., Straßen und Plätze, Einnahme 44 292,68 M., Ausgabe 124 514,00 M., Kanalisation, Einnahme 180 019,80 M., Ausgabe 120 255,20 M., Nieselgut Verwaltung, Einnahme 118 051,02 M., Ausgabe 150 640,32 M., Wasser-Verwaltung, Einnahme 153 816,27 M., Ausgabe 121 884,67 M., Gemeindefriedhof, Einnahme 19 265,89 M., Ausgabe 19 408,85 M., Fleischschauamt, Einnahme und Ausgabe 52 740,59 M., Insgesamt Einnahme 2 658 728,60 M., Ausgabe 2 629 597,74 M.

### Strala.

Babelfarten zur Benutzung des „Deutschen Bad“ in Treptow gelangen im Rathaus, Zimmer 5, während der üblichen Dienststunden an erwachsene Gemeindeangehörige zum Preise von 10 Pf. zur Ausgabe.

### Virkentwerder.

Postalische Rückständigkeit. Am Sonntag machte ein Berliner Verein eine Sommerpartie nach Virkenwerder. Es war verabredet worden, in der Mittagstunde nachzügeln nach einer bestimmten Stelle in Berlin nachzusehen, wo man sich treffen könne. Vereinsmitglieder suchten nun zunächst von dem für uns freien Lokal „Paradiesgarten“ zu telefonieren. Von 12 1/2 Uhr bis nach 1 Uhr fanden sie ununterbrochen abwechselnd am Apparat, ohne daß sich auf dem zuständigen Amt jemand meldete. Sie begaben sich daher zum Postamt Virkenwerder, das aber inzwischen geschlossen worden war. In einem Hinterzimmer entdeckten sie einen Postassistenten und baten denselben, in einer dringenden Angelegenheit nach Berlin telefonieren oder telegraphieren zu dürfen. Das wurde unter Hinweis auf den Schluß des Postamts am Sonntag

von 1 bis 5 Uhr ziemlich brüß abgelehnt, obwohl man die Witsche außerordentlich höflich vorgetragen hatte. Auffallend ist es, daß zu einer Zeit, wo die amtliche Telephonstelle noch Dienst hatte, sich niemand auf den zahlreich wiederholten Anruf meldete. Hätte der amtliche Dienst bestimmungsmäßig funktioniert, so konnte das Gespräch nach Berlin noch rechtzeitig vermittelt werden. Noch auffälliger bleibt es, daß in Virkenwerder am Sonntag nachmittags vier Stunden lang jeder telephonische und telegraphische Verkehr ruht, was in der gesamten Umgegend, beispielsweise in Bernsdorf und Oranienburg, ja selbst in den kleinen Gemeinden Sachsenhausen und Sandhausen, nicht der Fall ist. Da kann also in Virkenwerder am Sonntag nachmittags das größte Unglück passieren, und es ist nicht möglich, telephonisch oder telegraphisch die nötige Hilfe auf aller schnellstem Wege herbeizuholen! Sollte daran auch bloß wieder der Sparfameitsdrang schuld sein, Herr Krattke?

### Pankow.

Gefundene Kinderleiche. Sonntag beobachteten junge Leute auf der Brücke von Südbend nach Pankow im Lektorskanal eine schwimmende Kinderleiche. In der Nähe befindliche Schiffer holten dieselbe heraus, während die Polizei benachrichtigt worden war. Es handelt sich um ein Neugeborenes, das erst kurze Zeit im Wasser gelegen.

## Gerichts-Zeitung.

Die Innungskrankenkasse für das Gastwirtsberuf ist ein klassisches Beispiel dafür, daß das Krankenversicherungsprivileg den Innungen in einer Weise angewandt werden kann, die das Gegenteil einer wirklichen Krankenfürsorge ist. Dadurch, daß die genannte Innungskrankenkasse niedrigere Beiträge erhebt als die Ortskrankenkasse, werden viele Gastwirte, die sich sonst um die Innung nicht kümmern würden, veranlaßt, der Innung beizutreten. So erhält die Gastwirts-Innung, die sonst wohl nicht lebensfähig sein würde, einen großen Teil ihrer Mitglieder. Daß natürlich die Fürsorge für die in der Innungskrankenkasse versicherten Kranken den niedrigen Beiträgen entspricht, kümmert die Innungsgeschmämer nicht. Durch Halbierung der Beiträge und dementsprechend gleichmäßige Vertretung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Kassenverwaltung hat man dafür gesorgt, daß nicht durch eine Mehrheit von Arbeitnehmern bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten. Alle Beschlüsse von Bedeutung werden mit Stimmengleichheit gefaßt, wobei die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag zugunsten der Arbeitgeber gibt.

So war es auch in einer Generalversammlung am 13. September v. J. Da wurden die Eintrittsgelder, welche die Versicherten allein zu zahlen haben, auf 3 M. festgesetzt, während die Beiträge, von denen die Arbeitgeber die Hälfte zahlen, herabgesetzt wurden. An dieser Abstimmung nahm auch der Arbeitgebervertreter Braunert teil, obwohl sein Delegiertenmandat seit dem 1. Mai erloschen war, da er an diesem Tage sein Geschäft aufgegeben und sein gesamtes Personal abgemeldet hatte. Ein Arbeitnehmervertreter im Vorstande, Kellner Niemann, hat diese Tatsache festgestellt und dabei die Überzeugung gewonnen, daß der Kassentendenz v. Soest wissenlich eine unrichtige Eintragung in den Büchern der Kasse gemacht habe, um den Anschein zu erwecken, daß Braunerts Mandat nicht erloschen sei. Als diese Angelegenheit in einer Vorstandssitzung besprochen wurde, gebrauchte v. Soest Schimpfworte gegen Niemann, die diesem Anlaß zu einer Beleidigungsklage gegen v. Soest gaben. Diese wurde gestern vor dem Schöffengericht verhandelt.

Niemann vertritt, er sei überzeugt, daß v. Soest absichtlich die falsche Eintragung gemacht habe. v. Soest behauptet dagegen, er habe in gutem Glauben gehandelt. Nach den beiderseitigen Darstellungen verhält es sich mit dieser Angelegenheit so: Nachdem Braunert Mitte Juni ein neues Geschäft eröffnet hatte, meldete er wieder Kassemitglieder an. Sein Delegiertenmandat trat hierdurch allerdings nicht wieder in Kraft. Denn das hatte er durch die Abmeldung des gesamten Personals am 1. Mai verloren. Damit nun Braunert sein Mandat weiter ausüben könne, gab er an, er habe von seinem Personal eine Kaufsell seit dem 1. Mai behalten, für welche er die Beiträge nachzahlte. Das betreffende Präzedenz war aber in der Zeit, wo Braunert sein Geschäft hatte, nicht im Gewerbe, sondern im Haushalt Braunerts beschäftigt, durfte also für diese Zeit gar nicht Kassemitglied sein. Trotz dem nahm der Kassentendenz v. Soest die nachträgliche Meldung und die nachgezählten Beiträge entgegen und machte eine betreffende Veränderung im Melderegister. Auf eine Beschwerde, die Niemann wegen der unrechtmäßigen Ausübung des Braunertschen Delegiertenmandats an die Aufsichtsbehörde richtete, antwortete v. Soest, Braunert habe zu Recht an der Generalversammlung teilgenommen. Daraufhin wurde die Beschwerde zurückgewiesen.

Wegen der Veränderung im Melderegister ist gegen v. Soest eine Anzeige wegen Urkundenfälschung eingereicht worden. Die Staatsanwaltschaft hat aber das Verfahren eingestellt. Hiergegen hat der Angezeigte, Niemann, Beschwerde erhoben, so daß die Beschuldigung der Urkundenfälschung zurzeit noch nicht erledigt ist. v. Soest behauptet, er habe nicht gewußt, daß Braunert eine Heilung kein Geschäft hatte, er habe deshalb die nachträgliche Meldung und die darauf bezügliche Veränderung in gutem Glauben entgegen bzw. vorgenommen.

Zur Beweiserhebung im Beleidigungsprozess kam es noch nicht. Die Verhandlung wurde vertagt, weil für die Widerklage ein Beweismittel herbeigeschafft werden soll und das Gericht die Erledigung der Strafangelegenheit abwarten will.

### Ein ungetreuer Beamter.

Der ehemalige Obersekretär am Hoftheater in Stuttgart, Köhringer, ist wegen Untreue und Unterschlagung, die er zum Schaden der Hoftheaterkasse, der Unterhaltungskasse der Witwen- und Pensionskassen-Gesellschaft am Hoftheater und an der Kasse der Hoftheaterkapelle in den Jahren 1906 bis 1910 verübt hat, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

### Beinflussung der Geschworenen.

Ein eigenartiger Zwischenfall ereignete sich in Augsburg im einer Schourgerichtsverhandlung gegen einen Bahnbetriebsrat, der durch eine Lappalie sich eine Anklage wegen „Verbrechen im Amte“ zugezogen hatte. Schon vor Eintritt in die Verhandlung hatte der Präsident erwähnt, daß durch einen Brief eine Beeinflussung der Geschworenen, die „Gnade vor Recht“ ergeben sollten, versucht worden sei. Als dann der letzte von der Verteidigung geladene Entlastungszeuge, Harrer Huber aus Weihen-see bei Jüssen, aufgerufen wurde, bezeichnete der Staatsanwalt diesen Zeugen als den Briefschreiber und beantragte, von dessen Vernehmung wegen Verdachts der Begünstigung Abstand zu nehmen. Da die Verteidigung nunmehr auf die Vernehmung dieses Zeugen verzichtete, kam das Gericht nicht in die Lage, zu dem Antrage des Staatsanwalts Stellung zu nehmen. Die Handlungsweise des Harrers erklärt sich daraus, daß er mit der Familie des Bahnbetriebsrats befreundet ist und während seiner Studienzeit bei den Eltern desselben gewohnt und teilweise Kreis sich gezogen hat.

Allen Verwandten und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Vater, der Tischler **Paul Künstler** am Sonnabend nach langen, schweren Leiden verstorben ist. Um alles Besehene bitten Frau Künstler und Kinder. Beerdigung Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem südlichen Friedhofe in Friedrichsfelde.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.** Götlicher Viertel. Bezirk 218, Teil I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Paul Künstler** Ortmauer Str. 25 gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.** Am 9. Juli verschied nach langen und schweren Leiden der Rasenangestellte und Kollege **Paul Künstler** im Alter von 48 Jahren. Pflichttreue und Kollegialität sichern demselben ein dauerndes Andenken. 276/16 **Der Vorstand und die Angehörigen der Innungs-Krankenkasse der Tischler.** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Juli, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause am Urban aus nach Friedrichsfelde statt.

**Verband d. Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands.** Ortsgruppe Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kassengestellte **Paul Künstler** am 9. Juli gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Juli, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause am Urban aus auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde (4 Uhr) statt. Um rege Beteiligung ersucht 45/13 **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Paul Künstler** am 9. Juli gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Juli, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause am Urban aus auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde (4 Uhr) statt. Um rege Beteiligung ersucht 66/8 **Die Ortsverwaltung.**

**Gesangverein „Allegro“** Mitglied des Verb.-Sängerbundes. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied **Paul Künstler** am 9. Juli seinen langen, schweren Leiden erlegen ist. **Ehre seinem Andenken!** **Der Vorstand.**

**Rauchklub „Sudan“.** **Nachruf.** Am 3. Juli er. verstarb infolge eines Unfallsalles unser Mitglied, der Tischler **Paul Köhler** im 36. Lebensjahre. 26025 **Ehre seinem Andenken!**

**Dr. Simmel** Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.** Frankfurt Viertel. (Bezirk 307.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmacher **Albert Halbauer** Friedrichsberger Str. 5 gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Restaurateur **Heinrich Hoffmann** in der Anstalt Tempel verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 12. Juli, nachmittags 1/3 Uhr, auf dem dortigen Anstalts-Friedhofe statt. Parteigenossen, welche an der Beerdigung teilnehmen, Abfahrt 12 Uhr 30 Min. vom Götlicher Bahnhof. 16/1 **Der Vorstand.**

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.** Jährlinge Schöneberg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser ältestes Mitglied, der Kollege **Heinrich Hoffmann** am Sonnabend, den 9. d. Mts., in der Anstalt Tempel verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Juli, nachmittags 1/3 Uhr, auf dem dortigen Anstalts-Friedhofe statt. Kollegen, die an der Beerdigung teilnehmen wollen, treffen sich am Götlicher Bahnhof. Abfahrt 12 Uhr 30 Min. 75/10 **Der Vorstand. J. A.: Ernst Obst.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Tischler **Johann Neuhaus** am Sonnabend, den 9. Juli, freiwillig auf dem Leben geschieden ist. Im Namen der Hinterbliebenen: **Mina Schmidt geb. Neuhaus, Paul Schmidt, Hans Neuhaus, Martha König.** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Juli, nachm. 6 Uhr, in Grünau von der Leichenhalle aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Tempelhof.** In der Nacht zum Sonntag verschied nach langen, schweren Leiden unsere liebe Genossin Frau **Anna Krohn** Doruffstraße 60. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Mittwoch, 13. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes an der Germaniastraße aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 208/8 **Der Vorstand.**

**Dankfagung.** Für die vielen Kranzpenden, die mir bei dem Hinsange meines treuen, unvergesslichen Freundes **Paul Köhler** zu teil geworden sind, sage ich allen, die es gut und aufrichtig mit ihm gemeint haben, insbesondere dem Vorstand der Tischler, Filiale Berlin, der Freien Hilfskassentasse der Bauhandwerker Berlins und Umgegend, den Kollegen der Firma Boesche, dem Rauchklub „Sudan“ und dem Verein der Brauereibühnenmeister Berlins meinen herzlichsten Dank. **Frau Emma Kunze geb. Jagusch.** 1942

**Dankfagung.** Für die zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres lieben Sohnes und Bruders **Paul Köhler** sagen wir allen Freunden und Kollegen unseren herzlichsten Dank. 26026 **Familie Köhler.**

**Hygienische** Bedarfsartikel, Neuest. Katalog. In Empfangnahme. A. Prof. grad. u. Dr. H. Enger, Gummiwarenfabrik Berlin NW, Friedrichsstraße 31/3

Statt jeder besonderen Anzeige. Am Sonntag, den 10. d. Mts., verschied in Bad Harzburg nach längerem Leiden mein innig geliebter Mann und guter treusorgender Vater, der Fabrikbesitzer **Otto Blumenberg** im 57. Lebensjahre. In tiefer Trauer **Schöneberg-Berlin, den 11. Juli 1910, Kolonnenstr. 57/58, Erna Blumenberg geb. Brauers, Otto Blumenberg.** Die Beisetzung findet am Mittwoch, den 13. d. Mts., mittags 1 Uhr, von der Hauptkapelle des Zentral-Friedhofes in Braunschweig aus statt. Trauerhaus: Wendenstr. 62. 78/13

Am 10. d. Mts. verschied in Bad Harzburg unser lieber hochverehrter Chef, der Fabrikant Herr **Otto Blumenberg.** Der Dahingeschiedene setzte seine ganze Kraft für das Emporblühen seiner Fabrik ein. Es war ihm leider nicht mehr vergönnt, sein von ihm in großzügiger Weise angelegtes Werk jetzt vollendet zu sehen. Herr Blumenberg war uns stets ein guter und gerechter Chef und jedem ein wahrer Freund und Berater. Sein Andenken wird uns allen unvergänglich bleiben. 78/14 **Schöneberg-Berlin, den 11. Juli 1910, Kolonnenstr. 57/58. Das kaufmännische Personal und die Meister der Firma Wilhelm Behr.**

Am 10. Juli verschied unser hochverehrter Meister, der Fabrikant Herr **Otto Blumenberg.** Wir verlieren in dem Entschlafenen einen allezeit zugänglichen lieben Freund und Berater. Seine persönlichen lebenswürdigen Eigenschaften sichern ihm bei uns stets ein treues Andenken. **Die Gesellen und Kutscher der Firma Wilhelm Behr.** 78/15

Von der Reise zurück: **Dr. med. u. jur. Max Goldschmidt,** Barfussstr. 15.

**Ungewitter's Kautabak** garantiert rein aus Kentuckytabak, seit Jahrzehnten unübertroffen. Niederlage: **O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O., Gürtelstr. 1, Ecke Frankl. Uhussee.**

**Beste Bezugsquelle** Auf Teilzahlung Wöchentlich nur 1 Mark Herren- und Damenuhren, Ketten, Wand- und Wanduhren, Gramophone, Zithern und alle Musikwaren. **Jahre & König, Warschauer Str. 68, Reinickendorfer Str. 101, Göbenstr. 10.**

**Zahlstelle des Zentral-Verbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umgegend.** Donnerstag, den 14. Juli 1910, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 68/39: **Große allgemeine Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: **Die Verschärfung der Gegensätze im Klassenstaat.** Referent: Genosse **Dr. Bruno Borchardt.** Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet [354/19] **Der Vorstand.**

Ziehung am 20. u. 21. Juli Lungenheilstätten- **Lotterie** des Berlin-Brandenburg Heilstätten-Vereins für Lungenkranke :: :: 3667 Gewinne im Gesamtw. von **100,000 M** Hauptgewinne W. Markt **50000; 10000** Lungenheilstätten-Loos à 3 Mk. [Forts. u. Ende] **Lud. Müller & Co. in Berlin C., Dorotheenstr. 5.** Telegr.-Adr. G. Glockenstraße.

**Marmorarbeiter.** Donnerstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c: **Versammlung.** Tages-Ordnung: Stellungnahme zu den Vorschlägen der Tarifkommission. 177/7 **Kollegen der Marmorbranche, erscheint ohne Ausnahme! Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.** **Potsdam-Spandau-Osthavelland!** Am Sonntag, den 14. August, vormittags 10 Uhr, beim Genossen **Böhle, Spandau, Obvestr. 20:** **Kreis-Generalversammlung.** Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Die nächsten Reichstagswahlen. Referent: Genosse **Weiß-Berlin.** 3. Stellungnahme zum Parteitag. 4. Zur Provinzialkonferenz. Referent: Genosse **Liedtke.** 5. Wahlen. 6. Sonstige Einträge. **Der Vorstand. J. A.: Emil Schubert.**

**MANOLI** CIGARETTES **ÜBERALL**

**Phänomen** Cigaretten **Qualitätsmarke** mit und ohne, auch mit Goldmundstück, St. 2, 3, 4 und 5 Pf. **Cigarettenfabrik NAMKORI**

**Achtung, Grünau!** Empfehle allen Freunden und Bekannten zu den bevorstehenden Sommerausflügen mein (ausgezeichnetes) Lokal und Garten. Für reiche Speisen und Getränke zu billigen Preisen. **Gustav Lindenhayn, Telefon 17, Friedrichstr. 2.**

**H. Pfau, Bandagist** Berlin **Direksenstraße 20** junger Bahnhof Alexanderplatz und Holzgrabenstr. — Amt VII, 13799. Für Damen Frauen-Bedienung. \* Referent für alle Krankenkassen. **Nygenische Bedarfsartikel** **Dr. Brogerie Zaremba, Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenhalsstr. 1.** Billigste Bezugsquelle! Besuch f. zur dauernden Rundschau!

**Bruch-Pollmann** empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Referent für Orts- und Hilfs-Krankenkassen. **Berlin N., jetzt Lothringer Straße 60.** alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper.

**Syphilis-Nachweis** in allen frisch u. veraltet zweifelhafte. FSB. durch wissenschaftl. Untersuchung (sofort) desgl. Haut- (bes. auf Gonorrhoe-Jäden) u. Blutuntersuchung. **Dr. Hemmer & Co., Spezial-Laborat., Friedstraße 169, im Strassen- und Wohnhause, I. 8734, Berl. Südstr. 101, u. Poststr. 101/102, von 8-9 Sonntag von 12-1.**

**Kaulsdorf und Mahlsdorf.** Nur 20 Pf.-Fabrik v. Zentrum Berlins, trotzdem billig, als weiter v. Berlin gelegene Orte, wie Hoppegarten, Neuenhagen usw. M.B. Anzahlung, langj. Hypotheken. Pläne gratis. Verkäufer ständig am Ort. Mahlsdorf im Pavillon, J. Rieger, Gontardstr. 5.

**Pianos-Gelegenheitskäufe** in gr. Auswahl v. 300 bis 400 M., dar. Schiedmeyer, Biase etc. Garant **Pianohaus Krause, Berlin W., Ansbacherstr. 1.**

**J. Baer** Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Eleg. Paletots. **Großes Stofflager** zur Anfertigung n. Maß. **Allerbilligste, streng feste Preise.**

